

Stenographischer Bericht

64. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIII. Gesetzgebungsperiode – 9. Februar 2000

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Abg. Pußwald.

Wahl eines Mitgliedes der Landesregierung.

Wahlvorschlag: Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (5200),
Wahlvorgang (5200).

Dringliche Anfrage der Grünen und Liberalen an Frau
Landeshauptmann Klasnic, betreffend Auswirkungen auf die
Steiermark infolge einer international geächteten Bundes-
regierung.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Hagenauer
(5200).

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshaupt-
mann Klasnic (5203).

Redner: Abg. Dr. Brünner (5206), Abg. Dr. Lopatka (5208),
Abg. Dr. Flecker (5210), Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko
(5212), Abg. Mag. Zitz (5214), Abg. Schützenhöfer (5216),
Abg. Schrittwieser (5218), Landesrat Dr. Hirschmann (5221),
Abg. Keshmiri (5223), Abg. Gennaro (5224), Abg. Dr. Brünner
(5227), Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (5228), Abg. Hagenauer
(5229), Abg. Purr (5230).

Beschlussfassung (5232).

Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr.

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Hohes Haus!

Heute findet eine außerordentliche Sitzung des
Steiermärkischen Landtages – es ist dies die 64. Sit-
zung – in der laufenden XIII. Gesetzgebungsperiode
statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die
Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit
Frau Landeshauptmann Klasnic an der Spitze sowie
die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt ist Frau Abgeordnete Pußwald.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur
heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Ich darf im Besonderen schon zu Beginn der Sitzung
die 17 SchülerInnen vom BRG Körösi in Beglei-
tung von Frau Mag. Eva Ponsold recht herzlich be-
grüßen. (Allgemeiner Beifall.) Weiters begrüße ich die
40 SchülerInnen der Landwirtschaftlichen Fachschule
Grottenhof-Hardt in Begleitung des Herrn Direktors
Johann Robier und Herrn Prof. Dipl.-Ing. Karl Kien-
reich sowie Frau Mag. Brigitta Greimel. (Allgemeiner
Beifall.)

Meine Damen und Herren, mit Schreiben vom
3. Februar 2000, bei mir eingelangt am 4. Februar
2000, teilte mir Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid mit,
dass er mit der Bestellung zum Bundesminister seine
Funktion als Mitglied der Steiermärkischen Landes-
regierung zurücklegt.

Gemäß Paragraph 13 des Landes-Verfassungs-
gesetzes 1960 in Verbindung mit Paragraph 40 Absatz 6
GeoLT ist der Präsident verpflichtet, den Landtag zu
einer außerordentlichen Sitzung binnen fünf Tagen
einzuuberufen, wenn ein Mitglied der Landesregierung
ausscheidet.

Diese Sitzung findet hiermit innerhalb der von der
Landesverfassung vorgeschriebenen fünftägigen Frist
statt.

Eingebracht wurde eine Dringliche Anfrage von den
Grünen und den Liberalen an Frau Landeshauptmann
Klasnic, betreffend Auswirkungen auf die Steiermark
infolge einer international geächteten Bundesregie-
rung.

Gleichzeitig wurde von vier Abgeordneten die Ab-
führung einer Wechselrede beantragt.

Nach Paragraph 68 GeoLT kann in diesem Fall vom
Landtag beschlossen werden der Anfrage stattzu-
geben und hierauf eine Wechselrede über den Gegen-
stand durchzuführen.

Wer dieser Anfrage und dem Antrag auf Durch-
führung einer Wechselrede zustimmt, den bitte ich um
ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Die Behandlung dieser Dringlichen Anfrage werde
ich im Sinne des Paragraphen 68 Absatz 2 GeoLT nach
Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls
um 16.00 Uhr beginnen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

Wahl eines Mitgliedes der Landesregierung.

Da Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid seine Funktion
als Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung
mit 4. Februar 2000 zurückgelegt hat, gilt es ein neues
Regierungsmitglied zu wählen.

Landesrat a. D. Dipl.-Ing. Schmid wurde als Sohn
des praktischen Arztes Dr. Adolf Schmid und seiner
Gattin Luise in Mühldorf am Inn/Bayern geboren.

Die Volksschule besuchte er in Preding und das
Gymnasium in Sankt Paul im Lavanttal. Er absolvierte
an der Technischen Hochschule in Graz das Studium
der Architektur.

Seit 1980 war er freischaffender Architekt, seit 1989
Landesparteiobmann der Freiheitlichen Partei Öster-
reichs, seit 1990 Abgeordneter zum Nationalrat und
seit 1991 bis zu seinem Ausscheiden am 4. Februar
2000 bekleidete er die Funktion eines Mitgliedes der
Steiermärkischen Landesregierung, das zuständig war
für die Bereiche Wohnbau, Raumordnung, Baurecht,
den technischen Umweltschutz, den Landes- und
Bundeshochbau, die Blasmusik und für das Büro für
Bürgerberatung.

Am 4. Februar 2000 wurde Architekt Dipl.-Ing. Schmid als Bundesminister für Infrastruktur angelobt.

Namens des Hohen Hauses wünsche ich dem neuen Bundesminister für die Zukunft alles Gute.

Ich ersuche nun um die Bekanntgabe eines Wahlvorschlages für ein neues Regierungsmitglied seitens der Freiheitlichen Partei Österreichs.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (10.08 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, geschätzte Damen und Herren!

Ich habe die Freude und Ehre, die Entscheidung des freiheitlichen Klubs bekannt geben zu dürfen. Wir haben einstimmig die Frau Abgeordnete und Ex-klubobfrau Mag. Magda Jost-Bleckmann für die Funktion des Landesrates vorgeschlagen. (Beifall bei der FPÖ. – 10.08 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich für diesen Wahlvorschlag.

Da keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir zum eigentlichen Wahlvorgang.

Ich ersuche nun die Abgeordneten Purr, Ussar und Dietrich je einen Stimmzettel an alle Abgeordneten zu verteilen und von jedem Abgeordneten diesen wieder einzusammeln und mich sodann bei der Stimmzählung zu unterstützen.

Auf den Stimmzettel ist der Name zu schreiben.

Ich weise darauf hin, dass gemäß Paragraf 62 Absatz 2 GeoLT leere Stimmzettel ungültig sind.

Ebenso sind nach Paragraf 62 Absatz 5 GeoLT alle Stimmen, die nicht dem Parteivorschlag entsprechen, ungültig.

Ich bitte die Abgeordneten Purr, Ussar und Dietrich zu mir zu kommen.

Meine Damen und Herren, die Stimmzählung hat ergeben:

Es wurden 55 Stimmen abgegeben.

Ungültige Stimmen sind 23.

Gültige Stimmen sind 32.

Es wurde daher Frau Mag. Jost-Bleckmann zum Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung gewählt. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Ich ersuche Frau Mag. Jost-Bleckmann zu erklären, ob sie die Wahl annimmt.

Mag. Jost-Bleckmann: Ich nehme die Wahl an und danke für das Vertrauen.

Präsident: Ich begrüße das neugewählte Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung und bitte Sie, auf der Regierungsbank Platz zu nehmen.

Sehr geehrte Frau Landesrätin! Namens des Hohen Hauses und im eigenen Namen beglückwünsche ich Sie zu Ihrer Wahl zum Mitglied der Landesregierung und wünsche Ihnen für Ihre Aufgaben viel Freude und Erfolg im Interesse der Steiermark.

Zur Durchführung einer Regierungssitzung unter dem Vorsitz der Frau Landeshauptmann Klasnic unterbreche ich nun die Sitzung. Ich ersuche die Regierungsmitglieder sich in den Rittersaal zu begeben und bitte alle anderen im Saal zu bleiben, da es nicht lange dauern wird. Ich unterbreche die Sitzung. (Unterbrechung der Sitzung: 10.29 Uhr bis 10.31 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Wir kommen nun zur Behandlung der Dringlichen Anfrage von den Grünen und den Liberalen an Frau Landeshauptmann Klasnic, betreffend Auswirkungen auf die Steiermark infolge einer international geächteten Bundesregierung.

Ich erteile nun dem Herrn Abgeordneten Hagenauer das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage.

Abg. Hagenauer (10.32 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Am Anfang meiner Ausführungen möchte ich ein Zitat bringen und zwar: „Die Achtung der Menschenwürde ist der Ausgangspunkt unseres Handelns.“ – Das Zitat stammt aus dem gültigen Grundsatzzprogramm der ÖVP. Ein zweites Zitat aus einer anderen Quelle: „Die trinkfreudige Ursula soll uns nicht mehr in Brüssel vertreten und die Gehrer bläst auch schon auf der Querflöte aus dem letzten Loch.“ (Landesrat Pörtl: „Was ist mit der Würde?“) Herr Landesrat Pörtl fragt mich, was mit der Würde ist und genau darauf wollte ich hinaus. Der Widerspruch ist offensichtlich. Ich bin auch deiner Meinung, Herr Landesrat, dass es sich hier um wahrhaft zwei unvereinbare Anschauungen handelt. Die Vereinbarkeit ist in der Tat der Gegenstand unseres Zusammenseins, nämlich die gemeinsame Regierung von ÖVP und FPÖ. Von wem die zweiten Zitate waren brauche ich nicht dazusagen. (Abg. Dr. Tremmel: „Wir sind hier, weil ein neues Regierungsmitglied angelobt wird!“) Dieses neue Landesregierungsmitglied wird deshalb angelobt, weil in Wien eine blauschwarze Bundesregierung im Amt ist – ich lege Wert auf die Reihenfolge blau schwarz aus genau den genannten Gründen. Frau Landeshauptfrau, Sie haben vor einiger Zeit anlässlich des Treffens mit dem Landeshauptmann Haider von der Paktfähigkeit des Herrn Haider gesprochen. Es waren nicht nur Sie, es waren auch andere maßgebliche Mitglieder der steirischen ÖVP, wie etwa Herr Landesrat Hirschmann oder Herr Landesrat Paierl, die sich für ein derartiges Regierungsbündnis beziehungsweise für eine Zusammenarbeit mit nicht nur der FPÖ, sondern mit Haider ad personam ausgesprochen haben. Frau Landeshauptfrau, Sie haben vor kurzem gegenüber den Medien gesagt: „Dass es schwierig wird, das haben wir gewusst. Ob es das wert gewesen sein wird, das werden wir erst später erfahren!“ Die Frage, ob es das wert gewesen ist, ist mit einer Möglichkeit verbunden, vor der wir jetzt in dem Land stehen, nämlich dass man die These vertritt, eine Chance – wie das in der Öffentlich-

keit genannt wird – dieser Regierung zu geben. Damit verbunden ist die Vorstellung das durchzustehen, durchzutauchen und sehr vieles zu verdrängen. Der Regierung eine Chance geben heißt in der Praxis mittlerweile, dass wir nicht zur Kenntnis nehmen können und wollen die enorme Kritik, der diese Regierung ausgesetzt ist, insbesondere aus der EU, aber auch aus anderen Staaten, wie etwa den USA. Aus der Sicht der Grünen wäre es jetzt fatal zu sagen, das ist eine Einmischung des Auslandes und zwar nicht nur, weil die EU nicht nur das Ausland mittlerweile ist, sondern weil die EU Europa ist und wir eine Familie sind und nicht mehr verschiedene Nationalstaaten. Es wäre auch deswegen fatal, weil es einfach eine vollkommene Fehleinschätzung ist, wobei ich gerne zugebe, dass auch ich persönlich überrascht und betroffen von dem Ausmaß und der Intensität dieser Reaktion war. Aber in der jetzigen Situation das zu verdrängen in guter alter österreichischer Manier und vergessen wir nicht, Sigmund Freud, Adler und Masoch haben alle etwas gemeinsam, sie sind Österreicher wie wir, dieser unserer österreichischen Nationaltugend anheim zu fallen und zu sagen, das Ausland war es und wir wählen, wen wir wollen, das ist – Sie verstehen die Anspielung – genau der Weg, wie man seinerzeit – und der Vergleich ist zulässig – bei der Art und Weise mit der Präsidentschaft von Kurt Waldheim umgegangen ist. Genau das ist der falsche Weg und genau das haben wir vorausgesagt, dass man, wenn man verdrängt, die Sachen nach außen schiebt und sagt, diese gewissen Kreise an der amerikanischen Ostküste – um ein Originalzitat zu verwenden – sind schuld, aber wir nicht. Wir fragen nicht, ob der Präsident Erinnerungslücken hat, während er an den sensibelsten und grausamsten Schauplätzen des letzten Weltkrieges nicht selbst persönlich schuldhaft, aber anwesend war. Wenn er das verschweigt, ist er dann geeignet, Österreich als erster Mann nach außen zu vertreten? Das wollten wir nicht wahrhaben und haben wir verdrängt. Jetzt dieselbe Methode anzuwenden und zu sagen, ja, da gibt es eine Überreaktion, das heißt aber, wir sind unschuldig, wird nur in einem ungleich höheren Ausmaß und das spüren wir jetzt von Tag zu Tag und dramatisch von Stunde zu Stunde, zu weit ernsteren Folgen führen. Die EU reagiert nicht einfach, weil sie von irgendjemand inspiriert worden ist. Ich kann Ihnen versichern, Herr Außenminister Fischer ist nicht von irgendwelchen Grünen inspiriert worden, seine Meinung zu vertreten – sicher nicht. Kollege Fischer ist ein Mensch, dessen Meinung er nie verheimlicht hat und die jederzeit nachzulesen ist, die er schon vor vielen Jahren und Jahrzehnten vertreten hat, diesen politischen Ansichten gegenüber, wie sie etwa von Haider vertreten werden. Da braucht man sich keine Sorgen machen. Weshalb die EU sich Sorgen macht hat damit zu tun, dass sie nicht zufällig etwa vertreten durch Länder wie Frankreich, Spanien, Belgien, sondern ihr sehr wohl bewusst ist, dass sie mit ähnlichen politischen Tendenzen im eigenen Land konfrontiert ist. Und wovor die EU jetzt unter anderem Angst hat ist natürlich die Beispielwirkung – keine Frage. Wir können uns das in Österreich unter anderem auch anschauen. Ich habe schon vorhin das Beispiel Waldheim zitiert: Wenn einmal ein Tabubruch begonnen wurde, wenn einmal bestimmte Sachen hoffähig werden, dann darf man sich nicht wundern

und Österreich ist ein hervorragendes Beispiel dafür, dass dann die Leute nicht zum Schmiedl, sondern zum Schmied gehen, dass sie dann einer Partei Recht geben, wo vorher schon – leider Gottes auch von ÖVP und fallweise auch leider von der Sozialdemokratie – Tabus gebrochen wurden, Werte in Frage gestellt wurden und dann die Wähler sich entsprechend entscheiden. Die EU hat Angst davor. Aus dieser Angst hat sie sicherlich fallweise jetzt überreagiert. Es wäre fatal, um das zu wiederholen, zu glauben, das war eine böse Absicht und wurde von irgendjemand eingefädelt. Wir sollten stattdessen die Probleme nicht mehr verdrängen, nicht glauben, dass das neue Vaterland, dem da nachgelaufen wurde, in den Köpfen vieler Menschen, wie sie den Beitritt zur EU unkritisch propagiert haben, uns jetzt enttäuscht. Wir sollten die EU sehen als Erwachsene, als gleichberechtigte Mitglieder und die EU als Familie begreifen, in der einfach bestimmte Umgangsformen herrschen und in der natürlich – wie in einer Familie auch – die Mitglieder mit einem strengeren Maß gemessen werden als etwa Nichtfamilienmitglieder – Sie verstehen, was ich damit meine. Das heißt, es wird dieses Durchtauchen nicht funktionieren aus unserer Sicht. Es wird zuletzt deshalb nicht funktionieren, weil selbst die eingefleischtesten Haider-Wähler ohne weiteres zugeben, dass sich in der Persönlichkeitsstruktur des Herrn Haider nichts ändern wird. Ja, deshalb wurde er gewählt nicht zuletzt, weil er das symbolisiert und deshalb können wir uns heute ohne weiteres schon ausrechnen, wie das weitergeht. Im Grunde genommen – und das gebe ich auch offen zu –, ich habe diese Entwicklung auch nicht so rasch vorausgesehen. Ich habe auch, gebe ich zu, mit dem Gedanken gespielt, dass diese blauschwarze Regierung ihre Arbeit aufnehmen soll. War mir allerdings genau aus diesen Gründen sicher, nämlich dass ich mir ausrechnen konnte, dass die Regierung letztlich zu 90 Prozent nichts anderes zu tun haben wird, als Haider-Äußerungen quer über den Globus zu dementieren und zu erklären und zu beschwichtigen, bin ich davon ausgegangen, dass diese Regierung kein langes Leben haben wird und dass auf diese Art und Weise schon allein eine Entzauberung stattfinden wird. Ich gebe zu, das war eine Fehleinschätzung. Es war auch keine sehr wahrscheinlich zu Ende gedachte Einschätzung, weil wie wir jetzt sehen, hat natürlich die EU die Gretchenfrage gestellt in dem Moment, wo die Freiheitliche Partei in die Regierung aufgenommen wurde. Und sie hat das natürlich zu Recht getan. Ich gehe davon aus, dass, wenn Sie sich die letzten Entwicklungen anschauen, praktisch durch den Druck von außen das Problem nicht kleiner geworden ist, sondern eigentlich nur größer. Das ist eben die Persönlichkeitsstruktur von Herrn Haider. Er fuchelt, er tritt die Flucht nach vorne an, er vertritt und praktiziert eine Politik der verbrannten Erde. Das heißt, es wird nicht funktionieren. Und wir stehen heute vor einer Situation, dass wir jetzt schon wirtschaftliche Schäden haben, dass wir jetzt schon – was viel ernster ist – schwere Imageschäden haben, die uns noch viele Jahre und Jahrzehnte begleiten werden. Und vor diesem Hintergrund, Frau Landeshauptmann, werde ich auch meine Dringliche Anfrage einbringen, weil es ist gerade südlich der Alpen – hätte man die Nachbar-schaft zu Kärnten, hätte man die bessere Kenntnis zu

dem, wie es läuft und wie sich Herr Haider verhält, nützen können, um an die Bundesregierung heranzutreten und das Gegenteil zu machen von dem, was Sie gemacht haben, was die steirische ÖVP gemacht hat, nämlich zu warnen. Es hat Politiker gegeben in der ÖVP, die haben nicht nur nicht mitgestimmt, sondern die haben sich in aller Öffentlichkeit auch sehr deutlich geäußert, wenn es auch eine Minderheit war. Die Steirer waren nicht darunter. Sie haben nicht nur pro Haider sich ausgesprochen, sondern Sie haben das in der sensibelsten Phase öffentlich getan und haben dadurch innerhalb der ÖVP Österreichs sich sicherlich allein durch diese Vorgangsweise einmal mehr zwar profiliert in Hinblick auf kommende Landtagswahlen, wie das seit Jahrzehnten die Tradition ist in dem Land, dass man über den Semmering ungebundene Ratschläge in aller Öffentlichkeit erteilt. Man hat damit de facto dem Land in dieser Phase schon geschadet gehabt.

Was bedeutet das jetzt für die Steiermark konkret? Wenn wir uns das Regierungsprogramm anschauen, dann gehen manche Auswirkungen sicherlich über das, was für ganz Österreich an negativer Entwicklung zu erwarten ist, noch hinaus. Das betrifft Bereiche wie etwa die ganzen militärischen Entwicklungen. Die Steiermark liegt in einer geopolitisch sensiblen Position. Eine Integration in ein europäisches Verteidigungsbündnis, das noch nicht steht und wo anzunehmen ist, dass es letztlich die NATO sein wird, hat für die Steiermark gravierende Auswirkungen, Stichwort Flughafen Zeltweg. Die Aufgabe der Antiatomposition in dem Regierungsprogramm ist für die Steiermark von besonderer Bedeutung. Die Strompreiserhöhung geht ins Tragikomische, wenn man sich anschaut, in welcher Form und um wie viel Groschen in dem Land mit wie viel zig Millionen Schilling Plakate geklebt wurden mit einer Preisreduktion von 5 Groschen und weniger und jetzt steht man vor einer Erhöhung vom Doppelten und Dreifachen dieser gloriosen Verringerung. Es gibt natürlich Bereiche, die nicht unmittelbar regionale Auswirkungen haben, die aber auf Grund unserer Struktur in der Steiermark Arbeitsmarktprobleme, Altersstruktur der Bevölkerung uns sicherlich auch überdurchschnittlich treffen werden. Ich spreche da den Selbstbehalt bei den Krankenscheinen an. Wenn ich die Gebietskrankenkassen ebenfalls jetzt in die quasi freie Marktwirtschaft entlasse, was bedeutet das für ein Bundesland, das sehr viele alte Menschen hat und in Zukunft haben wird? Da braucht man nur drei Finger, um sich das auszurechnen, dass ein junges Bundesland geringere Kassenbeiträge beziehungsweise weniger Selbstbehalt verlangen kann als etwa die Steiermark. Die Kürzung der Arbeitsmitteln im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist etwas, das uns ebenfalls überdurchschnittlich treffen wird. Die Verkehrsproblematik, wie wird denn das jetzt ausschauen mit dem neuen Minister etwa in Bezug auf die Autobahn durch das Ennstal? Ich habe noch in den Ohren, wie sein Kollege Grollitsch gesagt hat, er hat den tiefsten Respekt vor den Bauern, die seit Jahrhunderten die Scholle im Ennstal bearbeiten. Ich bin schon gespannt, ich werde mir das noch anschauen. Der viel strapazierte Semmeringbasistunnel, auf den brauche ich nicht extra eingehen.

Summa summarum – wir haben uns der Frage zu stellen, wie wird denn das ausgehen, das was ich eingangs zitiert habe. Wie die Frau Landeshauptmann sagt, dass es schwierig wird, haben wir gewusst und wir werden sehen, ob es das wert war. Aus unserer Sicht ist die Frage jetzt ohne weiteres schon zu beantworten. Wenn ich mich einlasse mit jemanden, der eine Politik der verbrannten Erde macht, dann weiß ich auch, was es wert war, nämlich es wird nichts wert sein können, das kann nicht sein. Wir können uns die Frage stellen hier und heute, die ist genau so einfach: Wird Europa am Kärntner Wesen genesen, in Abwandlung eines Zitates, wenn Sie wissen, aus welcher Zeit das stammt. Und ich gehe mit großer Wahrscheinlichkeit davon aus, dass Europa nicht am Kärntner Wesen genesen wird, sondern es wird wohl umgekehrt sein, hoffentlich jedenfalls. Das heißt, nachdem Haider ein Mensch ist, der seinen Weg geht und alle anderen haben dem zu folgen, übrigens auch seine eigene Partei über weite Strecken, das halte ich ihr durchaus zu Gute. Die werden auch nicht jeden Augenblick glücklich sein. Wenn Haider so ein Mensch ist, dann können wir uns nur die Frage von der Seite stellen und dann wissen wir auch schon hier und heute, wie sie ausgeht.

Ich möchte daher im Namen der Abgeordneten der Grünen, Frau Mag. Zitz, Abgeordneter Hagenauer und der Liberalen, Frau Abgeordnete Keshmiri und Herr Prof. Brünner, eine Dringliche Anfrage an die Frau Landeshauptfrau einbringen betreffend Auswirkungen auf die Steiermark infolge einer international geächteten Bundesregierung.

Auf Grund der größten außenpolitischen Krise seit 1955, der internationalen Ächtung der Bundesregierung und der Isolierung Österreichs innerhalb der Europäischen Union, stellen wir an Sie, sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, folgende Anfrage:

Erstens: Wie bewerten Sie als Landeshauptfrau im Hinblick auf steirische Interessen gegenüber der Bundesregierung den Inhalt des Regierungsabkommens?

Zweitens: Wie werden Sie im Ausschuss der Regionen die Steiermark positionieren, wenn Sie mit Kritik an der Bundesregierung konfrontiert werden? Werden Sie die Bundesregierung in Schutz nehmen?

Drittens: Wie konnten Sie es als Landeshauptfrau verantworten, im ÖVP-Bundesparteivorstand der ÖVP-FPÖ-Koalition zuzustimmen? Wie konnten Sie insbesondere die internationale Isolierung Österreichs mit all den wirtschaftlichen Folgen für den Wirtschaftsstandort Steiermark hinnehmen?

Viertens: Sind bereits wirtschaftliche Schäden in der Steiermark bekannt geworden, zum Beispiel die Absage von Kongressen, Urlaubsstornierungen, Rücknahme von Investitionen und anderem?

Fünftens: Welche Initiativen werden Sie setzen, um der internationalen Isolation Österreichs und damit der Steiermark entgegenzuwirken?

Sechstens: Sind Sie bereit, in der Steiermark eine Offensive zur Achtung der Menschenrechte zu unterstützen, um die Steiermark als eine der europäischen Wertegemeinschaft verpflichtete Region zu positionieren?

Siebtens: Sind Sie zu diesem Zwecke insbesondere bereit, folgende Maßnahmen zu unterstützen: Schutz aller Minderheiten durch ein Antidiskriminierungsgesetz; Anerkennung der steirischen SlowenInnen; Beseitigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften im Landesrecht; finanzielle Unterstützung der Anti-Rassismus-Hotline; Erstreckung des kommunalen Wahlrechtes auf alle AusländerInnen; Fairnessabkommen zur Hintanhaltung rassistischer und ausländerInnenfeindlicher Parolen im Landtagswahlkampf.

Ich beantrage die Abhaltung einer Wechselrede. (Beifall bei den Grünen, dem LIF und der SPÖ. – 10.53 Uhr.)

Präsident: Ich erteile der Frau Landeshauptmann das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage.

Landeshauptmann Klasnic (10.53 Uhr): Herr Präsident, Hoher Landtag!

Herr Kollege, wenn Sie in Ihrer Einleitungsgrundhaltung und im ersten Satz das Wort „Achtung der Menschenwürde“ in der Fragestellung an mich ausgerichtet haben, dann lege ich Wert darauf, dass ich Sie bitte, mir auch nur einen Fall zu nennen, wo ich als Landeshauptmann der Steiermark oder auch als Mensch diese Menschenwürde nicht geachtet hätte. (Beifall bei der ÖVP.)

Zur zweiten Frage: Sie haben das Wort der Paktfähigkeit angesprochen. Ich stehe dazu, dass es zum Beispiel in der Frage Atomkraftwerk Krško gemeinsame Verhandlungen mit dem Landeshauptmann von Kärnten gab und wir haben im Süden von Österreich Gemeinsames erreicht – das war paktfähig.

Nächster Teil: Sie reden von den Worten durchtauchen und verdrängen. Die Anfrage ist an mich gerichtet und nicht an die Bundesregierung. Ich habe mich noch nie im Leben wo durchgetaucht oder etwas zu verdrängen versucht, sondern ich habe mich immer bemüht, ein verlässlicher und verantwortlicher Mensch zu sein. Ich darf Ihnen sagen, ich war tief betroffen, dass es notwendig ist, dass heute Landeshauptleute in Österreich durch einen unterirdischen Weg zum Herrn Bundespräsidenten gehen müssen, weil in einer Demokratie die Straße überwiegt und man das Gefühl hat, man muss mit einer bestimmten Kraft antworten, bevor man anderen überhaupt eine Chance gibt. Wenn Sie österreichische Erinnerung und österreichische Namen nennen, dann pflichte ich Ihnen bei, bitte Sie aber auch, andere Namen zu nennen oder ich möchte einen hinzufügen, zum Beispiel Figl, der in wirklich schwierigster Zeit gesagt hat: „Glaubt an dieses Österreich!“ In diesem Sinne möchte ich die Anfrage beantworten und sagen, glauben wir an dieses Österreich, geben wir dieser Bundesregierung eine Chance, verurteilen wir nicht vorher, bevor überhaupt die Regierungserklärung im Parlament vorgetragen ist – offiziell geschieht das in diesen Stunden – und lassen wir sie arbeiten. Ich sage bewusst, lassen wir diese Bundesregierung arbeiten, die eine Bundesregierung unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel ist, der für mich ein Garant ist, dass gute Arbeit mit allen Mitgliedern in dieser Bundesregierung geleistet werden wird. (Beifall bei der ÖVP

und FPÖ.) Ich glaube daran. Für mich gilt in der heutigen Zeit und auch in meinem Leben das Wort Demokratie und Verantwortung, das Wort Frieden und Freiheit und als Grundlage für Demokratie und Verantwortung gelten auch demokratische Mehrheiten. Im österreichischen Parlament gibt es demokratische Mehrheiten für dieses Programm. Die Umsetzung wird für viele von uns eine Herausforderung, ja eine neue Aufgabe und eine größere Mitgestaltung, aber vor allem auch dort und da eine Veränderung bedeuten aus jenen Gründen, die wir alle kennen. Wenn wir in diesem Österreich nicht die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder aufs Spiel setzen wollen, indem wir heute verbrauchen, was morgen gearbeitet wird, haben wir auch in diesem Budget Maßnahmen zu setzen. Das ist die Situation. Die Budgetwahrheit liegt zum großen Teil am Tisch und aus diesem Grunde muss es Maßnahmen geben. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Unsere Steiermark ist ein Bundesland in Österreich. Wir in diesem Raum sind ganz sicher alle davon überzeugt. Für uns zumindest ist es nicht nur ein Bundesland in Österreich, für uns ist es Heimat: ein Land in Frieden, ein Land in Freiheit mit einer guten sozialen Grundvoraussetzung, um die wir uns alle bemüht haben in der Steiermärkischen Landesregierung, alle drei Parteien, im Steiermärkischen Landtag alle fünf Parteien, mit einem Wirtschaftsstandort, der sich verändert hat in diesen letzten Jahren vom Platz neun auf den Platz eins, mit der Aussage, dass wir sagen können, wir haben im Technologiebereich, im Bildungsbereich, im Sportbereich, in der Sicherheit, in der Spitalsversorgung, ja in der Verantwortung für die Generationen gemeinsam Beschlüsse gefasst, die dieses Land unserer Verantwortung anvertraut auch rechtfertigen. Ich sage bewusst, ich möchte mich auch in den Antworten und in der zukünftigen Arbeit nicht nur nach dem orientieren, was die Medien schreiben, in welcher Form auch immer, sondern ich möchte mich nach dem orientieren, was ich – so glaube ich – den Menschen, die uns vertraut haben und uns dieses Mandat gegeben haben, schuldig bin. In diesem Sinn beantworte ich jetzt Ihre Fragen.

Zur Frage eins: Als Landeshauptmann der Steiermark messe ich jede Bundesregierung an ihrer Haltung gegenüber den existenziellen Anliegen der Steiermark. Daher erwarte ich von der neuen Bundesregierung, dass sie die steirischen Interessen berücksichtigt. Es geht um die weitere Stärkung des Standortes Steiermark, damit wir unsere Funktion als dynamisches Zentrum der Zukunftsregion Südost bestmöglich ausbauen können, insbesondere unsere Landeshauptstadt Graz als Kulturstadt Europas 2003. Insofern bewerte ich es auch als positiv, dass Steirerinnen und Steirer in der neuen Bundesregierung stark vertreten sind. Ich erwarte mir daher besondere Aufmerksamkeit und besonderes Bewusstsein für steirische Anliegen seitens der neuen Bundesregierung. So nenne ich heute besonders wichtige Punkte: den Abschluss des Bund-Land-Vertrages für einen umfassenden Innovations- und Infrastrukturschub in allen Bereichen. Infrastruktur bedeutet für uns Schiene – Straße – Luft – Telekommunikation – beginnend mit der neuen Südbahn; mit dem Semmeringbasistunnel und dem Koralmtunnel bis hin zur Pyhrn- und Ostbahn

und dem Kompetenzzentrum. Ich betone die gute Zusammenarbeit, die es in weiten Bereichen – und ich möchte das auch heute sagen – in diesem Fall mit dem Verkehrsminister Einem gegeben hat, zum Beispiel beim Semmeringbasistunnel und bei der neuen Südbahn und mit Minister Farnleitner zum Beispiel beim Ausbau der zweiten Plabutschröhre. Das ist dann relativ kurzfristig gelungen. Ich erwarte und bin davon überzeugt, dass der neue Infrastrukturminister, der Steirer Architekt Michael Schmid, sich bemühen wird, der die Notwendigkeiten unseres Landes kennt und dies bestmöglich fortsetzen wird. In diesem Sinne benutze ich auch die Möglichkeit, unserer neuen Kollegin in der Landesregierung, Frau Mag. Magda Jost-Bleckmann, vom Herzen alles Gute für eine Aufgabe zu wünschen, die ein Auftrag, eine Herausforderung, aber auch ein Geschenk zugleich ist. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Der Bund muss seinen Beitrag dazu leisten, damit die Steiermark ihr Ziel, die sicherste Region Europas zu werden, erreichen kann. Dazu sind vielerlei Maßnahmen, von der atomaren Sicherheit – ich habe zum Beispiel das Sicherheits- und Ausstiegspaket für Krško schon angesprochen – bis zur sozialen, inneren und äußeren Sicherheit notwendig. Die bestmögliche Präsentation der Landeshauptstadt Graz als europäische Kulturhauptstadt 2003 ist als gesamtösterreichische Chance und Aufgabe zu sehen, die ein besonderes, auch finanzielles Engagement des Bundes verlangt. Es gibt eine Ministerzusage und es gab auch Gespräche vorher und Verhandlungen jetzt in dieser Zeit. Es wurde eingebracht aus der Sicht der Steiermark von mir und von den Vertretern der Landeshauptstadt Graz ein attraktives Programm, das Kunsthaus, die Stadthalle und ein koordiniertes Infrastrukturausbauprogramm.

Zur Frage zwei: Meine Tätigkeit im Ausschuss der Regionen werde ich so wie bisher weiterführen. Die Positionierung der Steiermark ist klar: Als Landeshauptmann verrete ich dort die Steiermark als Bundesland der Republik Österreich, die seit 1945 ein stabiler Ort der Demokratie, der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit ist und ich möchte auch zunehmend dort versuchen – wie bisher – die Zukunftsregion Südost, das heißt Partnerschaft mit den Nachbarn zu positionieren. Ich werde mich sehr bemühen, meinen Beitrag dazu zu leisten, Sorgen, Ängste und Vorurteile im Zusammenhang mit der Bildung der gegenwärtigen Bundesregierung abzubauen und das internationale Vertrauen in die österreichische Demokratie zu festigen. Ich werde dabei auch auf die vom Herrn Bundespräsidenten vorgelegte und dem Herrn Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel und dem Landeshauptmann Dr. Jörg Haider als Vorsitzenden der beiden Koalitionsparteien der Bundesregierung unterzeichnete Präambel hinweisen. Zugleich werde ich ersuchen, dieser durch ein demokratisches Wahlergebnis in Österreich zustande gekommenen Bundesregierung auch international eine Chance zu geben und diese Bundesregierung dann an ihren Taten zu messen. Natürlich werde ich auch auf die Vorgeschichte dieser Regierungsbildung eingehen, nämlich dass ein bereits fix vereinbartes Regierungsprogramm zwischen den Sozialdemokraten und

der Österreichischen Volkspartei an der fehlenden Unterschrift eines wichtigen Verhandlungspartners gescheitert ist und dass seitens der SPÖ dann die Verhandlungen abgebrochen wurden – weit über 110 Tage nach der Nationalratswahl. Es galt nun im Interesse der Stabilität Österreichs möglichst rasch eine Bundesregierung mit stabiler Mehrheit im Parlament zu finden. Insgesamt handelt es sich bei dieser Regierungsbildung um einen in Demokratien üblichen und normalen Wechsel, wie er in Europa laufend auf Grund von Wahlergebnissen erfolgt, Deutschland noch nicht lange her.

Zur Frage drei: Dieser Koalitionsregierung habe ich zugestimmt, weil es notwendig und wichtig für Österreich war, dass es nach 120 Tagen des Verhandeln und der Unsicherheit einer Bundesregierung mit stabiler Mehrheit im Parlament endlich ein Ergebnis geben muss. Für mich war das Wahlergebnis vom 3. Oktober 1999 der Ausdruck auch eines massiven Protests an einer Koalition alten Stils und ein Auftrag zu einer umfassenden Erneuerung. Nicht zuletzt ist auch eine sehr schwierige budgetäre Situation im Zusammenhang mit den Maastricht-Kriterien zu bewältigen und das Sozialsystem zukunftsorientiert abzusichern. Ich erwarte, dass die neue Bundesregierung die sicherlich nicht einfache innen- und außenpolitische Situation meistert und die entsprechenden Maßnahmen zur Zukunftssicherung Österreichs setzt.

Zur Frage vier: Heute früh habe ich nochmals mit dem Herrn Wirtschaftslandesrat Paiarl und dem Tourismuslandesrat Gerhard Hirschmann gesprochen. Es sind glücklicherweise keinerlei gravierende Stornierungen im Tourismus- und Wirtschaftsbereich bekannt geworden. Und wenn man die Stornierung von sechs gepanzerten Rettungswagen bei Steyr-Daimler-Puch anspricht, dann ist dies ein Auftragswert von 13,6 Millionen Schilling im Werk Wien. Auch dieses Storno schmerzt, wenngleich ich andererseits gerade für uns in der Steiermark mit großer Freude darüber reden darf, dass Ende Jänner der Daimler-Chrysler-Auftrag in Höhe von 50.000 Millionen, also 50 Milliarden Schilling für die Steyr-Fahrzeugtechnik bekannt gegeben wurde, der sich bis zum Jahr 2010 erstreckt und viele 100 Arbeitsplätze sichert. Gleichzeitig wurde auch der Bau des Werks von Magna Europe in Ilz bekannt gegeben. Darüber haben Herr Wirtschaftslandesrat Paiarl mit Daimler-Chrysler-Vorstand Hubbert in Stuttgart und ich in Graz mit Daimler-Chrysler-Direktor Kleinert Ende Jänner Gespräche geführt, wobei die Güte unseres Standortes und damit auch die Leistungskraft der Menschen in unserem Land, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen Betrieben ganz besonders hervorgehoben wurden. Wir werden selbstverständlich alles tun, um den Standort Steiermark zu stärken. Ich bitte nur auch alle um besondere Verantwortung und besondere Sensibilität, damit wir nicht selbst unseren Standort Steiermark in Frage stellen.

Zur Frage fünf: Wo immer ich kann, werde ich für die Steiermark und Österreich in dem Sinne werben, wie ich es in meiner Beantwortung zur Frage zwei ausgeführt habe.

Zur Frage sechs: Selbstverständlich bin ich bereit, eine solche Offensive zu unterstützen, wobei ich Sie darüber informieren darf, dass ich bereits im Vorjahr dem Herrn Landesamtsdirektor einen Auftrag abgesprochen habe, für heuer einen Menschenrechtstag in der Steiermark vorzubereiten, durch den das Bewusstsein für die tragenden Grundwerte unserer Republik und unseres Landes weiter gestärkt werden sollen.

Darüber hinaus wurde eine Mitarbeiterin der Abteilung Verfassungsdienst im vergangenen Sommer zum Menschenrechtskoordinator des Landes Steiermark bestellt. Der Koordinator ist die Anlaufstelle, um Menschenrechtsverletzungen im Bereich der Landesverwaltung besonders zu betreuen und wenn es Anträge oder auch nur Ansätze gibt darauf hinzuweisen. Frau Dr. Ebner-Vogl wurde in dieser ihrer Eigenschaft noch von niemandem kontaktiert und wird ihren Tätigkeitsbericht dem Landtag bis zum Sommer 2000 vorzulegen haben.

Zur Frage sieben stellen Sie mir eine Reihe von Detailfragen, ob ich bereit bin Maßnahmen zu unterstützen. Dazu nehme ich im Detail Stellung:

Schutz aller Minderheiten durch ein Antidiskriminierungsgesetz.

Ein solches Gesetz müsste auf Bundesebene beschlossen werden, wobei ich dies persönlich prinzipiell unterstützen würde.

Anerkennung der steirischen Slowenen.

Sie alle kennen die Stellungnahme der Steiermärkischen Landesregierung, die von allen unsere Landesregierung bildenden Parteien getragen wird. Sie wissen aber auch, dass die Frage der Anerkennung letztlich vom Bund zu entscheiden ist.

Beseitigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften im Landesrecht.

Der Steiermärkische Landtag hat sich in dieser Legislaturperiode bereits mehrmals mit der Behandlung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften auseinandergesetzt. Ich zitiere zum Beispiel den Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitätsausschusses betreffend die Gleichstellung homosexueller und heterosexueller Lebensgemeinschaften bezüglich Landesbeamter in den jeweils als Landesgesetz geltenden Fassungen der Dienstpragmatik 1914 und des Gehaltsgesetzes 1956, der vom Steiermärkischen Landtag im September 1998 zur Kenntnis genommen wurde. Dieser Landtagsbeschluss basiert auf einer Regierungsvorlage, die über Antrag von Personallandesrat Dr. Gerhard Hirschmann am 18. Mai 1998 einstimmig von der Landesregierung beschlossen wurde. Danach ist die in den in Frage kommenden Gesetzen gewählte Formulierung so gefasst, dass eine homosexuelle Lebensgemeinschaft begrifflich nicht ausgeschlossen ist, weshalb eine Gesetzesänderung nicht erforderlich ist.

Finanzielle Unterstützung der Antirassismushotline.

Soweit seitens des Herrn Landesfinanzreferenten ein entsprechender Antrag und Vorschlag in die Steiermärkische Landesregierung eingebracht wird, werden wir darüber selbstverständlich ernsthaft beraten. Ich lege aber auch noch Wert darauf, dass es die Initiative von Bürgermeister Stingl, Graz und mir gewesen ist, die Fachkommission 5 des Ausschusses der

Regionen zu einer europäischen Konferenz gegen Rassismus und Fremdenhass in Graz einzuladen und das Ergebnis, die Erklärung, die dort verabschiedet wurde, ist die Grundlage und die Richtung für ein menschliches Europa der Regionen, die heute gültige Fassung, geschrieben und verabschiedet in Graz.

Erstreckung des kommunalen Wahlrechtes auf alle AusländerInnen.

Unsere Gemeindewahlordnung räumt allen EU-Bürgerinnen und -Bürgern, die ihren Hauptwohnsitz in einer steirischen Gemeinde haben, bei der Gemeinderatswahl am 19. März 2000 erstmals die Möglichkeit ein, an der Wahl des Gemeinderates mitzuwirken. Die Steiermärkische Landesregierung hat über meinen Antrag in der Sitzung am 20. Dezember 1999 gleichzeitig mit der Ausschreibung der Wahlen zum Gemeinderat beschlossen, zum selben Termin auch erstmals die Wahlen zum Ausländerbeirat im Sinne der Gemeindewahlordnung durchzuführen.

Alle Nicht-EU-Bürger, die in der Gemeinde ihren Hauptwohnsitz haben, sind zur Wahl des Ausländerbeirates wahlberechtigt. Dieser vertritt die Interessen der ausländischen Einwohner in den Gemeinden, er berät die Gemeinde in Angelegenheiten der Ausländer, andererseits hat die Gemeinde den Ausländerbeirat über alle Angelegenheiten zu informieren, deren Kenntnis zur Erledigung seiner Aufgaben erforderlich ist. Eine Ausdehnung des kommunalen Wahlrechtes auf alle Ausländer und Ausländerinnen liegt nicht in der Kompetenz des Landes, sondern wäre nur durch eine Änderung der österreichischen Bundesverfassung möglich. Dies deswegen, weil das Wahlrecht zu den allgemeinen Vertretungskörpern – Nationalrat, Landtag, Gemeinderat – österreichischen Staatsbürgern vorbehalten ist. Eine Ausnahme hiervon besteht nur – wie erwähnt – für EU-Staatsbürger bei Wahlen auf kommunaler Ebene.

Fairnessabkommen zur Hintanhaltung rassistischer und ausländerInnenfeindlicher Parolen im Landtagswahlkampf:

Selbstverständlich kann ich mir ein solches Fairnessabkommen vorstellen und möchte für mich selbst ein klares Bekenntnis ablegen. Von mir haben Sie und werden Sie nie ein verletzendes Wort hören, nicht für Ausländer, aber auch nicht für Inländer. Es geht mir um ein gutes Klima in diesem Land, um ein Klima der Zusammenarbeit und der Verantwortung für alle, die in diesem Land leben. Ich lade bewusst auch heute hier von dieser Stelle aus nochmals zur Zusammenarbeit im Interesse der Steiermark ein und das ist unsere Heimat, mit voller Verantwortung und Ernsthaftigkeit ein. Als Landeshauptmann bitte ich darüber hinaus angesichts der schmerzlichen Polarisierung und einer besorgniserregenden Eskalation der politischen Auseinandersetzung der letzten Tage alle um Besonnenheit, Sensibilität, Verantwortungsbewusstsein und Mäßigung. Kritischer Dialog und politische Auseinandersetzung dürfen nur im Rahmen der rechtsstaatlichen demokratischen Ordnung mit Toleranz und Respekt vor der Meinung des Anderen geführt werden. Niemand soll ausgegrenzt werden. Als Landeshauptmann werde ich alles in meinen Möglichkeiten Stehende tun, um eine gute politische Kultur des Dialogs zu fördern. Ich bitte Sie auch herz-

lich, dazu Ihren Beitrag zu leisten, denn es geht um die Steiermark und es geht um Österreich. Aus der Vielzahl der Stimmen haben mich zwei Wortmeldungen – es haben mich viele bewegt – besonders bewegt. Eine davon möchte ich abschließend gerne auszugsweise zitieren. Prof. Paul Lendvai, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am Montag, 7. Februar 2000: „Österreich hat von der Ungarischen Revolution (1956) bis zur Öffnung der Grenze 1989 bei der Auswanderung von 270.000 Juden aus der Sowjetunion und im Jugoslawienkrieg historische Bewährungsproben bestanden. In keinem Land wurden, pro Kopf der Einwohnerzahl gerechnet, so viele Flüchtlinge aufgenommen wie hier. Regierungen und Volk bekannten sich zu den Menschenrechten in Wort und Tat. Auch für die gegenwärtige Kampagne gegen das kleine Land gilt der Satz, den Bruno Kreisky in der Situation vor zwölf Jahren sprach: „Den Österreichern geschieht Unrecht!“ Zitatende. Ich denke aber auch an die Aktionen, die von Österreich aus gegangen sind und vielen Menschen das Überleben gesichert haben. Nehmen wir „Nachbar in Not“ oder die Friedensaktionen, wo immer wir sie auf der Welt brauchen: im Kosovo, in Bosnien-Herzegowina oder auch am Golan. Hilfestellung, das ist ein Wort, das in unserem Land groß geschrieben wird. Und so haben wir einen Auftrag, in unserer Verantwortung uns um die Zukunft in der Steiermark und in Österreich in bewegter und schwieriger Zeit ganz besonders zu bemühen, den Frieden, die Toleranz und die Solidarität vorzuleben und nicht mit Worten zu zerstören. Jeder von uns ist gefordert. Wir alle haben Familien und leben in Orts-, Dorf- und Stadtgemeinschaften. Wir haben Kinder und Enkelkinder, für die wir Verantwortung haben. Es ist gute und verantwortliche Arbeit geleistet worden und es ist auch eine verantwortliche Wortwahl für die Zukunft zu finden. Es ist zur Besonnenheit gemahnt und die Demokratie hat ihren Stellenwert. Ich darf Ihnen nur sagen, glauben wir an unsere Heimat Steiermark, glauben wir an unser Österreich, aber glauben wir vor allem auch an seine Menschen, an die Menschen in Österreich und an die Menschen in unserem Heimatland Steiermark. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 11.16 Uhr.)

Präsident: Danke sehr.

Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zur Dringlichen Anfrage und weise auf Paragraph 68 Absatz 5 GeoLT hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Prof. Brünner, dem ich es erteile.

Abg. Dr. Brünner (11.17 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn der Kabarettist Christoph Grisse mann Folgendes sagt: „Ich glaube, man müsste Haider erschießen, irgendjemand, der nur noch zwei Monate zu leben hat!“ und wenn die grüne Wiener Gemeinderätin Maria Vassilakou gesagt haben soll: „Haider sollte unter die Erde gebracht werden!“, dann, meine Damen und Herren, ist das mit Sicherheit das Ende dieser Demokratie in Österreich. In dieser nationalen und internationalen Erregtheit und Aufgeregtheit angesichts dieser Demonstrationen und dieses Medienrummels hat offensichtlich die Vernunft überhaupt

keine Chance. Dabei ginge es darum, in einer nüchternen Analyse festzustellen, wie es zu diesem Wahlergebnis des 3. Oktober 1999 gekommen ist, das der SPÖ massive Verluste beschert hat und die ÖVP auf den dritten Platz verdrängt hat. Eine solche nüchterne Analyse würde ergeben, dass die Politik der SPÖ und ÖVP in den Koalitionsregierungen seit 1986 eine wesentliche Ursache für den Aufstieg der FPÖ gewesen ist. Freilich, SPÖ und ÖVP tun derzeit das, was in Österreich gang und gäbe ist, von Waldheim bis zu dieser Regierungsbildung, was uns immer wieder einholt, was uns immer wieder auf die Nase fallen läßt. ÖVP und SPÖ meiden den selbstkritischen Blick in den eigenen Spiegel und verdrängen das, was jahrelang in dieser Republik verpfuscht worden ist. Wer redet in diesen Tagen und Wochen in SPÖ und ÖVP selbstkritisch davon, dass man jahrelang diesen Staat in seinen Besitz genommen hat, dass man jahrelang fast alles und jedes dem Proporz unterworfen hat, wie selbstverständlich und unverföhren? Ein paar Beispiele genehm, meine Damen und Herren: Eine Bestellungspraxis von Verfassungsrichtern, die wie folgt aussieht: Wenn ich mir das Vorschlagsrecht für den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes nehme, ich SPÖ, dann kriegst du ÖVP das Vorschlagsrecht für den Vizepräsidenten des Verfassungsgerichtshofes und das Vorschlagsrecht für die übrigen zwölf Mitglieder und sechs Ersatzmitglieder des Verfassungsgerichtshofes waren paritätisch zwischen SPÖ und ÖVP aufgeteilt – je nach Mascherl. Das ist ein Faktum, meine Damen und Herren. Je nach Mascherl des Sitzes im Verfassungsgerichtshof hat entweder die SPÖ oder die ÖVP den Vorschlag erstattet. Das Ganze hat man dann noch mit der Verfassung kaschiert, indem man einen formellen Beschluss der Parlamentsmehrheit, gebildet aus SPÖ und ÖVP, herbeigeführt hat. Die Besetzung von Spitzenpositionen in der Verwaltung und in den staatsnahen Betrieben ging nach dem Motto: „Gibst du mir, dann geb ich dir!“ Noch am 4. Oktober 1999, einen Tag nach diesem Wahldebakel, wo man die neue Art des Regierens verkündet hat, bekam die SPÖ ihren Sicherheitsdirektor und ihren Präsidialchef im Bundeskanzleramt und die ÖVP ihren Generaltruppeninspektor. Dieses Motto, „Gibst du mir, dann geb ich dir“, hat dann ein paar Wochen später eine sehr feinspitziige Abwandlung erfahren, die lautete so: „Ich biete dir den Präsidenten des Fachhochschulrates!“, von dem man hört, dass er im Herbst dieses Jahres als ÖVP-Abgeordneter in diesen Landtag einzuziehen wird, „und dann redest du ÖVP ja nichts drein, wenn es darum geht, den Präsidenten des Akkreditierungsrates für Privatuniversitäten zu bestellen“. Meine Damen und Herren, die Personen, die ich jetzt indirekt angesprochen habe, kenne ich aus jahrelanger beruflicher Erfahrung und ich habe ihre Kompetenz nie bezweifelt. Aber auch all diese honorigen Personen sind in den Zeugenstand gerufen, wenn es darum geht, den Proporz in diesem Land an den Pranger zu stellen. Die Liste der Beispiele, meine Damen und Herren, ließe sich noch beliebig fortsetzen: Schulratskollegien, die nach dem Parteiproporz zusammengesetzt sind, ein Einfallstor für die Verparteiopolitisierung der Schule, eine Verfilzung zwischen Parteien einerseits und Kammern und Interessensverbänden andererseits. Der Generalsekretär der Bundeswirtschaftskammer, eine

offizielle Funktion, nimmt an den Ministerratsvorbesprechungen der ÖVP teil und Generaldirektoren von Banken sind Schatzmeister von Parteien. Frau Landeshauptfrau, nette Worte, ein gutes Klima und der Glaube an dieses Österreich allein sind zu wenig, sei mir nicht böse! Warum haben SPÖ und ÖVP an all dem nichts geändert? Die Antwort liegt auf der Hand, weil es sich mit diesem Proporz gut leben ließ.

Und die Steiermark, eine Miniaturausgabe des Proporz und des parteipolitischen Schachers, wieder ein paar Beispiele genehm:

Zwei Landesschulratspräsidenten, zuerst ein roter, dann ein schwarzer. Zwei Geschäftsführer oder Direktoren, der eine von der ÖVP, der andere von der SPÖ nominiert in der STEWEAG, in der Forschungsgesellschaft Joanneum, im Technikum Joanneum, in der Landesholding, in der Tourismusgesellschaft, in der KAGES, in der Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Und die FPÖ nascht mit, indem sie Personen für Aufsichtsräte etlicher dieser Gesellschaften nominieren darf. Oder das Spielchen, gibst du mir meinen Landesamtsdirektor und meine Abteilungsguppe Landesamtsdirektion, dann kriegst du deine Abteilungsguppe Forschung und Kultur und deinen diesbezüglichen Vorstand, das alles ohne Nachweis des Bedarfes und ohne Kostenkalkulation, wie der Landesrechnungshof in seinem jüngsten Bericht festgestellt hat. Und es scheint heraufzudämmern, meine Damen und Herren, dass wir auch eine Abteilungsguppe Infrastruktur bekommen werden. Oder rote Bedarfszuweisungen an rote Gemeinden und schwarze Bedarfszuweisungen an schwarze Gemeinden. Meine Damen und Herren, all dies ist schlicht und einfach widerlich. Die nunmehrige ÖVP- und FPÖ-Regierung wird als Chance der Wende besungen. An diese Wende – meine Damen und Herren – glaube ich erst dann, wenn erstens nicht anstelle des rotschwarzen Proporz jetzt der schwarzblaue Proporz kommt mit der SPÖ in Aufsichtsorganen und zweitens, wenn institutionelle rechtliche Vorkehrungen gegen Proporz und Machtmissbrauch getroffen werden. Zum Beispiel eine Verfassungsänderung, die den Verfassungsgerichtshof aus dem Würgegriff von zwei Koalitionsparteien bringt. Und nochmals, Frau Landeshauptfrau, nette Worte, schönes Klima und der Glaube an dieses Österreich, das ist zu wenig. Der Scherbenhaufen ist in aller Munde. Und festzuhalten sind aber die Verantwortlichkeiten für diesen Scherbenhaufen. Eine SPÖ verfilzt mit der Gewerkschaft in einer Intensität, die der ÖVP den Vorwand zum Absprung lieferte. Eine FPÖ mit etlichen Funktionären in ihren Reihen, die durch rassistische, menschenverachtende Äußerungen und eine Verniedlichung des Nationalsozialismus und des Holocaust ein ganzes Land und alle diese Bürgerinnen und Bürger in den internationalen Verruf gebracht haben. Und eine ÖVP, die wissentlich in Kauf genommen hat, wie die Dokumentation des Herrn Bundespräsidenten zeigt, dass Österreich außenpolitisch isoliert sein wird und die mit einem atemberaubenden Zickzackkurs von Wolfgang Schüssel bis Martina Becher der Glaubwürdigkeit von Politik einen Schlag ins Gesicht versetzt hat. Und besonderen Erklärungsbedarf in diesem Zusammenhang hat Frau Landeshauptfrau Klasnic, die zunächst auf der Opposi-

tion, die versprochen worden ist, beharrte, gleichzeitig aber Martin Bartenstein, Gerhard Hirschmann und Herbert Paiarl öffentlich an der schwarzblauen Koalition werken ließ, um dann schlussendlich im Parteivorstand der ÖVP dieser Koalition zuzustimmen. Meine Damen und Herren, auch wenn man gutwillig ist, dann muss man dies als ein abgekartetes Spiel ansehen. Und übrigens, auch die 14 Partnerländer in der Europäischen Union täten gut daran zur Vernunft zurückzukehren, denn wenn sie ankündigen, sie würden keinen österreichischen Kandidaten für Posten in internationalen Organisationen mehr unterstützen und ein qualifizierter Politiker wie Erhard Bussek das erste Opfer von dieser Ankündigung ist, dann übersieht die Europäische Union, dass sie eine Zentralnorm des Gemeinschaftsrechtes verletzt, nämlich das Verbot der Diskriminierung aus Gründen der nationalen Zugehörigkeit. Aber, meine Damen und Herren, auch wenn mir das Wahlergebnis vom 3. Oktober nicht passt und ich die Art des Zustandekommens dieser Bundesregierung ablehne, so beteilige ich mich dennoch nicht an Demonstrationen gegen ein Wahlergebnis, das auf demokratischem Wege zustande gekommen ist. Ich beteilige mich sofort an einer Demonstration für die Sicherung der Meinungsfreiheit, wenn es darum geht, einen Journalisten der Oberösterreichischen Nachrichten zu schützen, der – weil er die Meinungsfreiheit in Anspruch genommen hat – gekündigt worden ist, da tue ich sofort mit. Aber nicht, wenn Demonstrationen gegen ein Wahlergebnis, das auf demokratischem Wege auch (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Dann müssten Sie viel demonstrieren!“) – Herr Präsident – zustande gekommen ist. Und auch wenn wir vor einem Scherbenhaufen stehen, jetzt gibt es keinen anderen Weg, als diese Bundesregierung einmal mit ihrer Arbeit beginnen zu lassen und sie dabei mit wachsamem Auge zu beäugen, denn sonst, meine Damen und Herren, versinkt diese Republik vollends ins Chaos. Einmal abgesehen davon, dass ich persönlich dieser Bundesregierung zwar Lebensdauer wünsche, aber ihr lange Lebensdauer nicht gebe oder lange Lebensdauer mir nicht vorstellen kann und abgesehen davon, dass diese Bundesregierung auf einem Pulverfass sitzt, das durch die flotten Sprüche von Jörg Haider jederzeit gesprengt werden kann. Schön wäre es, meine Damen und Herren, wenn man in der Steiermark Lehren ziehen würde aus diesen Analysen und noch bis zum 15. Oktober dieses Jahres, dem Tag der Landtagswahl, Reformen beschließen würde. Ein Objektivierungsgesetz, das den Namen Objektivierung verdient, weil der Personalbeirat nicht proporzmäßig zusammengesetzt werden müsste, weil den Bewerberinnen und Bewerbern Rechte eingeräumt werden müssten, weil dem Landtag ein politisches Kontrollrecht eingeräumt werden müsste. Aber das haben wir nicht in den Vorschlägen zum Beispiel der ÖVP, aber auch in den Zustimmungen zu dem von SPÖ und auch von FPÖ. Oder ein Kulturförderungsgesetz, das die Künstlerinnen und Künstler von ihrer Rolle als Bittstellerinnen und Bittsteller befreit und sie mit Rechten ausstattet. Oder eine Presseförderung, die demokratischen und rechtsstaatlichen Standards entspricht und nicht vorsintflutlich ist und eine Verfassungsreform, die den Landtag stärkt und das Proporzsystem in der Landesregierung abschafft.

Nochmals und ein drittes Mal, Frau Landeshauptfrau Klasnic: Schöne Worte, ein gutes Klima und der Glaube an diese Republik allein sind zu wenig. Diese Reformen und noch andere sind angesagt.

Was heute in der Wahl der Frau Landesrätin Mag. Jost-Bleckmann offenkundig geworden ist, ist die aus dem Proporzsystem der Landesregierung folgende Fraktionswahl. Theoretisch würde eine Stimme der FPÖ genügen, um die Landesrätin zu wählen. Alle anderen Stimmen, die nicht auf den Vorschlag lauten, Sie haben es gehört, sind ungültig. Dieses Proporzsystem in der Landesregierung ist unter demokratischen Gesichtspunkten völlig absurd, völlig antiquiert. Es mag nach dem Krieg seine Berechtigung gehabt haben, heute aber nicht mehr. Ich möchte mich aber, Frau Landesrätin Mag. Jost-Bleckmann, nicht hinter einem demokratiepolitisch fragwürdigen und antiquierten System der Fraktionswahl verstecken. Das Liberale Forum hat Sie gewählt in Ihrer Funktion als Landesrätin. Ich habe Sie als eine Person kennen gelernt, der ich Respekt zolle, auch wenn ich mit etlichem Inhalt nicht einverstanden bin. Ich wünsche mir von Frau Landesrätin, dass sie parteiintern mitteilt, dass jene FPÖ-Funktionäre zur Raison gebracht werden, die nicht aufhören rassistische Sprüche zu klopfen oder Sprüche klopfen, die die Greuelthaten des Nationalsozialismus verharmlosen. Sie ist jetzt nicht da, aber man möge ihr das ausrichten, ich wünsche Frau Landesrätin Mag. Jost-Bleckmann in ihrer neuen Funktion viel Glück und Erfolg! (Beifall bei der FPÖ. – 11.33 Uhr.)

Präsident: Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka, dem ich es erteile.

Abg. Dr. Lopatka (11.33 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn heute zu dieser Stunde im Parlament in Wien ein Bundeskanzler der Volkspartei, ein Christdemokrat und ein europäischer Politiker von Format seine erste Regierungserklärung abgibt, erfüllt mich das mit Genugtuung und auch mit Freude. Ich möchte das eingangs sehr deutlich sagen. Wenn die Volkspartei nach 30 Jahren wieder die Führung in einer Regierung in unserer Republik übernimmt, ist das gut für unser Land. Wenn unsere Ideen und Vorstellungen den Beginn des neuen Jahrtausends prägen, braucht niemand Sorge zu haben, auch nicht Sorge zu haben um die Menschenrechte. Seit ich denken kann, hat es in dieser Republik SPÖ-Bundeskanzler gegeben. Ich war noch in der Volksschule, als die SPÖ mit Hilfe der FPÖ erstmals in der Zweiten Republik den Bundeskanzler stellen konnte. Damals gab es seitens der SPÖ ungeteilte Freude über die Unterstützung durch die FPÖ, durch die Peter-FPÖ. Ich darf an dieser Stelle auch sagen, ob man es jetzt gerne gehört wird oder nicht, in der SPÖ-Alleinregierung waren vier ehemalige Nationalsozialisten, was den damaligen Bundeskanzler Bruno Kreisky zu einer wüsten Auseinandersetzung mit Simon Wiesenthal gebracht hat. Das ist alles nachzulesen, das sind Fakten und ist keine billige Polemik meinerseits. Billige Polemik ist aber, was jetzt im Parlament und auch auf der Straße seitens der Sozialdemokraten uns entgegenschlägt.

30 Jahre an der Macht zu sein, 30 Jahre den Bundeskanzler zu stellen, das ist europaweit einzigartig. Hier von Abschied zu nehmen, dass das schmerzt, das verstehe ich. Dass so eine Ära mit Schmerzen zu Ende geht, dafür habe ich Verständnis. Weniger Verständnis habe ich aber, wenn ein ehemaliger Bundeskanzler, hier im Inland sich nicht zu gut dafür ist, mit gewaltbereiten Demonstranten auf die Straße zu gehen, wenn der andere Exkanzler – das lese ich in immer mehr Zeitungen – im Ausland aktiv geworden ist, um eine ÖVP-FPÖ-Regierung zu verhindern, das findet bei mir weniger Verständnis. Es war Exkanzler Klima, der der Haider-FPÖ versprochen hat, sie europaweit salonfähig zu machen, wenn diese bereit sei, eine SPÖ-Minderheitsregierung zu stützen. Das darf man von heute auf morgen nicht so einfach vergessen. Ich darf Exkanzler Klima wortwörtlich zitieren. In einem „Format“-Interview vor wenigen Tagen hat er gesagt: „Es hängt von der FPÖ selbst ab, ob sie international und auch national als verlässlicher Partner in einer Regierung gesehen werden kann!“ Klima war selbstverständlich zu einer Zusammenarbeit mit Haider bereit, wenn es der eigenen Machterhaltung gedient hätte. Nun soll plötzlich alles anders sein. Nun soll das nicht möglich sein, dass wir eine von der Volkspartei geführte Regierung haben, in der auch freiheitliche Vertreter sind. Wolfgang Schüssel hat hier eine große Last zu tragen. Nach heftigen Reaktionen der Europäischen Union haben wir nun eine Situation, wo wir leider ohne Unterstützung der Sozialdemokraten für unsere Republik europaweit wieder um jenen Stellenwert kämpfen müssen, der unserer Republik gebührt. Die Situation ist nicht einfach. Ich darf Peter Michael Lingens zitieren, der heute in der „Presse“ unter dem Titel „Respekt vor Wolfgang Schüssel“ schreibt – ich zitiere: „Wäre man vor der Wahl gestanden, sich in einer gefährlichen Situation der Führung Schüssels oder der Führung Klimas anzuvertrauen, man hätte sich, glaube ich, für Klima entschieden. Das ist vorbei. Schüssel ist nahezu physisch gewachsen. Das Amt des Bundeskanzlers schlottert nicht um ihn, sondern er füllt jeden Zentimeter davon aus. Er wirkt auf dem Bildschirm nicht mehr bloß gescheit, sondern souverän und von natürlicher Autorität!“ Und das braucht Wolfgang Schüssel in dieser Situation, die bei Gott nicht einfach ist, um hier die Bedenken, die es gibt, europaweit auszuräumen und auch bei uns im Land wieder zu jener Situation zu kommen, die die Frau Landeshauptmann angesprochen hat. Für uns ist es das Wichtigste, eine Politik, wo die Zusammenarbeit und der Wille zur Zusammenarbeit im Vordergrund steht, beizubehalten. Wir müssen alles tun, um dieses Klima auch bei uns in der Steiermark in Zukunft zu heben. Es ist uns im Land sehr vieles gelungen, gerade in der Frage der Menschenrechte. Ich glaube, dass niemand bei dieser Führung in der Republik und auch bei dieser Führung hier im Land Angst haben muss, dass bei uns Menschenrechte verletzt werden. Ich nehme diese Anfrage der Kollegen Hagenauer, Zitz, Keshmiri und Dr. Brünner sehr ernst, vor allem in dieser Frage sechs, wenn es darum geht, ob wir bereit sind, eine Offensive zur Achtung der Menschenrechte zu unterstützen, um die Steiermark als eine europäische Wertegemeinschaft verpflichtende Region zu positionieren. Selbstverständlich. Kollegin Zitz und Klubobmann Brünner,

Sie beide waren selbst mit mir im Grenzland in einer heiklen Frage unterwegs, als es um die slowenische Minderheit gegangen ist. Diese Fragen sind für mich ganz wichtige Fragen. (Abg. Mag. Zitz: „Warum sind sie noch nicht entschieden, wenn sie so wichtig sind?“) Die Frau Landeshauptmann hat das sehr deutlich angesprochen, was unsere Kompetenz ist und wo die Kompetenz beim Bund liegt. Ich darf hier eines sehr deutlich sagen, Kollegin Zitz: Ich nehme diese Fragen ernst, sowohl was die Frage der slowenischen Minderheit betrifft als auch was die Frage der deutschen Minderheit in Slowenien betrifft. Ich mache es nicht marktschreierisch auf der Straße, sondern in Gesprächen bei uns und auch in Slowenien. Wir waren zum Beispiel mit einer Delegation unter der Führung von Klubobmann Schützenhöfer in Slowenien, um dort mit unseren Parteifreunden, mit unserer Schwesternpartei in Slowenien diese schwierigen Fragen zu diskutieren. Der Weg, den die Bundesregierung in der Präambel auch festgelegt hat, dass Österreich und diese Regierung Schlüssel I auch in Zukunft alles tun wird, um den Weg, den Europa gegangen ist, nämlich größer zu werden, um nicht nur ein Europa der 15 zu bleiben, weiter zu gehen. Dann wird es für uns gerade bei diesen heiklen Fragen um ein Vielfaches leichter diese Fragen zu lösen. Manchmal brauchen solche Fragen auch die notwendige Zeit. Wir und ich persönlich werde viel Zeit dafür aufwenden, weil ich es für ganz wesentlich halte, solche heiklen Fragen, aber nicht in einer polemischen Art und Weise, sondern mit einem großen Verantwortungsbewusstsein zu diskutieren und Beiträge zu leisten, um auf beiden Seiten Ängste zu nehmen, um hier Fortschritte zu erzielen, die notwendig sind. Zweiter Punkt, der hier auch angesprochen ist, was Ausländer und Ausländerinnen betrifft: Wir sind das einzige Bundesland in Österreich, und es war ein Antrag, den Klubobmann Flecker und ich eingebracht haben, wo ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die nicht aus einem EU-Staat kommen, die Möglichkeit gegeben wird, ihre eigenen Ausländerbeiräte zu wählen. Das haben wir in keinem anderen Bundesland in Österreich. Wir werden sehen, wie sich am 19. März bei den Gemeinderatswahlen, wo erstmals solche Beiräte in einzelnen Stadtgemeinden auf Grund des hohen Ausländeranteiles verpflichtend zu wählen sind, andere Stadtgemeinden haben die Möglichkeit, dass solche Beiräte dort gewählt werden können, ein solches Instrument bewährt. Hier ist unser Standard ein höherer als in allen anderen österreichischen Bundesländern. Ich bitte, das einfach zur Kenntnis zu nehmen, ohne dass ich sage, dass dies jetzt das Bestmögliche ist. Was ist hier unrichtig, Kollegin Zitz, weil du den Kopf schüttelst? Was ist da unrichtig? (Unverständlicher Zwischenruf.) Kollegin Zitz, ich kann dir hier nur entgegenhalten, ich werde selten als Abgeordneter, wenn wir einen Beschluss fassen, beschenkt. Als wir diesen Beschluss gefasst haben, die Ausländerbeiräte betreffend, bin ich von Vertretern des Ausländerbeirates beschenkt worden. Es war nicht nur eine nette Geste, sondern ich war auch dankbar dafür, weil anerkannt worden ist, dass wir diesen Schritt gesetzt haben. Das habe ich seitens des Ausländerbeirates als Rückantwort auf unseren Beschluss bekommen. (Beifall bei der ÖVP.) Ich nehme das sehr ernst und sage noch einmal, ich bin der Letzte und wir

haben diese Debatte hier schon öfter gehabt, der nicht hellhörig ist, wenn es um rassistische, um antisemitische, um ausländerfeindliche Äußerungen geht. Es gibt sie im Land, wir müssen wachsam sein, dass bei unserer Bevölkerung manches, was vom Ausland jetzt kommt, nicht missverstanden wird und zu falschen Reaktionen führt, weil man einfach – und ich bin tagtäglich unterwegs – in Gemeinden, wenn man am Wirtshaustisch sitzt, Rückantworten bekommt, wo zum Beispiel diese Entscheidung seitens wichtiger Vertreter der Europäischen Union nicht verstanden wird. Ich war gestern in Neudau, um mit In- und Ausländern zu sprechen. Neudau ist jene steirische Gemeinde mit dem höchsten Ausländeranteil, weit mehr als 20 Prozent sind dort Ausländer. Und dieses Gespräch ist nicht einfach zu führen. Nur, man muss sich vor Ort dem Gespräch stellen und das ist unendlich schwieriger als hier Resolutionen zu verabschieden und fernab von den Problemen, die es natürlich gibt, dort, wo viele Ausländer bei uns hier sind. Das dürfen wir nicht verschweigen. Wir dürfen diese Probleme nicht verkennen. Aber was wir keinesfalls dürfen, ist Öl ins Feuer zu gießen. Und ich glaube, dass gerade diese Bundesregierung in diesen Fragen sehr gefordert ist. Noch keine Bundesregierung ist so genau bei diesen Fragen vom In- und vom Ausland beobachtet worden, wie sie mit diesen heiklen Fragen umgeht. Und da möchte ich auch eines hier sehr deutlich sagen: Dieses Fairnessabkommen zur Hintanhaltung rassistischer und ausländerfeindlicher Parolen im Landtagswahlkampf, das wird sicherlich zu schließen sein. Denn ich habe hier im Land im Gegensatz zu anderen Landtagswahlen von keiner Partei in vergangenen Wahlkämpfen ausländerfeindliche rassistische Parolen gehört. Ich glaube, das wird uns sicherlich in diesem Wahlkampf gelingen, wenn wir uns entsprechend darum bemühen. Und zum Schluss, Frau Landeshauptmann geht es um viel mehr, Herr Klubobmann Brünner, als um beruhigende Worte. Ihr geht es darum und sie ist dafür nicht nur immer positiv gerade seitens der Medien bewertet worden, dass sie alle mit einbindet. Ihr sprichwörtliches Miteinander, ihr Grundsatzmotto, ihre Regierungserklärung vom 23. Jänner 1996 zeigt gerade in diesen Tagen die Richtigkeit und die Notwendigkeit. Wir sind gewählt in den Landtag und die Regierer in der Regierung auf Grund unserer Verfassung, die wir in der Form, das ist ohnehin bekannt, nicht wollen. Wir wollen eine freie Regierungsbildung und nicht den Zwangsproporz, den es gibt. Wir sind aber hier gewählt um miteinander zu arbeiten und nicht gewählt um eine Regierung, bevor sie noch im Amt ist, bevor sie noch unter Beweis stellen kann, was sie imstande ist, schon schlecht zu machen. Ich glaube, niemand erweist damit unserer Republik einen guten Dienst, schon vor dem Start, bevor noch jemand zeigen kann, was er tatsächlich imstande ist, ihn so zu behandeln, wie das jetzt in den letzten Tagen geschehen ist. In diesem Sinne ersuche ich alle hier im Landtag vertretenen Fraktionen, die Zeit, die wir bis zu unserem Wahltag noch haben, für Arbeit zu verwenden und nicht für polemische Auseinandersetzungen. (Beifall bei der ÖVP. – 11.48 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Flecker das Wort.

Abg. Dr. Flecker (11.48 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Lopatka sowie alle Redner eurer Fraktion, setzt ihr offenbar die Wirkung vor der Ursache und bastelt an der Wirkung herum. Das Umfeld der Bildung einer Koalition der beiden Rechtsparteien ist der unmittelbare Anlass für die heutige Debatte und vorweg gleich eines: Das demokratisch Mögliche ist von Demokraten zu akzeptieren, aber nicht die Folgen davon. Und wie – meine Damen und Herren – zeigen sich die Folgen?

Erstens: Österreich ist außenpolitisch isoliert.

Zweitens: Das ausgezeichnete Image Österreichs wurde ins Gegenteil verkehrt.

Drittens: Österreich hat schwere wirtschaftliche Nachteile zu befürchten.

Viertens: Die Handlungsspielräume innerhalb der EU sind eingeschränkt.

Fünftens: Quer durch die Bevölkerung Österreichs geht ein Riss.

Sechstens: Demonstrationen gehören zur Tagesordnung.

Siebtens: Das Regierungsprogramm ist für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen dieses Landes inakzeptabel.

Achtens: Soziale Standards sollen rücksichtslos herabgesetzt werden.

Neuntens: Die Rechtspolitik soll rechten Zuschnitt bekommen, Eingriffe in die persönliche Freiheit der Menschen werden verstärkt und legitimiert und letztlich zehntens: resultiert aus all dem Angst und Verunsicherung in der Bevölkerung.

Aber zuerst einmal zur außenpolitischen Situation und deren Ursachen:

Der Obmann der Rechtsaußenpartei hat in der Vergangenheit wiederholt mangelnde Distanz zum Naziregime erkennen lassen. Die Zitate von der Beschäftigungspolitik und über die Waffen-SS sind bekannt. Aber Herr Schüssel wundert sich über Sanktionen, wenn er mit einer Partei unter der Führung Haider kollaboriert. Fremdenfeindliche Plakate während des Wahlkampfes; die Verniedlichung der Konzentrationslager als Straflager, verteidigt vom jetzigen Justizminister. Auch das ist bekannt. Und, Frau Landeshauptmann, durch Ihre Propaganda für diese Koalition sind Sie mit schuld, dass Sie so etwas legitimieren und Sie können das nicht schönreden. (Beifall bei der SPÖ.)

Und Herr Schüssel, meine Damen und Herren, wundert sich trotzdem über die Reaktionen des Auslandes. Die Beschimpfung des französischen Staatspräsidenten als Versager und die Bezeichnung der belgischen Regierung als korrupt, geschehen durch Herrn Haider. Herr Schüssel wundert sich trotzdem über die Reaktionen des Auslandes. Haider warnt vor dem Eindringen des Fuchses in den Hühnerstall der EU. Herr Schüssel wundert sich noch immer. Androhung der Blockade der EU-Politik und tatsächlich, es ist ein Wunder: Herr Schüssel wundert sich noch immer und kann nichts voraussehen. Und im Gegenzug kommt dann eine absurde und dumme Verschwörungstheorie. Nur Politiker spezieller Provenienz können glauben, dass es für die Situation, in der

wir uns heute befinden, irgendwelcher Interventionen bedurft hätte. Ganz abgesehen davon, dass solche Unterstellungen absurd sind, weil wohl kaum anzunehmen ist, dass ein österreichischer Politiker pfeift und die ganze EU tanzt. Aber Haider und beide Rechtsparteien suchen den Weg der Eskalation. Man spricht von Hochverrat. Eine Ungeheuerlichkeit für all jene, die in der Lage sind, den Begriff eigentlich zu verstehen. Die Inhalte von Vieraugengesprächen werden erfunden und Unwahrheit ohne Chance der Beweiskraft öffentlich verkündet. Dabei wird der Grundsatz über Bord geworfen, dass Vieraugengespräche dort zu bleiben haben, wo sie geführt wurden. Daraus folgt Misstrauen und die Unmöglichkeit des Gespräches ohne Zeugen und zwar mit jenen, die zum zivilen Umgang mit Gesprächen nicht fähig sind und mit jenen, die dem Bruch grundsätzlicher Regeln applaudieren. Der Umgang Jörg Haider mit der Wahrheit ist hinlänglich bekannt. Beweisbar war sie zuletzt bezüglich seiner Aussagen zu Prinzhorn-Zitaten in einer deutschen Diskussionsendung. Die bislang letzte Form der Eskalation: Haider frönt der politischen Unkultur der gerichtlichen Auseinandersetzung. Und bislang sage ich deswegen, weil ich die Meinung von EU-Kommissar Franz Fischler über die Unbelehrbarkeit Haider teile. Dieser ganze Weg der Eskalation ist nachweisbar darzustellen. Schuld daran sind die, die sie betrieben haben. In gleicher Weise aber die, die applaudieren. Bedeutung hat das alles bekommen, weil der, der sich noch immer wundert, die Partei desjenigen, dessen Vorgangsweise nicht überrascht, zu sich in die Regierung geholt hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Wahrscheinlich wundert sich nur mehr Schüssel selbst, welchen Geist er gerufen hat. Er wundert sich offenbar so sehr, dass es ihm die Sprache verschlagen hat und es ihm gar nicht mehr auffällt, dass dieses Land schon längst von Kärnten aus regiert wird. Lieber Kollege Lopatka, ich glaube, wenn Fraktionen darauf angewiesen sind, zu ihrer politischen Verteidigung nur mehr Journalisten irgendwelcher Zeitungen zu zitieren und nicht mehr durch eigene politische Überzeugungskraft antreten können, dann ist das das Zeichen einer Situation, in der ihr seid. Wenn man nicht in der Lage ist politisch zu unterscheiden, was eine Freiheitliche Partei unter Steger ist und was sie unterscheidet (Abg. Dr. Lopatka: „Ich habe von Peter gesprochen!“) von einer Freiheitlichen Partei unter Haider, dann ist das mangelndes Verständnis. Und wenn du von Peter sprichst, so sage ich dir auch etwas ganz ernst: Mir ist einer, der gesagt hat, ich distanziere mich, weil ich Fehler gemacht habe, lieber als einer, der heute wieder trommelt. (Beifall bei der SPÖ.)

Gestern, meine Damen und Herren, in der Parlamentsdebatte sagte Schüssel, er hätte das alles nicht voraussehen können, obwohl ihm Staatsmänner gesagt hatten (Abg. Rabenbauer: „Welche Staatsmänner?“), dass sie die Beteiligung einer Rechtsaußenpartei an der Regierung nicht gewünscht hätten, weil das dem Geist der EU widerspricht. Dass Schüssel das nicht voraussehen konnte, läßt zwei Schlüsse zu (Abg. Riebenbauer: „Ich will das hören!“) – wenn du gestern die Debatte im Fernsehen gesehen hättest, dann nenne ich dir unter anderem Chirac, falls du den kennst.

Die zwei Voraussetzungen können sein: Entweder es fehlten ihm die Voraussetzungen Logisches voraussehen oder die Lust auf Macht beziehungsweise die Erfüllung der Sehnsucht, einmal zumindest formal Erster zu sein, haben alle Bedenken um Österreich überstrahlt. Die Verhandlungen von Schüssels Partei mit der Sozialdemokratie waren ein Täuschungsmanöver und hatten aus ihrer Sicht nie ein Ergebnis als Ziel. Niedliche Worthülsen sollten von der eigentlichen Taktik ablenken. Die Braut, die sich monatelang schick gemacht hat, war schon längst verheiratet. Die Freude, mit der du so etwas lächerlich machst, nämlich die Situation Österreichs, ist auch das Einzige, nämlich das Nichtverstehen, was euch über diese Runden helfen kann. Das ist die einzige Ausrede, die ihr habt. Das Ergebnis dieser politischen Strategie hat zu den von mir eingangs erwähnten Folgen geführt. Als Antwort kam nur die Verschwörungstheorie und die ist durch die Erklärung Klestil von gestern wie eine Seifenblase zerplatzt. Schüssel wurde nachweislich vom Bundespräsidenten am 29. Dezember, am 27. und 28. Jänner sowie noch einmal am 31. Jänner von in Aussicht genommenen Sanktionen verschiedener Staaten informiert. Schüssel wurde auch direkt vom Ausland kontaktiert. Und damit wir auch das Wissen des Landes nachweisen können: zumindest am 21. Jänner und am 2. Februar informierte Klestil die gesamte ÖVP-Spitze im Beisein aller ÖVP-Landeshauptleute über die immer intensiver werdenden internationalen Reaktionen. Die Frau Landeshauptmann war natürlich schon länger informiert, wenngleich das nicht nützt, weil ich ihr persönlichen Widerstand nie unterstellt hätte. Die Verschwörungstheorie, von beiden Rechtsparteien getragen, ist inhaltlich absurd und zielt methodisch auf eine bewusste Eskalation durch Denunzierung ab; eine Methode, die der leidvollen Geschichte Österreichs nicht fremd ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Das alles treibt den Keil zwischen die Bevölkerung. Die kleinere der beiden Rechtsparteien wird sich bald die Frage zu stellen haben, wie lange sie da noch mittun kann, wenn sie wenigstens noch einen Teil ihrer – zugegebenermaßen – vorhandenen Verdienste um diese Zweite Republik für sich bewahren will. Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind erschüttert, dass für Österreich und damit auch für dieses Bundesland derartige Folgen entstanden sind. Wir sind traurig, weil es das traurigste Kapitel der neuzeitlichen Geschichte dieses Landes ist, das sich aus objektiven Ergebnissen schreibt. Meine Damen und Herren, Sie hätten diesen Weg auch anständiger gehen können. In der Steiermark hat die Gemeinsamkeit der beiden Rechtsparteien Tradition. Ich erinnere nur an die letzte Legislaturperiode. Wenn es um Fragen von Minderheiten, sowohl ethnischer Herkunft als auch auf Grund der Lebensführung ging, wurden nahezu alle Beschlüsse in diesem Haus von diesen Parteien gemeinsam gefasst und zwar gegen diese Minderheiten. Sie haben sich auch darin getroffen, schon in der Zeit ihrer Zusammenarbeit in der letzten Legislaturperiode, aber auch später, rechtsradikale Zeitungen zu fördern. (Abg. Dr. Lopatka: „Wurde in der Leykam gedruckt!“) Die „Aula“ erhielt Geld aus einem freiheitlichen Finanzkontingent. (Abg. Dr. Lopatka: „100-prozentiges SPÖ-Eigentum!“) Du kannst von dieser Peinlich-

keit nicht ablenken – du kannst mir doch nicht eine Druckerei unterschieben. (Abg. Dr. Lopatka: „So scheinheilig sein!“) Es ist klar, dass die Finanzierung von der FPÖ erfolgt ist oder willst du das verteidigen, die Förderung? (Abg. Dr. Lopatka: „Nein ...!“) Dann sei still! (Abg. Dr. Lopatka: „Faktum ist, dass die SPÖ Geschäfte gemacht hat!“) Der heutige Infrastrukturminister und damalige FPÖ-Landesrat war im November 1994 sogar öffentlich stolz auf diese Förderung. Zitat: Die „Aula“ ist deutschnational orientiert und das ist nicht verboten. Sie werde selbstverständlich auch weiter Gelder von ihm bekommen – versprach er damals. Und diese Zeitung, die von der FPÖ gefördert wurde und offenbar von Lopatka heftig verteidigt wird, dass diese Zeitung mittlerweile (Abg. Dr. Lopatka: „In der Leykam gedruckt, Ankerstraße!“) immer wieder in Gerichtsverfahren einschlägiger Natur einbezogen worden ist, ist bekannt. Liest du es von der Zeitung direkt ab, bist du Abonnent? (Abg. Dr. Lopatka: „Die Unehrlichkeit tut weh!“) Lieber Reinhold, die Sozialdemokratie ist die einzige Partei in dieser Zweiten Republik, die noch nicht Schuld auf sich geladen hat in diesem Jahrhundert. (Beifall bei der SPÖ.) Ihr seid nicht unverdächtig.

Meine Damen und Herren, die Förderung der rechten Zeitungen – und damit wir euch auch darstellen – „Lot und Waage“ und „Neue Ordnung“ existierten unter dem vorigen Landeshauptmann, aber auch noch unter Klasnic. Die Reaktion der Frau Landeshauptmann in der öffentlichen Debatte: Man möge aufhören, alte Geschichten aufzuwärmen, die Jugend wolle das nicht hören. Die Geschichte hat sie offenbar widerlegt. Ich will jedoch das Zitat der Frau Landeshauptmann nicht auf die Waage legen, hat sie doch als ihr Selbstverständnis von Kunst im Mai 1997 so definiert, dass die Kunst nur dazu da sei, Freude zu bereiten.

Meine Damen und Herren, diese Verwandtschaft im Geiste schlägt sich im Regierungsprogramm nieder gegen Arbeitslose, gegen Minderheiten, gegen sozial Schwache, gegen Verteilungsgerechtigkeit, gegen humanen Strafvollzug und gegen den Schutz des Individuums vor staatlichem Eingriff. Das ist das rechte Österreich. Und wir werden nicht müde, ein anderes Österreich aufzuzeigen. Und dieses Österreich, dieses neue Österreich, dieses rechte Österreich ist nicht das Österreich des Herrn Figl. Tote können immer leicht als Zeugen herangezogen werden, Frau Landeshauptmann. Die Zusammenarbeit der beiden Rechtsparteien ist auch mit Sicherheit für die nächste Legislaturperiode vereinbart und da gilt kein Ablenkungsmanöver. Wir Sozialdemokraten werden aber versuchen, dieser Steiermark eine humane, eine offene Steiermark weiterhin gegenüberzustellen.

Lassen Sie mich aber am Schluss noch einmal an Hand der Chronologie die Reaktionen der Frau Landeshauptmann beim Zustandekommen dieser Regierung darstellen:

Ich zitiere die Frau Landeshauptmann am 1. September 1999, wie sie es mit der SPÖ haltet. Zitat: „Ich bleibe auf dem Kurs des Miteinander!“

Ich zitiere die Frau Landeshauptmann Klasnic nach dem Oppositionsbeschluss der ÖVP am 9. September 1999 – Zitat: „Die Opposition paßt nicht zur ÖVP!“

Zitat Klasnic wenige Tage nach der Wahl am 13. Oktober 1999: „Wir müssen Schüssels Ankündigung wahr machen und in Opposition bleiben!“

Zitat Klasnic nach Eintritt in Verhandlungen mit der SPÖ am 26. November 1999: „Wir müssen glaubwürdig bleiben, eine neuerliche Regierungsbeteiligung muss erklärbar sein!“

Die Parteiobfrau der steirischen Volkspartei, Frau Klasnic, hat am 20. Jänner 2000 Herrn Hirschmann Folgendes sagen lassen: „Schüssel wird es in der Steiermark schwer haben. Er wird um Vergebung bitten müssen!“ Ende des Zitates.

Gleichzeitig wurde der Bruch der steirischen Partei mit der Bundespartei verkündet. Kurz darauf nahm Frau Landeshauptmann Klasnic an einer Pressekonferenz mit Schüssel teil, an dem er dem Abgesang sehr traurig, indem er bedauerte, dass die Koalition mit der SPÖ nicht zustande gekommen sei, gemacht hat und hat ihm nicht widersprochen. Aber das neuere Zitat am 25. Jänner, Frau Landeshauptmann: „Der Wunsch des Präsidenten war eine breite Mehrheit im Parlament. Diese beiden Parteien hätten eine!“

Und letztlich die Zustimmung der Frau Landeshauptmann zu dieser Koalition. Es war dies zufällig auch der gleiche Tag, an dem sie als Landeshauptfrau vom Bundespräsidenten über die Ernsthaftigkeit der Sanktionen des Auslandes informiert wurde. Die Chronologie – Frau Landeshauptmann – zeigt dies alles anders als Sie sie darstellen. Es wäre schön, würden Sie Ihre politische Verantwortung einmal übernehmen und nicht immer nur schön wegreden.

Meine Damen und Herren, in einem schließt sich der Kreis. Wie auch immer die Frau Landeshauptmann sich gebogen hat, die steirische Volkspartei wollte die Rechtskoalition schon vor der Wahl und Frau Klasnic als Parteiobfrau hat von diesem Zeitpunkt an zwar jede Windung nachvollzogen, aber den Rechtswalzer mit Herrn Haider schon längst getanzt gehabt. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich überlasse es getrost der Öffentlichkeit zu beurteilen, was von einer Partei, die wissentlich dieses Land in die jetzige außenpolitische Situation manövriert, die Spaltung Österreichs forciert und daneben Scheinverhandlungen geführt hat, zu halten ist. Ebenso wie die Beurteilung der Frau Landeshauptmann, die Gerades plakatiert und Schlanglinien lebt. Ob dafür Milderungsgründe vorliegen, will ich hier nicht beurteilen.

Meine Damen und Herren, einige Sätze zum heutigen Wahlvorgang:

Die Landesverfassung, zu der wir stehen, sieht das Konkordanzsystem vor und damit auch die Fraktionswahl. Die einzige Möglichkeit Nichtzustimmung zu zeigen liegt darin, an der Wahl nicht teilzunehmen. Wir haben daher an dieser Wahl nicht teilgenommen. Das richtet sich nicht gegen eine Person, sondern gegen eine ganze Partei.

Meine Damen und Herren, zum Schluss bringe ich ein Zitat Haiders aus der ZIB 2 vom 1. März 1995 – Zitat:

„Ich war bei Freunden in Namibia, dem ehemaligen Deutsch-Südwestafrika mit meiner Familie zusammen, weil ich ein bisschen erproben wollte, wie das Zusammenleben mit den Schwarzen so ist, wenn sie die

Mehrheit haben. Mit den Schwarzen ist es wirklich so ein Problem. Selbst dort, wo sie die Mehrheit haben, bringen sie nichts zusammen. Da ist einfach wirklich Hopfen und Malz verloren!“ Ende des Zitats.

Meine Damen und Herren von der ÖVP, reflektieren Sie dieses Zitat auf zweifache Weise: erstens den Katholiken in Ihrer Partei als Erinnerung, dass dieser Rassismus der Rassismus Ihres Partners ist und Sie ihn legitimieren und insgesamt, meine Damen und Herren von der ÖVP, zweitens als Vorahnung für künftige Aussagen Ihres eigentlichen Bundeskanzlers. Danke! (Beifall bei der SPÖ und dem LIF. – 12.11 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als Nächster auf der Wählerliste ist Herr Präsident Vesko. Er hat das Wort.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (12.11 Uhr): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Gestatten Sie mir, dass ich die Tiraden meines Vorgängers ignoriere. Ich glaube, sie sind nicht mehr wert gewesen. Ich möchte mich vielmehr damit beschäftigen, wie es dazu gekommen ist, dass es heute andere Verhältnisse gibt als es sie noch vor vier Monaten gegeben hat. Ich möchte mich mit den Fragen auseinandersetzen, wie es zu den Konsequenzen gekommen ist und ich möchte auch sehr klare Antworten darauf geben, was wir uns für die Zukunft vorstellen. Warum es eine Änderung im Verhältnis der Stärken der einzelnen Fraktionen im Parlament und sicherlich auch in anderen gesetzgebenden Gremien gegeben hat, ist klar und deutlich auf der Hand. Der Bürger hat es einfach satt gehabt und Prof. Brunner hat es sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, möchte deshalb auch gar nicht weiter fortfahren. Es war die Entscheidung des Bürgers, dieser Form der Zusammenarbeit und aller damit verbundenen Missstände eine Kampfansage zu geben, um ihr schlussendlich ein Ende zu bereiten. Wie es dazu gekommen ist, ist auch leicht erklärt: Sozialdemokraten waren sich von vornherein im Hinblick auf den Verlust der Stärke der Österreichischen Volkspartei, der sich schon über Jahre abgezeichnet hat, bewusst, sie in eine Geiselhaft zu nehmen, indem sie alle anderen Alternativen von vornherein ausgeschlossen und somit klar zum Ausdruck gebracht hat, entweder mit uns oder gar nicht. Dahinter stand auch noch selbstverständlich die gewünschte und angestrebte, weil sicherlich vorher mit irgendjemand schon abgesprochene, denn sonst würde man ja eine Minderheitsregierung doch nicht als Programm sehen, sich in diese Richtung begeben hat und die Sozialdemokraten können heute selbstverständlich jederzeit sagen, sie sind nicht in der Regierung, weil sie die ÖVP schnöde verlassen hat. Ich muss aber ganz klar und deutlich betonen, die Österreichische Volkspartei war bereit, mit den Sozialdemokraten eine Regierung einzugehen. Es sind die Forderungen am Tisch gelegen und es gab ein Programm. Schlussendlich haben die Sozialdemokraten nein gesagt. Auch da glaube ich deshalb nein gesagt zu haben, weil sie gewusst haben, dass das, was sie in der Vergangenheit schon sukzessive vorbereitet haben, stattfinden wird, nämlich sie alleine zu beauftragen. Aber wie so oft macht man auch hier die Rechnung ohne Wirt! Es hat sich herausgestellt, dass es sehr wohl eine Alternative gab. In den Ver-

handlungen hat sich gezeigt und zwar in den Verhandlungen zwischen der Österreichischen Volkspartei und den Freiheitlichen, dass es durchaus Bereiche gibt, in denen man eine Regierungsverantwortung nicht nur übernehmen kann, sondern auch ein hervorragendes Regierungsprogramm zustande bringt und dieses auch jene Reformschritte beinhaltet, denen sich die Sozialdemokraten prinzipiell verwehrt haben, nicht deshalb, weil sie das Wort Reform nicht kennen, sondern weil es nicht mehr dazu gedient hat, die unbedingte Machterhaltung oder den Machterhaltungstrieb der Sozialisten abzusichern. Dass diese Verhandlungen schlussendlich auch zu einem Ergebnis geführt haben und in der Zeit dazwischen die Sozialisten und auch die grüne Fraktion und die Grünen an sich selbstverständlich nicht untätig und emsig unterwegs waren, um der Gefahr, die sich in Richtung ihres Machtverlustes ergeben, abzuwehren, ist bekannt. Es gibt dazu Beispiele und es ist ja nichts Neues, denn es wird seit zehn Jahren praktiziert, vor allem deshalb, weil man weiß, dass die Freiheitlichen selbstverständlich mit ihrer Politik in die Reihen der SPÖ-Anhänger sehr massiv eingedrungen sind. Daher wurden die altbekannten sozialdemokratischen Waffen der Vernaderung und so weiter wieder herausgeholt. Es hat aber nichts genützt. Letztendlich haben sich die beiden Parteien auf ein Programm geeinigt, auch auf Personen geeinigt, trotz dem Widerstand der Sozialdemokraten und trotz dem Widerstand eines Bundespräsidenten, dessen Rolle sicherlich die Geschichte noch klarrücken wird. Es gab gute Verhandlungen mit einem guten Ergebnis. Es gab aber vor allem deswegen ein gutes Ergebnis, weil man in der Lage war, jene scharfen Kanten und Konturen, die es in vielen Bereichen im Programm, das bereits zwischen ÖVP und SPÖ ausgehandelt war, die es gegeben hat, etwas zu entschärfen. Wenn heute die Sozialisten dastehen und sagen, das Programm ist ein Skandal, dann kann ich euch nur eines sagen: Legt es Blatt für Blatt nebeneinander, damit ihr wisst, wo die Skandale zu Hause sind. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Dann kam ein noch nie da gewesener aufgerüttelter Protestkampf in dieser Republik, des sogenannten anderen Österreichs. Ich sage Ihnen eines: Schön ist dieses andere Österreich nicht. Demonstrationen, wie wir sie erlebt haben, Pflastersteine und Ähnliches mehr hat es in dieser Republik noch nicht gegeben. Sie wurden aber nicht von denen geworfen, denen man vorwirft undemokratisch zu sein und all jene Zitate, die wir heute vom Kollegen Flecker schon gehört haben, sondern gerade von denen, die sich etwas auf die Fahnen heften wollen und was sie sogar in ihren Namen aufnehmen mussten, um zu überleben. Diesen Vorsprung haben Sie verspielt. Sie sind wieder jene Sozialisten, die Sie einmal waren und nicht mehr Sozialdemokraten. Das Regierungsprogramm selbst wurde bereits zu einem Zeitpunkt verteufelt, verurteilt, verdammt und in aller Welt angeprangert, als es nicht einmal noch bekannt war. Die darin stehenden Reformen, die jetzt langsam aber sicher auch diskutiert werden und zwar ernsthaft diskutiert werden, finden durchaus in breiten Bereichen der Bevölkerung Akzeptanz, vor allem aus zwei Gründen: Herr und Frau Österreicher haben in der Zwischenzeit natürlich erkannt, dass das, was

uns die Sozialdemokratie mit ihrer Regierung überlassen hat, sofern sie uns etwas hinterlassen hat, weil wenn ich mir das Innenministerium, das Finanzministerium oder das Sozialministerium anschau, so ist dort vieles verschwunden, und zwar nicht nur verschwunden, sondern zum Teil sogar mutwilligst zerstört worden, aber das ist eine andere Facette, die sicherlich noch diskutiert werden wird, werden wir nolens volens zu reparieren haben. Beide Fraktionen in dieser Regierung sind felsenfest davon überzeugt und voll des Tatendrangs, dass sie diese Hürde schaffen werden. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Meine Damen und Herren, was die Auslandsreaktionen betrifft, so bin ich auch, so wie Sie, ernsthaft davon betroffen. Ich bin erschüttert, dass das Österreich passieren kann: dass sich Länder, mit denen wir gemeinsam in einem Bündnis sind, das uns als die Zukunft Europas, als die Idealform der Zusammenarbeit, des Zusammenlebens der europäischen Nationen, Länder, Regionen und so weiter dargestellt wird, dass diese Reaktion in der Form ausfallen konnte. Nicht deshalb, und das sage ich ganz bewusst, weil es jetzt eine andere Regierung gibt, bin ich betroffen, sondern ich bin deshalb betroffen, weil man all diese Dinge unter dem Deckmantel der Gemeinsamkeit tut und versucht ein Land, das sich redlich bemüht, seine Situation zu verbessern und dadurch auch eine andere Regierung bekommen hat, weil sich der Bürger das so wünscht, in der Form an den Pranger stellt. Ich erspare es mir, auf verschiedene Aktionen einzugehen, beispielsweise die Ausschließung der österreichischen Sportler aus dem Sportgeschehen. Das Nächste ist dann, dass man bei den Pfadfindern ausgeschlossen wird, weil die Jugend für unsere Nachbarländer gefährdet sein könnte. Ich habe echte Probleme. Ich habe damit Probleme, weil es im Grunde genommen ein Vorgang ist, der uns zutiefst erschüttert. Dass aber selbstverständlich in Österreich viele andere dies permanent und mit Freuden zelebrieren, was da alles passiert, zeigt auch in vielen Bereichen, welche Geistes Kinder hier unterwegs sind, um Schaden von Österreich abzuwenden. Meine Damen und Herren! Die Front in Europa gegen Österreich beginnt langsam zu bröckeln. Sie beginnt zu bröckeln, weil es besonnene Menschen gibt. Menschen, die ein Rechtsverständnis haben und sagen, eine demokratisch gewählte Regierung in einem demokratischen Land hat nicht nur das Recht, a) gehört zu werden und ihr Programm vorzustellen und auf Grund ihrer Leistungen bemessen zu werden oder gemessen zu werden und nicht in einer beispiellosen Besudelungskampagne Österreichs, wie wir sie noch nie erlebt haben. Und es haben sich Leute darin eingeschaltet, die damit beileibe nichts zu tun haben. Wir sind aufgerufen, meine Damen und Herren, wir werden diese Regierung unterstützen um klarzustellen, dass Österreich nicht das ist, wozu sie uns stempeln wollen. Und wir werden mit unseren Taten klar und deutlich zum Ausdruck bringen, wohin die Reise führt und wohin die Reise in diesem dritten Jahrtausend geht. Meine Damen und Herren, diese Regierung wird bleiben und sie wird zum Wohle Österreichs wirken. Ich sage Ihnen auch warum: Totgeglaubte leben länger! Glück auf! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. - 12.24 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Zitz. Sie hat das Wort.

Abg. Mag. Zitz (12.24 Uhr): Herr Präsident!

Auf der Regierungsbank ist von der SPÖ inzwischen niemand mehr da und auch die Frau Landeshauptfrau hat sich verabschiedet. Sie sitzt im Publikum. Wir haben vorher eine Dringliche Anfrage eingebracht, Frau Landeshauptfrau, um von Ihnen zu erfahren, wie sich die neue Regierung, deren Pionierin Sie in Österreich waren zusammen mit Herrn Landesrat Hirschmann, wie sich diese neue Regierung, für die Sie jahrelang gekämpft haben, in den letzten Tagen positioniert hat beziehungsweise wie sie sich bei den Themen positionieren wird, die uns als Grüne ein besonderes Anliegen sind: Menschenrechtspolitik, soziale Gerechtigkeit und Umverteilung. Wie geht es Ihnen als Landeshauptfrau beziehungsweise Ihrem Koreferenten Schachner, wenn Sie für ein Ressort zuständig sind, für das EU-Ressort, das vom tatsächlichen Kanzler Haider, ich glaube, er weiß sehr genau, dass er das ist und Schlüssel wird es nicht in Frage stellen, nach dem, was er da alles hinter sich gebracht hat, um diese Koalition einzugehen, wenn da die EU als Hühnerstall bezeichnet wird? Wie werden Sie im Ausschuss der Regionen die Steiermark positionieren, zusammen mit Schachner, wenn diese wackelige Proporzkoalition immer instabiler wird, wenn sie so instabil wird, dass Klubobmann Flecker leider auch ein Stück verdrängt insofern, als Schachner und Dörflinger vor einigen Wochen sich sehr wohl überlegt haben, die rote Hand mit der blauen wieder näher zusammenzuführen. In dieser Situation, Herr Klubobmann Flecker, wünsche ich mir eine „Theorie der zwei SPÖ“, damit wir als Grüne wissen, welche Teile der Sozialdemokratie für uns ansprechbar sind, inhaltlich ansprechbar sind und welche Teile sich dorthin bewegen, wo wir uns als Grüne niemals hinbewegen werden. Das ist eine inhaltliche Ansage, die ich hier an Sie persönlich mache.

Das Regierungsübereinkommen zwischen blau und schwarz, und ich werde immer zuerst blau und dann erst schwarz sagen, weil das das persönliche, psychische und realpolitische Machtverhältnis wirklich zeigt. Dieses Regierungsübereinkommen umfasst 125 Seiten und es zeigt, dass die Schlüsselressorts, die Ressorts, wo man eine Gesellschaft gestaltet und bewegen kann, beweglich halten kann, dass diese Ressorts kampfflos den Freiheitlichen übergeben wurden. Es ist das der Justizbereich. Erste Folge war, dass der außergerichtliche Tausch massiv reduziert worden ist. Weiters gibt es eine Zusammenführung vom Sozial-, Jugend-, Familien- und Frauenressort. Mit dieser Mischung entgegen dem Anliegen der Landeshauptfrau, die sich ein Generationenministerium gewünscht hätte, wo Jung und Alt wirklich miteinander einen alternativen Gesellschaftsvertrag entwickeln können, ist ein Generationenministerium klar verabschiedet worden. Die Freiheitlichen sind verantwortlich für Schlüsselressort in jeder Regierung, das Finanzressort.

Ich war vorher „beeindruckt“, wie ich gehört habe, dass zur Finanzierung der Antirassismushotline, eine Initiative, die von Menschenrechts- und AusländerInnenorganisationen in der Steiermark gestartet

wurde und die wir mit der SPÖ zusammen unter Klubobmann Flecker unterstützt haben, dass die Landeshauptfrau meint, um diese bescheidene kleine Menschenrechtsinitiative zu unterstützen, da müsse schon Ressel einspringen und einen klaren Auftrag geben, weil er ja als Finanzzuständiger der wirklich Mächtige in der Regierung wäre. Ich denke, wenn das so ist, dass die ÖVP auf allen Ebenen sagt, dort, wo das Geld sitzt, sitzt die wirkliche Macht, warum hat die ÖVP dann automatisch ausgerechnet dem Herrn Grasser das Finanzressort auf der Bundesebene übergeben? Noch dazu dem Herrn Grasser, der innerhalb der Freiheitlichen Partei ja für seine Jugend eine äußerst bewegte Geschichte hat im Gegensatz zur Frau Landesrätin Jost-Bleckmann, deren Karriere innerhalb ihrer Partei ja bis jetzt sehr linear verlaufen ist. Die Frau Landeshauptfrau hat auch Figl erwähnt. Ich habe mir überlegt, wie wäre es eigentlich, wenn die Gründungsväter sehen würden, dass da eine Regierung angelobt wird, die nicht den Vordereingang verwenden kann hinein in die Hofburg, auch nicht den Hintereingang verwenden kann, sondern die sich unterirdisch im wahrsten Sinne des Wortes ihrer politischen Verantwortung für Österreich „näher“ muss: In einer politischen Phase, wo die Osterweiterung ansteht, in einer politischen Phase, wo vor kurzem die Demonstrationen gegen die WTO, gegen den Gipfel in Seattle neue Koalitionen für eine andere Wirtschaftspolitik zum Ausdruck gebracht haben, wo indische Biobäuerinnen mit australischen Linksgewerkschafterinnen, wo erzkonservative US-amerikanische Familienbündlerinnen mit jungen umweltbewegten Personen, die mit überhaupt keiner Partei etwas zu tun haben wollen, Seite an Seite gestanden sind. In dieser Zeit übernimmt in Österreich Blau-Schwarz die Regierung und ich frage Sie noch einmal, Frau Landeshauptfrau, wie würden die Gründungsväter der Ersten und Zweiten Republik dazu stehen? (Landeshauptmann Klasnic: „Demokratisch!“) Diese Regierung, Frau Landeshauptfrau, ist angelobt worden im Rahmen der Verfassung, aber sie steht inhaltlich außerhalb des Verfassungsbogens. Und dort hat sie sich nicht durch irgendwelche Zitate vom Klubobmann Khol, dort hat sie sich persönlich hingestellt, Schritt für Schritt mit realpolitischen Aktivitäten und mit einer verbalen Gewalt, die in dieser Form uns allen unbekannt gewesen ist bis zu dem Zeitpunkt, als Haider in der Freiheitlichen Partei seinen Aufstieg genommen hat.

Ein Wort noch zum Regierungsprogramm: Es umfasst 125 Seiten Text und ich habe es vorher durchgeblättert, weil es beim Peter Hagenauer, der die Dringliche eingebracht hat, am Tisch liegt. Dieses Regierungsprogramm enthält in den Schlüsselbereichen, wo man die Gesellschaft gestalten kann, ganz wenige Seiten. Wir haben eine Seite zur Budgetpolitik. In dieser Seite kommt vor, dass man die Kfz-Steuer hinaufsetzt. Das finde ich, ich habe zwar kein Auto, weil ich nicht einmal Auto fahren kann, nahezu „entzückend“, weil man genau weiss, dass man mit einer Anhebung von Massensteuern wirklich die Massen trifft. Es kommt kein Wort in Richtung Verteilungsgerechtigkeit vor. Eine andere Steuerpolitik bei Einkommen und Vermögen wird genauso konsequent ausgespart wie im Bereich Umwelt – den habe ich mir natürlich auch sehr genau angeschaut.

Zum Klimaschutz kommen genau drei Zeilen vor und zur Verkehrspolitik genau fünf Zeilen. Eine ökosoziale Steuerreform, die dazu führen würde, dass man die menschliche Arbeitskraft entlastet, ist von dieser Regierung von Anfang an konsequent „entsorgt“ worden. Dafür bietet uns diese Regierung einen Kanzler an, zu dem ich nur ganz schwer Kanzler sagen kann, weil er de facto der Vizekanzler ist – Herrn Schüssel. Herr Schüssel ist in den letzten zehn Tagen damit beschäftigt gewesen sich zu entschuldigen bei seinem eigenen ÖAAB, der in Wien eine schwarze Fahne gehisst hat und zwar schwarz nicht als Respekt gegenüber der eigenen Fraktion, sondern schwarz, weil diese Koalition eine Absage an Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenrechte bedeutet. Herr Schüssel war beschäftigt sich international zu entschuldigen und zu erklären, wie die „Fehlleistungen“ seines Partners oder eigentlich seines Regierers, weil Haider ist der Regierer von Schüssel, zustande gekommen sind. Schüssel ist natürlich nicht bereit, sich auf untertänigste Art und Weise bei den Leuten zu entschuldigen, die ihn leider am 3. Oktober doch gewählt haben. Das, was die ÖVP mit der Pionierin Landeshauptfrau Klasnic für Österreich gemacht hat war, zusammen mit Hirschmann den Weg für eine blauschwarze Regierung freizuschaukeln, die ihre Verantwortung derzeit nur „unterirdisch“ übernehmen kann. Ich möchte in dem Zusammenhang noch zu Schüssel sagen, dass er so lange beschäftigt sein wird, sich für Haider zu entschuldigen, dass er nicht mehr seine Regierungsverantwortung wahrnehmen kann.

In dieser Regierung sind die wenigsten Personen tatsächlich arbeitsfähig. Wir haben in dieser Regierung und das möchte ich auch sagen, nachdem das von Seiten der Sozialdemokratie nicht gekommen ist, eine ehemalige Grazer Stadträtin, die gefunden hat, dass das Grazer Stadtbild durch Leute verunstaltet wird, die am Asphalt sitzen und betteln. Als Tourismusstadträtin und Stadträtin für ein prachtvolles Graz kann sie daher nicht zulassen, dass Armut so sichtbar herumsitzt und dass Armut womöglich noch begehrt wird, indem diese Leute betteln. Diese Frau ist international jetzt zuständig, Österreich als Tourismusland anzubieten. Diese Regierung setzt sich zusammen aus Personen, die ein höchst unklares Profil haben beziehungsweise – ich sage es noch einmal – die ÖVP war bereit, um den Kanzler zu stellen, die gesellschaftspolitisch wirksamen Ressorts und die Ressorts, wo man derzeit beweglich sein muss, freiwillig an die Freiheitlichen abzugeben: der Finanzbereich, der Justizbereich und der Bereich, wo wild das zusammengemischt wurde, was inhaltlich schon zusammengehört, aber das Parteilichkeit verlangt, nämlich das Sozialministerium, Jugend- und Senioreninnenministerium. Ich finde es sehr schade, dass es kein Generationenministerium und kein Frauenministerium gibt.

Ein letztes Wort noch zur Rolle der Grünen in diesem Gefüge: Wir sehen eine blauschwarze Bundesregierung, die ineinander so heftig verkrallt ist, dass sie kaum Beweglichkeit haben wird, wirklich gedanklich frei zu sein und wirklich die Konzepte umzusetzen, nicht einmal die, so verheerend ich sie inhaltlich finde, die sie selber produziert hat, weil sie von Anfang an sich in eine Sackgasse manövriert hat. Wir sehen eine

Sozialdemokratie, die auf Bundes-, Landes- und Stadtebene sich unterschiedlich lang von diversen Schrecksekunden erholen wird. Beim Kollegen Flecker war die Schrecksekunde für mich verdächtig kurz, obwohl ich Ihre inhaltlichen Positionierungen über weite Strecken sehr nachvollziehbar finde. Ich bin sehr neugierig, wie die SPÖ es jetzt schaffen wird, für andere gesellschaftliche Kräfte – ich rede jetzt nicht über die Grünen – wieder einen Millimeter Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen, die sie in den letzten Monaten sehr bewusst aufs Spiel gesetzt hat. Die Chance sehe ich bei Ihnen, weiß aber nicht, ob viele Leute in Ihrer Partei couragiert genug sind, diese Schritte zu gehen, weil das inhaltliche und strategische Änderungen und selbstverständlich auch personelle Änderungen braucht. Zu den Freiheitlichen und zur ÖVP brauche ich nichts mehr zu sagen, denn ich habe das vorher schon so kommentiert, dass die ÖVP kampflos die strategisch wichtigsten Bereiche den Blauen überlassen hat. Sie wird lange brauchen sich zu erklären und zu entschuldigen, was zur logischen Folge hat, dass die Hauptarbeit in nächster Zeit Leute in unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bewegungen zu machen haben, ob das jetzt Leute sind, die sich für ein antiatombewegtes Österreich einsetzen, ob das Leute sind, die sich dafür einsetzen, dass Frauenprojekte nicht komplett gekürzt werden, ob das Leute sind, die Menschenrechtsanliegen haben – das ist jetzt nebensächlich.

Mein Resümee ist, dass in der jetzigen bundes- und landespolitischen aktuellen Lage die Grünen leider oder Gott sei Dank – ich bin selbst in einem sehr tiefen Zwiespalt – die einzige politische Kraft sind, die wirklich beweglich sein kann. Unsere Beweglichkeit wird sich so auswirken, dass wir nach wie vor die heißen Eisen angreifen und einfordern werden, dass wir nach wie vor von den Teilen, von rot und schwarz, wo wir oder ich persönlich in den letzten Jahren punktuelle Anknüpfungspunkte gesehen habe, diese Beziehungsarbeit verstärken werden und dass wir nach wie vor vehemente Oppositionspolitik mit allen Ideen anbieten werden, mit aller Kreativität und Energie, die uns zur Verfügung steht: um das zu verhindern, was jetzt im Bereich Menschenrechtspolitik, Asylpolitik und Sozialpolitik auf der Bundesebene paktiert worden ist. Meine Vermutung noch einmal: Die Entschuldigungspolitik wird der ÖVP den Atem nehmen, wirklich politisch agieren zu können. Auf Grund dieser Beweglichkeit möchte ich nochmals zur Sozialdemokratie zurückkommen. Es hat mich gefreut, dass Klubobmann Flecker sofort bereit war, einen Entschließungsantrag von den Grünen zu unterstützen, den die Abgeordneten Hagenauer, Mag. Zitz, Dr. Flecker, Schrittwieser, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Maßnahmen gegen die internationale Isolation der Republik, gemeinsam einbringen. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Im Interesse der Wiederherstellung der Reputation der Republik Österreich und der Abwendung des durch die neue Bundesregierung herbeigeführten Schadens für Österreich wird die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, mit folgenden Forderungen an die Bundesregierung heranzutreten: erstens die berechnete und für den Bundeskanzler vorhersehbare Kritik der Staatengemeinschaft ernst zu nehmen und künftig

von allen Maßnahmen Abstand zu nehmen, die dem Ansehen der Republik seit der Angelobung der Bundesregierung geschadet haben; zweitens durch eine vorbehaltlose Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte sowie Maßnahmen zur Integration von MigrantInnen auf dem Boden der europäischen Wertegemeinschaft zu agieren; drittens alle Handlungen zu unterlassen, durch die die Arbeit von Initiativen und Organisationen, die sich mit Benachteiligten in unserer Gesellschaft befassen, nur mehr eingeschränkt oder gar nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Ich ersuche Sie um Annahme dieses Antrages. Dieser Antrag ist eine Möglichkeit auch zur Gestaltung des Landtagswahlkampfes. Sie wissen, wir sind das erste Bundesland, das unter einer blauschwarzen Regierung einen Landtagswahlkampf führt. Was ich mir wünsche bei aller Tristesse und bei allem Entsetzten über diese Regierung, ist, dass diese politische Situation uns in bestimmten Parteien, bei weitem nicht in allen, auch neue Beweglichkeiten und neue Spielräume gibt, miteinander Koalitionen einzugehen, Sachkoalitionen, sicher keine machtpolitischen Konstellationen, keine Regierungsbeteiligungsspekulationen und andere Überheblichkeiten aus meiner Sicht, aber sachpolitische Koalitionen und uns die Möglichkeit gibt, zusammen aufzutreten gegen die Kräfte, die nachweislich in der einen oder anderen Form destruktiv und für uns in vielen Formen demokratiepolitisch, sozialpolitisch, ökologisch, menschenrechtspolitisch und frauenpolitisch Österreich in eine falsche Richtung führen. Die unter Ihnen, die Lust haben, jetzt in dieser Phase der neuen Beweglichkeit mit den Grünen gemeinsam punktuell unterwegs zu sein, deren Angebote und deren Kooperationsbereitschaft werden wir auf beiden Seiten sehr gut merken.

In diesem Sinne auf eine anstrengende aber interessante Zeit!

Ich glaube, weil mich in meinem privaten Kreis auch immer wieder Leute angesprochen haben, „du, ich hätte jetzt große Lust zu emigrieren“, ich glaube, jetzt ist überhaupt nicht die Zeit zu emigrieren oder sich zurückzuziehen. Jetzt ist die Zeit, dass man sich genau dorthin begibt, wo das Zentrum der Gestaltungsfähigkeit ist und wo die Politik möglicherweise jetzt beweglicher ist, als sie es noch vor dem 3. Oktober gewesen ist. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 12.44 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster auf der Rednerliste ist Herr Kollege Schützenhöfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schützenhöfer (12.44 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist uns wohl allen klar, wir sollten die politische Lage im Lande besonnen und mit großer Ernsthaftigkeit analysieren und uns bemühen, die Dinge nicht weiter aufzuschaukeln.

Aber ich denke doch auch, dass wir uns durchaus auch emotional auseinandersetzen müssen mit dem, was in den letzten Wochen in Österreich geschehen

ist. Wir alle nehmen die Sorgen vieler Bürger sehr ernst und es muss unser aller selbstverständliches Ziel sein, dass niemand in diesem Lande Angst haben muss.

Aber, meine Damen und Herren, es ist aufzuarbeiten, ob Angst besteht, weil sie begründet ist oder weil sie geschürt wurde. Und damit denke ich bin ich jedenfalls aus meiner Sicht schon bei einem ganz wichtigen Punkt. Wer sich die Dinge genau ansieht in den letzten Tagen, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass höchste Repräsentanten des Staates, des eigenen Staates, im Ausland Stimmung gegen die demokratisch zustande gekommene Regierung gemacht haben. Und, meine Damen und Herren, wenn das so ist und bewiesen werden kann, dann ist es unhaltbar und dann muss es Konsequenzen geben.

Die EU-Staaten haben in ihrer Kritik – da sind sich mittlerweile eine Mehrheit der Österreicher einig – nicht nur überzogen, im Gegenteil, was sie gemacht haben gegenüber diesem kleinen Land Österreich ist ganz sicher nicht im Geiste Europas und lässt sich mit dem Geist der Aufklärung und der Toleranz nicht vereinbaren.

Meine Damen und Herren, Proteste auf der Straße sind legitim und Ausdruck der demokratischen Kultur eines Landes. Doch wenn Leute hingetrieben werden und bezahlt werden – 300 Schilling pro Demonstration –, wenn die SPÖ und mit ihr das Bildungsreferat des ÖGB, was ein Missbrauch des überparteilichen ÖGB ist und radikale Gruppen aus dem Ausland, die nach Österreich reisen mit dem Ziel die Gesellschaft zu spalten, hinter all diesen Aktionen stehen und manche gut Meinende aus bestimmten Organisationen im Lande in ihrer ganzen Naivität sich auch missbrauchen lassen, dann stecken parteipolitische Motive hinter diesen Demonstrationen und nicht die Sorge des Landes. Und das, meine Damen und Herren, ist der eigentliche Skandal in diesem Zusammenhang. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Wenn sich nun linke Gruppen der Bezeichnung O5 bemächtigen – ich habe mir erklären lassen, was das ist, die Älteren wissen es –, um damit zum Widerstand aufzurufen, dann ist das ein nie dagewesener Zynismus, denn es ist unhaltbar bei der Widerstandsbewegung gegen die NS-Diktatur anzuknüpfen. Meine Damen und Herren, hier ist die Grenze des Zumutbaren eindeutig überschritten und diese Grenze darf nicht überschritten werden. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Wir wissen, dass Haider mit dem was er sagt sicher auch oft an die Grenze oder gar über die Grenze geht – keine Frage –, aber das Problem dieses Landes, so sehr wir mit Aussagen des gegenwärtigen freiheitlichen Bundesparteiobermannes konfrontiert sind, heißt letztlich nicht Haider. Es ist die SPÖ, die nicht in der Lage ist, nach 30 Jahren Vorherrschaft einen demokratischen Machtwechsel hinzunehmen.

Das, meine Damen und Herren, ist demokratiepolitisch verwerflich und ein Hinweis darauf, dass der Wechsel in Wahrheit zu spät kommt. Und es ist gut, dass er wenigstens jetzt kommt. (Beifall bei der ÖVP.)

Auch wenn heute der SPÖ Zitierungen nicht recht gelegen kommen – wir wurden schon ermahnt vom Oberzyniker des Hauses –, Anneliese Rohrer schreibt in der Zeitung „Die Presse“ vom 7. Februar 2000, ich zitiere: „Es muss nachdenklich stimmen die demonstrative Verachtung für einen demokratischen Vorgang, der dieses Mal zu Ungunsten der SPÖ verlaufen ist, weiters die offensichtliche Überzeugung, dass Regierungsmacht niemand anderem zusteht als Sozialdemokraten, ihre Abgabe also ein illegitimer Vorgang ist und drittens die völlige Uneinsichtigkeit, dass eigene Fehler zu dieser Entwicklung geführt haben können!“ – Ende des Zitates.

Meine Damen und Herren, das ist der Punkt, den sich die SPÖ ins Stammbuch schreiben muss, denn die SPÖ hat zwischen Staat und Partei keinen Unterschied mehr gemacht.

Wenn die neue Sozialministerin – und der Dritte Landtagspräsident hat schon darauf hingewiesen – im Ministerium leere Aktenschränke vorfindet, meine Damen und Herren, wenn die Computer im Innenministerium exakt bei Amtsantritt des neuen Ministers auf ewig abstürzen, wenn im Finanzministerium Leitungen entfernt werden, dann wird mir Angst und Bang um die Verwechslung von Staat und Partei in diesem Land. Das ist das, was zur Eskalierung so beigetragen hat.

Meine Damen und Herren – und ich frage die SPÖ –, tut der Abschied von der Macht so weh, dass undemokratische Mittel angewendet werden müssen, um die Wende in ein derart schiefes Licht zu setzen, dass man sich des Auslands bedient, um sich von dort her schlecht oder gar unmöglich zu machen? Die SPÖ schürt jetzt weltweit nicht nur gegen die FPÖ, sondern auch gegen die ÖVP und damit gegen das Land. Jene SPÖ schürt weltweit gegen die FPÖ, die Viktor Klima mit vier Regierungsposten zur Unterstützung seiner Minderheitsregierung ködern wollte, wie einst Bruno Kreisky, der seine Minderheitsregierung vom Waffens-Mann Friedrich Peter unterstützen ließ und dafür ein neues Wahlrecht bekam.

Meine Damen und Herren, das sind die Fakten, die vorliegen. Und ich habe es 1970 erlebt und ich zitiere es wieder, von Paul Lendvai, heute schon zitiert worden, „FAZ“, 7. Februar 2000, ich zitiere wörtlich:

„Der jüdische Agnostiker – gemeint Bruno Kreisky – war ein wichtiger Steigbügelhalter für die FPÖ. Durch eine neue Wahlkreisverteilung waren die Freiheitlichen, damals unter dem ehemaligen Waffens-Offizier Friedrich Peter als parlamentarische Partei gerettet. Ihre Unterstützung sicherte für 18 Monate das Leben einer SPÖ-Minderheitsregierung.“ Überspitzt formuliert sagt Lendvai: „Ohne Kreisky gäbe es heute vielleicht gar keinen Haider!“ Ende des Zitates.

Und, meine Damen und Herren, Klima, Häupl und Schlögl, das muss ich Ihnen sagen, haben gebuhlt um die Freiheitlichen. Jetzt sind die Freiheitlichen wieder Aussätzige, weil sie nicht mit der SPÖ, sondern mit der ÖVP in eine Koalition gegangen sind. Meine Damen und Herren, das ist Ihr altes durchschaubares Spiel. Klima wollte die FPÖ, wie er sagt, im Ausland salonfähig machen, wenn sie ihn nur an der Macht hält. Jetzt organisieren die Genossen vom Aus-

land her den Protest und schaden damit Österreich! Dieses Konzept bricht in sich zusammen. Es ist ein schäbiges Konzept, weil es gegen Österreich geht, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Alois Mock – und der ist ja unverdächtig – hat immer gesagt und ich zitiere wieder: „Wenn die SPÖ mit der FPÖ koaliert, sind es Liberale. Wenn wir mit der FPÖ koalieren, sind es Nazis!“ Ende des Zitates.

Meine Damen und Herren, dieses billige Spiel muss ein Ende haben und ich bin überzeugt, es wird sich für Österreich in der Summe als richtig erweisen, dass die Ausgrenzung der FPÖ aus der Regierungsverantwortung ein für allemal vorbei ist, damit wir in die Normalität der Demokratie aufbrechen können, die vom Wechsel lebt und das müssen Sie in der SPÖ einmal begreifen. (Beifall bei der ÖVP.)

Österreich hat jetzt, was der Bundespräsident immer verlangt hat, eine Regierung mit stabiler Mehrheit im Parlament. Eine solche wäre es – und das sei hinzugefügt – selbstverständlich auch, wenn es zu einer Zusammenarbeit SPÖ – FPÖ oder wenn das ausverhandelte Paket zwischen SPÖ und ÖVP von allen Verhandlern der SPÖ unterschrieben worden wäre. Wir – und ich wiederhole, was die Frau Landeshauptmann heute schon gesagt hat – wir treten der neuen Bundesregierung ohne jede Euphorie, aber auch ohne jeden resignativen Unterton gegenüber. Sie wird an ihren Taten zu messen sein, nicht an den geschürten Begleiterscheinungen über die Regierungsbeteiligung. Wir bekennen uns zu den Zielsetzungen des neuen Regierungsprogrammes, freilich sind Details dann genau zu beraten, wenn die Regierungs- oder Gesetzesstücke vorliegen. Wir haben immer gesagt, welche Koalition auch immer in Verhandlung oder im Gespräch war, dass angesichts der Finanzlage bestimmte Maßnahmen notwendig sind, doch darf man nicht alles über einen Kamm scheren und muss die soziale Dimension stets im Auge behalten werden. Es darf keinen sozialen Dambruch geben.

Und ich weiß, meine Damen und Herren, die Schrittwiesers, Gennaros, ja bis hin zu Schachner-Blazizeks sind jetzt unterwegs, um das Paket von ÖVP und FPÖ als Skandal zu bezeichnen. (Abg. Schrittwieser: „Kollege!“) Schrittwieser, du darfst keinen Zwischenruf machen, der Flecker ist gerade durchgegangen, ihr dürft keine Zwischenrufe machen. Halte dich bitte dran! Das von SPÖ-Finanzminister Edlinger vorgelegte Paket, dem der steirische Landesparteivorsitzende DDr. Peter Schachner-Blazizek zugestimmt hat – „ich vertrete das“ hat er gesagt –, war zum Beispiel in Bezug auf die Pensionen ein Hammerschlag gegen das von der neuen Regierung gemilderte Konzept, das bestimmte Härten vermeiden will. Ich verhehle nicht, ich sage das ganz ehrlich und klar, dass manches trotzdem schwer zu erklären sein wird. Doch der rote Finanzminister hat die Budgetwahrheit verschwiegen, das Loch im Staatshaushalt ist größer als zugegeben. Es fehlen alleine innerhalb der nächsten zwei Jahre 63 Milliarden und deshalb muss im Sinne des Generationenvertrages gehandelt werden, damit unsere Jugend im eigenen Land Zukunft hat und nicht die Zeche für die Vergangenheit zu bezahlen hat.

Meine Damen und Herren, zum Schluss ein paar wenige Sätze zur Landespolitik. Wir haben 1995 und seit der Wahl Waltraud Klasnic zum Landeshauptmann im Jänner 1996 die Zusammenarbeit mit allen im Landtag und Regierung vertretenen Parteien angestrebt und wir bleiben auch heute dabei. Die SPÖ ist aber offensichtlich von schwerer Irritation und Nervosität befallen, wenn sie nun, wie Herr Landesrat Dörflinger interessanterweise mitteilt, sie nehme die Kündigung der Zusammenarbeit durch Waltraud Klasnic zur Kenntnis. Meine Damen und Herren, es gibt gar kein Kündigungsschreiben. Wir haben keines abgeschickt. Haben Sie sich selbst gekündigt? Wir lassen uns da nicht schrecken. Was ist denn los mit Ihnen? Was ist denn los mit der SPÖ? Sehen Sie Ihre Felle davonschwimmen? Sie haben doch immer auf die rotblaue Karte im Lande geschielt und ich nehme an, Sie werden es weiter tun. Doch es ist halt schwer, wissen Sie und vor dem Problem stehen Sie offenbar, Haider für aussätzig zu erklären, aber sich hier im Lande liebend gerne um jeden Preis von der FPÖ zum Landeshauptmann wählen zu lassen. SPÖ-Schachner: „Bin für FPÖ wählbar!“ Das ist ein Doppelspiel und ein Doppelspiel, meine Damen und Herren, gelingt auf Dauer nicht.

Ich schlage Ihnen vor, arbeiten wir ordentlich weiter! Die Bilanz der Regierung Klasnic kann sich jetzt schon sehen lassen. Wir sind seit 1997 in Österreich die Nummer eins im Beschäftigungszuwachs, wir verzeichnen mit 4,3 Prozent die höchste Wirtschaftswachstumsrate Österreichs, wir sind unter den 243 EU-Regionen nun auf Platz 53, wir sind das frauen- und familienfreundlichste Bundesland Österreichs, siehe Kinderbetreuungsgesetz, was eine Stärkung der Vereinbarkeit der Frau zwischen Beruf und Familie bedeutet. Waltraud Klasnic hat eine Strompreissenkung von 7 Prozent durchgesetzt, andere reden davon und in den letzten zehn Jahren sind 38.500 neue Arbeitsplätze im Land geschaffen worden. Und wissen Sie, meine Damen und Herren, das ist ja der Grund, warum Sie, Herr Abgeordneter Flecker und andere auch, so untergriffig und unwürdig gegenüber der Frau Landeshauptmann agieren, dass dieses Land etwas vorzuweisen hat, worauf wir stolz sein können und dass Sie kein Konzept finden gegen diese Frau an der Spitze! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich sage Ihnen daher nochmals, arbeiten wir ordentlich weiter, dann hat der Wähler das Wort. Wir werden sehen, wen er kündigt oder nicht kündigt und dann werden wir sehen, wer Landeshauptmann wird. Ich weiß und insofern sind wir uns, glaube ich, auch alle einig, dass die politische Großwetterlage in der Republik auch in der Steiermark gewisse Ausstrahlungen hat, doch wir haben immer auf eine eigenständige Landespolitik gepocht und dabei bleibt es auch!

Ich darf zusammenfassend nur sagen, die Spaltung der Gesellschaft in zwei Lager wird zu verhindern sein, wenn demokratische Mehrheiten zur Kenntnis genommen werden. Und ich gehe jetzt auf Wortmeldungen etwa des Kollegen Hagenauer und so weiter bezüglich Joschka Fischer und anderen nicht ein. Der hat noch im Vorjahr vor der Bundestagswahl gesagt, dass er außerhalb des Strafgesetzbuches zehn Jahre agiert hat, dass er ein Anhänger der RAF war. Wissen

Sie, von dem lasse ich mir nicht sagen, wie wir uns in Österreich verhalten sollen. Keine der vier – und das nehmen Sie bitte endlich zur Kenntnis – keine der vier Parlamentsparteien und keine der fünf Landtagsparteien ist durch Putsch ins Parlament gekommen, sondern durch demokratische Wahlen. Der Wähler hat entschieden und das sollten die Gewählten zur Kenntnis nehmen. Mehrheiten im Parlament oder Landtag sind zu respektieren, weil es in jedem Fall einer Mehrheit der Wähler entspricht. Eine Missachtung der neuen Parlamentsmehrheit für die Bundesregierung käme einer Missachtung des Wählerwillens gleich, das sind Fakten, an denen wir alle nicht vorüberkommen. Neben ernststen Sorgen und sensiblen Fragen, denen sich dieses Land stellen muss, ist es vor allem die aufgehetzte Aufgeregtheit, die in den letzten Wochen inszeniert wurde.

Meine Damen und Herren, das hat damit zu tun, dass in Österreich letztlich das Ende der Diktatur der Gemütlichkeit angebrochen ist oder, wie es Robert Menasse sagt, es wird wieder die ideologische Auseinandersetzung geben, es ist vielleicht die Wiedergeburt des Politischen. Und ich glaube, es ist gut so. (Beifall bei den Grünen.)

Der Abschied von der Insel der Seligen, die wir schon seit Jahrzehnten nicht sind, ist auch formell ganz wichtig. Wir müssen wissen und erkennen, dass im wachsenden Europa, in dem der Osten willkommen ist, Wachsamkeit und Zuversicht, Erneuerungs- und Veränderungsgeist notwendig sind, um sich im Strom der Zeit zu behaupten und durchzusetzen. Was wir erleben ist der Abschied von der Gewohnheit, immer nur sozialistische Bundeskanzler zu haben. Das ist später als anderswo, aber ich hoffe zeitgerecht. (Beifall bei der ÖVP.)

Es haben alle Fraktionen Stellung genommen, warum sie wen heute gewählt oder nicht gewählt haben. Wir haben 1996 alle neun Regierungsmitglieder gewählt. Das ist Ausdruck einer demokratischen Kultur. Und wir haben selbstverständlich heute die Kandidatin der FPÖ für eine Position, die ihnen und sonst niemandem zusteht, mit unterstützt, der ich auch von dieser Stelle aus gratuliere, wie ebenso dem neuen Kollegen im Präsidium des Landtages als Klubobmann, dem Herbert Peinhaupt. Alles Gute und Glück auf! (Beifall bei der ÖVP. – 13.04 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist Herr Kollege Schrittwieser. Er hat das Wort.

Abg. Schrittwieser (13.04 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lassen Sie mich zu Beginn meiner Ausführungen dazu Stellung nehmen, dass ich es auf das Äußerste zurückweise, wie Kollege Schützenhöfer hier das gemacht hat, dass es die Sozialdemokraten sind, die Protestierer und vor allem die gewalttätigen Protestierer auf die Straße schicken, um hier eine Stimmung in Österreich zu erzeugen, die wir nicht wollten, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Es muss aber auch zulässig sein, wenn wir heute eine Rechtsregierung in diesem Land haben, dass Menschen, die Sorge um diese Republik haben, die Sorge um die Zukunft dieses Landes haben und die

bereits mitbekommen haben, welche Belastungen diese Regierung auf sie ablassen wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Und, Kollege Schützenhöfer, wir wissen, dass es Maßnahmen geben wird und geben wird müssen, die natürlich für das Budget in diesem Land erforderlich sind. Aber wir tragen nicht mit, dass es ausschließlich auf Kosten des kleinen Mannes geht, meine Damen und Herren. Die Reichen haben es sich hier gerichtet und die Kleinen bleiben weiter auf der Strecke. (Beifall bei der SPÖ.)

Und da muss man verstehen, wenn es aus Sorge um diese Republik Menschen gibt, die auf die Straße gehen und diese auch zum Ausdruck bringen. Und Sie sagen es richtig, unter einer sozialdemokratischen Regierung war es 30 Jahre lang nicht erforderlich, dass Menschen auf die Straße gehen um ihre Sorge um ihre Existenz zu artikulieren; weil es sozialen Frieden gegeben hat (Abg. Dr. Karisch: „Und Defizite!“), weil es Ansehen in Österreich gegeben hat und weil es eine politische Kultur gegeben hat, die im In- und Ausland verstanden wurde. Jetzt, meine Damen und Herren, wo es darum geht, ein Verständnis zu erzeugen für diese Regierung, wie Sie das wollen, wird Ihnen das nicht gelingen.

Wenn der Kollege Vesko erklärt hat, er versteht diese Demonstrierer überhaupt nicht und er kann das überhaupt nicht verstehen und die bösen Roten haben hier die Leute hingeschickt, um sich zu artikulieren, gegen diese „rechte“ Regierung zu sein, meine Damen und Herren. Aber, Kollege Vesko, es mag einem „rechten“ Denken in einer Partei durchaus angetan sein, dass er gegen Demonstrationen ist, aber wir haben dieses Demonstrationsrecht vor weit über 100 Jahren erobert und geschaffen und wir werden auch weiterhin für das Demonstrationsrecht für friedliche Demonstrationen eintreten, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wir werden es uns von euch nicht aufbürden lassen, dass wir diejenigen sind, wie es Kollege Schützenhöfer gesagt hat, die Leute bezahlen, um Unfrieden zu stiften. Das weisen wir zurück. Ich habe von den 300 Schilling nichts gewusst, die die Demonstranten bekommen sollen.

Ich frage den Kollegen Schützenhöfer, wo er es her hat. Vielleicht hat er sie selbst bezahlt, um hier diesen Unfrieden anzustiften, meine Damen und Herren. Nun frage ich noch, meine Damen und Herren, vor allem die Damen und Herren von der ÖVP, wie es Ihnen geht, wenn Schüssel jetzt mit einer rechtsextremen Partei in einer Regierung sitzt, wo eure Funktionäre – und ich treffe sie täglich (Landesrat Dr. Hirschmann „Ihr wäret gerne gesessen!“) – wo eure Mitarbeiter öffentlich mitteilen, weil sie das nicht verstehen können, dass sie aus dieser Partei austreten werden, dass sie mit dieser Partei nichts mehr zu tun haben wollen und wie geht es Ihnen? Ich kenne viele, die hier sitzen, die gesagt haben, mit dieser Freiheitlichen Partei werden wir keinen Pakt eingehen.

Wir, meine Damen und Herren, sind diesen Pakt nicht eingegangen. Wir haben auch diese Isolierung Österreichs künftig nicht zu verantworten, meine Damen und Herren.

Und um was es uns noch geht. Schüssel hat eure Partei, die Partei der ÖVP, abgewirtschaftet und das ist eure Sache. (Abg. Dr. Lopatka: „Er ist immerhin Bundeskanzler!“)

27 Prozent haben euch noch das Vertrauen geschenkt.

Aber wo wir nicht zuschauen können, ist, dass Schüssel jetzt dabei ist, dieses Land, das durch 30-jährige SPÖ-Regierung, Stabilität, sozialen Frieden, gesichertes Einkommen erreicht hat, in wenigen Tagen, wie das jetzt passiert, die Stabilität wieder zunichte gemacht wird. Da werden wir uns öffentlich wehren und das auch in der Öffentlichkeit kund tun, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Nun kommen wir zur Steirischen ÖVP und auch zu der Frau Landeshauptmann. Kollege Flecker hat schon kund getan, sie hat in dieser Frage, wie so oft, unterschiedliche Positionen gehabt. Sie war für eine Regierungspartei, dann war sie für die Opposition, jetzt ist sie wieder für die Regierungspartei – ist nichts Ungewöhnliches. Aber, liebe Frau Landeshauptmann, Sie haben diese Regierung und auch diese Belastung, die hier auf die Österreicherinnen und Österreicher zukommt, zu verantworten. Sie haben diesem Pakt, der hier in Wien geschlossen wurde, obwohl Sie wussten und gewarnt waren aus dem Ausland, was hier auf uns zukommen wird und welche Belastungen hier auf die Leute zukommen, zugestimmt, meine Damen und Herren. Und daher werden Sie diese Verantwortung mit tragen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ihr Landesparteivorsitzender in Wien, der Parteibobmann Görg, hat Zivilcourage gehabt und hat diesem Pakt nicht zugestimmt. Tragisch ist es ja deshalb noch, weil Sie heute wieder erklärt haben, Sie werden für dieses Land arbeiten. Und Sie haben während dieser Koalitionsverhandlungen mehrfach erklärt, es geht um Österreich, es geht um die Steiermark und dann kommt die Partei. Sie, Frau Landeshauptmann und die ÖVP, haben mit dieser Zustimmung sich den Landeshauptmannsessel nach der nächsten Wahl abkaufen lassen und haben Parteiinteressen eindeutig vor Landesinteressen gestellt, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Das ist ja durchsichtiger als alles andere.

Sie werden damit leben müssen. Wir werden natürlich der Öffentlichkeit, Frau Landeshauptmann, kundtun, dass Sie hier mit einer Sprache sprechen, die sich dreht, wie es Ihnen passt. Denn ich kann nicht vier Jahre lang durch dieses Land fahren und überall erzählen, wie sehr wir zusammenarbeiten müssen, dass wir die Belastungen von den Leuten fernhalten müssen, dass alles so schön ist. (Abg. Dr. Lopatka: „Ja, das stimmt alles!“) Sie halten also eine Schönwetterrede nach der anderen und auf der anderen Seite stimmen Sie zu, dass dieser Schaden, der auf Österreich zukommen wird, den ich mir nicht wünsche (Abg. Dr. Lopatka: „Ja, aber immer wieder betonst du, dass er kommen wird. Herbeireden!“), den haben aber Sie mitzuverantworten. Und wenn hier Maßnahmen – und ich bin auch der Meinung, dass das Ausland sich nicht in innerparteiliche oder innerpolitische Angelegenheiten einmischen sollte – (Abg. Dr. Lopatka: „Habt eh ihr organisiert!“), aber wenn das eintritt

und ich weiß das, dann haben Sie vorsätzlich diesen Schaden diesem Land zugefügt (Abg. Dr. Lopatka: „Ist von euch organisiert!“) und Sie werden das, meine sehr verehrte Frau Landeshauptmann, verantworten müssen. (Abg. Dr. Flecker: „Lieber Reinhold, entweder sagst du die Unwahrheit oder der Herr Bundespräsident!“) Und das werden wir auch überall sagen – denn es geht um viele Arbeitsplätze, die hier in Gefahr sind –, wenn das eintritt, was angekündigt ist.

Lassen Sie mich nur einige Anmerkungen machen, weil ja noch wenig darüber geredet worden ist, was das für die Einzelnen bedeutet, meine Damen und Herren. Wenn ich mir anschau, dass Sie mitbestimmen und mitbeschließen, Frau Landeshauptmann, dass wir künftig diesen Selbstbehalt leisten sollten. Dieser Selbstbehalt, meine Damen und Herren, würde viele davon abhalten, überhaupt zum Arzt zu gehen. Und es kann doch nicht das Ziel sein, dass wir die Gesundheit unserer Menschen aufs Spiel setzen, indem die Regierung sagt, wir werden künftighin – so steht es so schön drinnen – einen 20-prozentigen Selbstbehalt ermöglichen. Meine Damen und Herren, es kostet eine Blinddarmoperation ungefähr 13.000 Schilling, ein 20-prozentiger Selbstbehalt, meine Damen und Herren, sind 2600 Schilling. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Aber, lies einmal! Du kannst ja nicht lesen!“ – Abg. Dr. Lopatka: „Das ist ja ein Skandal!“)

Und ich lese Ihnen, weil der Kollege Vesko hier so voller Emotionen ist, ich lese für diejenigen, die jetzt sagen – (Abg. Dr. Tremmel: „Herr Kollege Schrittwieser, Sie haben nur die falsche Information, das ist ja Schnee von gestern!“) lassen Sie mich zitieren, Herr Kollege, was in diesem Übereinkommen steht, da steht drinnen: „Die Krankenkassenträger werden ermächtigt, einen Selbstbehalt von 20 Prozent in ihren Satzungen festzulegen.“ Und dann ist aber ein Punkt. Die Regierung hat nicht einmal den Mut das selbst zu machen, sondern sie wälzt es auf Dritte ab, meine Damen und Herren, das ist ja noch das Beste. (Abg. Dr. Karisch: „Sie sind ja Selbstverwalter!“ – Abg. Dr. Tremmel: „Weil die Krankenkassen darum gebeten haben!“) Und wenn es seit gestern, meine Damen und Herren, erste Äußerungen gibt von Vertretern dieser Bundesregierung oder Ihrer Parteien, dass ja das alles gar nicht so ist, wie wir das annehmen und auch erzählen, dann haben unsere Proteste vielleicht bereits Wirkung gezeigt. Aber sollte dieser Selbstbehalt, wie es jetzt gesagt wird, in Krankenhäusern nicht kommen, dann wissen Sie aber auch, dass künftig niemand mehr zum Arzt gehen wird, weil dort muss er den Selbstbehalt bezahlen, auch die sozial Schwächeren (Abg. Dr. Karisch: „Auch die Beamten!“ – Abg. Riebenbauer: „Eben nicht. Mit Ausnahme der sozial Schwächeren!“) und die Krankenhäuser werden in einem Übermaß überfüllt sein, dass die gesundheitliche Versorgung in dieser Form, wie sie jetzt gilt, auch nicht aufrechterhalten werden kann. Und das lehnen wir ab und weisen wir zurück, weil es wieder die sind, die kleinen Leute, die dann auf der Strecke bleiben. Wir können von uns in unserer gesamten Geschichte nachweisen, dass wir immer wieder für die Interessen dieser eingetreten sind.

Meine Damen und Herren, hier könnte man die Liste fortsetzen (Abg. Dr. Lopatka: „Ja, der Unwahrheiten!“ – „Abg. Dr. Flecker: „Das stimmt, dieses Programm ist eine Liste der Unwahrheiten!“), wo die Belastungen so unerträglich werden, wie dieses Übereinkommen sie vorsieht. Die Frauenpolitik ist überhaupt zu Grabe getragen worden, die hat in der ÖVP und bei den Freiheitlichen nie eine besondere Rolle gespielt (Abg. Dr. Lopatka: „Es hat noch nie eine Vizekanzlerin gegeben!“), das Ministerium ist aufgelöst. (Abg. Dr. Lopatka: „Was habt ihr zusammengebracht?“) Mit Fahnen sind wir in die Nato gegangen und haben die Neutralität aufgegeben. All das haben Sie zu verantworten, meine Damen und Herren! Und weil der Kollege Lopatka von der Wahrheit und von der Unwahrheit spricht und weil mich das so aufregt (Landesrat Dr. Hirschmann: „Was regt dich auf?“) und auch der Strompreis künftig nicht billiger wird, so wie es die Frau Landeshauptmann durchgesetzt hat, sondern teurer werden wird.

Meine Damen und Herren, es gibt diese Plakate und Inserate – und wenn wir schon bei der Wahrheit sind, lieber Kollege Lopatka – (Abg. Dr. Lopatka: „Was ist da nicht wahr?“) beim Kinderbetreuungsgesetz, wo ihr jetzt plakatiert, dass ihr es durchgesetzt habt (Abg. Dr. Lopatka: „Na, wer sonst? Wir haben lange gebraucht, bis wir euch so weit gehabt haben!“), bis zwei Tage vor der Beschlussfassung seid ihr gegen das Kinderbetreuungsgesetz gewesen. Bei der Strompreissenkung, da haben wir die Strompreissenkung verlangt, die Frau Landeshauptmann plakatiert: „Durchgesetzt!“ Auch hier die Unwahrheit. (Abg. Dr. Lopatka: „Sie hat es durchgesetzt!“) Aber was jetzt in den letzten Tagen wenigstens passiert ist, ihr habt ja auch den Semmeringtunnel plakatiert gehabt, dass ihr den Semmeringtunnel durchgesetzt habt. Der fehlt mir jetzt da schon, Frau Landeshauptmann. Warum ist der nicht mehr oben auf Ihrem Inserat? Haben Sie jetzt eingesehen, dass er doch nicht durchgesetzt ist? (Abg. Dr. Flecker: „Der Waltraudstollen ist durchgesetzt!“) Sie haben bei allen diesen Inseraten die Unwahrheit gesagt, Sie wollen mit dieser Stimmenfangerei hier Wahlen gewinnen. Aber mich freut eines, dass eine Einsicht da ist für den Semmeringtunnel, weil wahrscheinlich die ÖVP künftig sagt – Sie haben diese Vereinbarung mitgetragen – liebe Frau Kollegin, in der Steiermark, tu den „Semmeringtunnel durchgesetzt“ weg, weil den bauen wir sowieso nicht.

Wir werden weiter darum kämpfen. Wir werden diese Propaganda weitertragen, lieber Kollege Lopatka, wo Sie Ihrer Chefin unterstellen, dass sie etwas durchgesetzt hat, wie bei den meisten Dingen seid ihr durchgefallen und die Leute werden auch künftig wissen, was sie von dieser Partei zu halten haben.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, werden wir mit aller Vehemenz künftig – und das möchte ich zur Kollegin Zitz sagen, weil sie gesagt hat, sie werden schauen, wo wir uns künftig positionieren als Partei. Wir werden diese Vereinbarung, die wir für diese Legislaturperiode getroffen haben, die Zusammenarbeit mit der ÖVP einhalten, aber eines steht fest, wir werden uns deutlicher denn je künftig von den Rechtsparteien in Österreich abgrenzen, dessen können Sie gewiss sein. Wir werden klar Opposition betreiben und sagen, was uns hier nicht passt und auch auf-

zeigen, wo die kleinen Leute, wo Sie vorgeben, ihr Anwalt zu sein, unter die Räder kommen. Da können Sie versichert sein! In diesem Sinne danke ich Ihnen! (Beifall bei der SPÖ. – 13.19 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Dr. Hirschmann.

Landesrat Dr. Hirschmann (13.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich muss da ein paar Worte sagen heute, weil da geht es mir wirklich auch um eine protokollarische Anmerkung. Lieber Sigi, zuallererst, dass dir die Frau Landeshauptmann Sorgen macht, das verstehe ich. Das wird in diesem Jahr noch zunehmen, falls du einen Arzt brauchst, ich übernehme den Selbstbehalt für dich in diesem Jahr, okay? (Abg. Schrittwieser: „Ich werde ihn selbst zahlen können!“ – Abg. Gross: „Um Leute wie uns geht es nicht, lieber Gerhard!“) Bitte? (Abg. Gross: „Um Leute wie uns geht es nicht!“ – Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Das ist ein Sozialzynismus niederster Stufe! Herr Landesrat, das ist Sozialzynismus niederster Stufe, das ist ungeheuerlich! Wir reden ja nicht von diesen unseren Einkommen, sondern von den Ärmsten der Armen, die euch Wurscht sind. Das ist die Wahrheit!“)

Hat der Hofrat Flecker das Schweigegelöbnis von euch genommen? Das freut mich, dass du wieder aufwachst, du hast bis jetzt ja stundenlang geschlafen. Ich freue mich, dass du wieder da bist. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Ungeheuerlich. Sozialzynismus pur!“)

Zum Zweiten, zur Einteilung – Herr Dipl.-Ing. Grabner, dass du mich nicht verstehst, das ehrt mich nicht besonders, muss ich dazusagen. (Abg. Dr. Flecker: „Unterlassen Sie das. Das bringt doch nichts. Wir könnten über die Frau Landeshauptmann auch anders reden. Lassen Sie das!“)

Zum Zweiten, lieber Sigi, zur Einteilung von Rechts und Links, wie es Ernst Jandl schon gesagt hat. Das ist relativ einfach in Zukunft und das passt zum Thema. Ich verstehe, dass Ihnen so einer abgeht, das verstehe ich sehr. Zu der Einteilung kann man ruhig sagen, es gibt ab sofort so etwas wie ein fortschrittliches Lager in Österreich und ein ziemlich reaktionäres und da gehört ihr leider dazu. (Abg. Dr. Flecker: „Er erinnert sich an seine Kabarettzeiten!“)

Zum Dritten, lieber Sigi, wenn es um die kleinen Menschen in dem Land geht (Abg. Schrittwieser: „Ich weiß, wie es diesen geht!“), dann mache ich mir bei der Frau Landeshauptmann in der Gegenüberstellung zum Landeshauptmannstellvertreter keine Sorgen, wer für die kleinen Menschen in diesem Lande eintritt. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich glaube, Herr Hofrat, da haben wir uns verstanden, die Leute, von denen wir so schön sprechen, draußen, die werden das zu beurteilen wissen, wie wir wissen landauf, landab von unseren Reisen. (Abg. Dr. Flecker: „Wenn Sie die Größe der beiden vergleichen, haben Sie völlig recht. Diese Unterschiede sind da!“)

Du kannst dich auch noch melden. Die Rednerliste ist ja noch nicht geschlossen. Ich nehme an, dass du nicht viel zu sagen hast zu der Situation. (Abg. Dr. Flecker: „Es wäre an der Zeit, dass Sie schließen!“)

Zum Zweiten, ich möchte doch anknüpfen an das, was heute der Herr Klubobmann Brünner hier angesprochen hat. (Abg. Gross: „Ist das das neue Niveau?“)

Ich glaube, mir scheint das sehr wert darauf hinzuweisen, dass es in der Tat um eine Situation geht, die Ihnen ja passen müsste. Der heute von Hermann Schützenhöfer schon zitierte Robert Menasse hat das in den letzten Wochen mehrfach intensiv beschrieben.

Ich teile die Analyse, die der Kollege Brünner heute hier vorgenommen hat, sehr intensiv möchte ich sagen. Ich bekenne mich auch dazu, weil ich da von Tarnen und Täuschen nichts halte. Diese Situation der Wende ist für Österreich ein erster Schritt zu einer weiteren Demokratisierung dieses Landes, denn es stimmt, was der Kollege Brünner heute gesagt hat (Abg. Dr. Flecker: „Aus rechter Sicht ja!“), dass das sehr erfolgreiche System der Zweiten Republik mit seiner Sozialpartnerschaft als nicht demokratisch legitimerter Nebenregierung schlichtweg einfach am Ende war und fertig gefahren ist. Und das ist das Faktum. Und dass der Dr. Haider so groß geworden ist, wie er geworden ist, war ein Ergebnis dieses Systems. Ein Ergebnis dieses Systems, das und da bin ich deiner Meinung, ich weiß, dass ich mir auch bei meiner Partei (Abg. Dr. Flecker: „Das heißt das Ende der Sozialpartnerschaft, ganz eindeutig!“) nicht das Ende der Sozialpartnerschaft (Abg. Dr. Flecker: „Frau Landeshauptmann wird das sicher unterstreichen!“), in dieser Form ganz sicherlich als Nebenregierung. Ich habe das mehrfach – (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Aufkündigung oder nicht?“)

Es ist Ihre Zeit, die Sie da zuhören müssen. (Abg. Gennaro: „Du bist in Gedanken schon bei Magna!“)

Selbstverständlich, ich bin für eine sehr intensive, ordentliche Interessensvertretung von Arbeitnehmern, von Bauern, von Gewerbetreibenden, was immer auch, aber ich bin der Meinung, dass in Österreich eine Bundesregierung, die demokratisch gewählt ist, zu regieren hat und ein Parlament zu bestimmten hat, was in einem Lande passiert.

Ich wollte das aber, Christian, dir sagen, weil wir sonst in vielen Dingen nicht einer Meinung sind. Und ich weiß, dass ich da auch in meiner Partei nicht viele Freunde gefunden habe in den letzten 15 Jahren, weil ich immer wieder auf diesen Umstand, wie du weißt, du warst ja auch einmal bei uns, darauf hingewiesen habe, dass ich das früher oder später für einen Selbstfaller von SPÖ und ÖVP halte. Und so weit sind wir gekommen. Der 3. Oktober war plus/minus eine Abrechnung der Wählerinnen und Wähler mit diesem System in Österreich. (Abg. Gennaro: „Ihr seid als Sieger hervorgegangen!“)

Ich kann hier nur ganz und voll das, was Robert Menasse, wie gesagt, in den letzten Wochen mehrfach dargestellt hat, unterstreichen, die Linke, wenn sie sich zur Linken bekennt in Österreich, müsste froh sein, dass es jetzt eine klare Unterscheidung gibt in

diesem Lande. Wie gesagt, es wird nicht so einfach sein, diese Gesellschaft in Links und Rechts einzuteilen, aber wir haben ein klares Bild, wir haben eine klare Regierung. Und ich glaube, die Frau Kollegin Zitz hat heute diesen Punkt auch angesprochen, den ich persönlich demokratiepolitisch und systemtheoretisch außerordentlich unterstütze und ich sage, jetzt hat man Wahlmöglichkeiten und im Heimatland des Sir Karl Popper, der dafür berühmt geworden ist bekanntlich, dass man in einer Demokratie und das ist das hauptsächliche Wesensmerkmal einer Demokratie, eine Regierung auch abwählen können muss, freue ich mich, dass das so lange gedauert hat, bis sich das bei uns herumspricht.

In dem Falle, muss ich sagen, bin ich der Meinung, das ist ein Schritt hin zu einer Demokratisierung dieses Landes, die auf Grund des herrschenden Systems so nicht möglich war.

Ich möchte das Zweite, weil es vom Kollegen Schützenhöfer und einigen anderen angesprochen wurde, das möchte ich schon sagen, lieber Sigi Schrittwieser und Herr Klubobmann Flecker, bitte nicht böse sein, ich kann mich erinnern, wie ich im Jahre 1989 in Amerika war, im amerikanischen Außenministerium, die erste Frage war: „Wie ist denn das in Ihrem Heimatland mit dem Dr. Haider?“ Ich habe dann eine Gegenfrage gestellt, von wem haben Sie denn diese Meinung?

Wissen Sie, wenn ich jahrelang, meine verehrten Damen und Herren der Sozialdemokratie, über verschiedenste Kanäle hinausfunke in die Welt, dann darf ich mich nicht wundern, wenn einmal ein bestimmtes Echo zurückkommt. (Abg. Dr. Flecker: „Glauben Sie, dass die „ordentliche Beschäftigungspolitik“ oder Waffen-SS in Amerika nicht gehört wird? Das ist doch sehr naiv!“)

Ich komme auf das noch zurück. Weil wir gerade dabei sind, zu dem Punkt, ganz offen, – auch hier Robert Menasse – den Dr. Haider mit einem Nazi zu vergleichen oder was der Herr Voggenhuber dieser Tage gesagt hat, das ist – ich zitiere wörtlich – gemeingefährlich und strafbar, meine verehrten Damen und Herren, weil es ein Zynismus ist gegenüber den Leiden, die das Naziregime bitte über Europa und die Welt verbreitet hat. Und merkt's euch das endlich einmal bitte schön für eure Hausaufgaben. (Abg. Dr. Flecker: „Das ist lächerlich. Das ist Teufel mit dem Beelzebub austreiben, was Sie tun, das ist das!“) Ich komme gleich darauf zurück. (Abg. Dr. Flecker: „Das Schreckliche wegen des weniger Schrecklichen nicht mehr sagen!“)

Ich würde doch bitte und ich bin nicht der Apologet des Dr. Haider, aber bitte tun wir die Leute und die Dinge an den Taten messen und nicht an ihren Reden, denn (Abg. Dr. Flecker: „Das ist eine Beleidigung!“) ich darf Ihnen jetzt Folgendes in diesem Zusammenhang, Herr Hofrat, weil Sie da gerade so lautstark sind, sagen, Taten und nicht an den Worten messen.

Wenn ich sage, ich bin Sozialdemokrat und bringe Schwarzafrikaner mit Klebebändern um beziehungsweise gebe jenen politische Deckung, die das tun, dann gelte ich in Österreich immer noch als Sozialdemokrat, aber es ist Etikettenschwindel, sagt der zitierte Herr Robert Menasse.

Und das bitte ich wirklich auch ernst zu nehmen, solche Dinge. Bitte schön, nicht weil Sie von der Sozialdemokratie herkommen – (Abg. Dr. Flecker: „Argumentieren Sie in der Sache!“) Das ist leider ein trauriges Faktum. Das ist leider ein trauriges Faktum. (Abg. Dr. Flecker: „Sie tun nur relativieren!“)

Ich sage Ihnen noch etwas in diesem – (Abg. Dr. Flecker: „Sie haben in der Sache nichts zu sagen. Sie können nichts bestreiten, das ist Ihr Problem! Das ist Oberflächlichkeit!“)

Das ist Robert Menasse im O-Ton. (Abg. Dr. Flecker: „Aber Sie argumentieren damit!“) Nein, nein, nein. (Abg. Dr. Flecker: „Werden Sie ernsthaft, Herr Hirschmann!“)

Wenn Sie aber der Meinung sind, wir sind bei den Worten, dann sage ich Ihnen ein zweites Zitat, das ich Ihnen nicht vorenthalten kann. Gerade Ihnen, Herr Hofrat, weil Sie sich da hergestellt haben und gesagt haben, „ja, es ist jetzt erwiesen, seit gestern, dass der Herr Bundespräsident“ – der eine sehr zweideutige Rolle gespielt hat in den letzten Wochen, lassen Sie mich das sagen – „aufgeklärt hat, dass der Dr. Schüssel ja bitte von internationaler Seite gewarnt worden ist.“

Bitte zu der Warnung einer dieser Herrn, auch wenn es der französische Staatspräsident Jacques Chirac ist, weil Sie den heute hier angesprochen haben. Ich lese Ihnen ein Zitat aus „Le Monde“ vom Vorjahr vor – 1. Oktober 1999 – zitierend aus einer Wahlrede des Herrn Chirac. Und bitte, meine verehrten Damen und Herren, hören Sie jetzt zu, nur dieses kurze Zitat, damit wir wissen, mit welcher Heuchlerpartie wir es hier im internationalen Konzert zu tun haben. (Abg. Dr. Flecker: „Dürfen wir das international verbreiten?“)

Jetzt passen Sie auf, oh ja, ich werde das noch unterstreichen. (Abg. Dr. Flecker: „Chirac ist eine Heuchlerpartie!“) In diesem Fall, ja. Jawohl, ich stehe auch dazu. (Abg. Dr. Flecker: „Wieder etwas mehr zur Eskalation. Chirac ist eine Heuchlerpartie und Sie begrüßen das, Frau Landeshauptmann. Copyright Hirschmann!“)

Und zwar sehr gerne.

Herr Klubobmann, ich lese Ihnen jetzt etwas vor. (Abg. Dr. Flecker: „Wieder etwas mehr zur Eskalation und Sie begrüßen das, Frau Landeshauptmann!“ – Allgemeine Unruhe. – Glöckenzeichen des Präsidenten.) Der braucht ein Pulverl. (Präsident Dr. Strenitz: „Es ist gehört worden und auch zu Protokoll genommen!“)

So, bitte das Zitat, Jacques Chirac in einem Wahlkampf: „Unser Problem sind nicht die Ausländer, unser Problem ist die Überdosis. Wie soll der französische Arbeiter, der gemeinsam mit seiner ebenfalls arbeitenden Frau 15.000 Francs verdient und der im Wohnblock eine Familie als Nachbarn hat mit einem Familienerhalter, drei oder vier Frauen, 20 Kindern, eine Familie, die 50.000 Francs an Sozialhilfe bezieht, selbstverständlich ohne zu arbeiten, wenn Sie sich noch den Lärm und den Geruch vorstellen, also wie soll der französische Arbeiter da nicht wild werden? Und um das zu sagen, braucht man kein Rassist zu sein!“ Jacques Chirac, der französische Präsident.

Und da sage ich noch einmal, wenn Sie es hören wollen, jawohl, das ist Heuchelei, wenn solche Leute dann, bitte schön – (Abg. Dr. Flecker: „Sie haben gesagt, das ist eine Heuchlerpartie!“)

Jawohl, stehe ich dazu in diesem Zusammenhang. (Abg. Dr. Flecker: „Damit meinen Sie alle EU-Staaten, die Sanktionen beschlossen haben. Wir nehmen das gerne zur Kenntnis!“)

Da sage ich Ihnen jetzt noch etwas dazu. Zu Ihren bestellten Wortmeldungen aus den EU-Staaten ist ja heute schon einiges gesagt worden. Dabei bleibe ich auch. (Abg. Dr. Flecker: „Das wird der Frau Landeshauptmann durchaus recht sein!“ – Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Wir haben genug gehört!“)

Herr Klubobmann Flecker, darf ich Sie ganz offen etwas fragen? (Abg. Dr. Flecker: „Es genügt das Zitat. Das wird international wunderbar sein!“) Na bitte, wenn der Herr Bundespräsident Klestil schon den Herrn Außenminister Schüssel gewarnt hat, ja bitte, was hätte er denn tun sollen? Weil der Herr Chirac und eure sozialistischen Brüder in Europa gegen diese Regierung sind, kriechen wir unter der Türe hindurch? Kommt ja überhaupt nicht in Frage, Herr Klubmann Flecker, bitte schön! (Beifall bei der ÖVP.)

Das wäre doch Ihre Antwort gewesen.

Oh ja, wissen Sie, zum Unterschied von Ihnen, für uns kommt Österreich zuerst (Abg. Dr. Flecker: „Passt, Herr Hirschmann. Wir werden das Zitat entsprechend transportieren!“) und dann die Sozialistische Internationale. Das ist der Unterschied! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.) Ja, das ist der Unterschied. (Abg. Dr. Flecker: „Das Ausländervolksbegehren hat auch ‚Österreich zuerst‘ heißen!“)

Jawohl, dazu stehen wir und man wird Dinge noch sagen dürfen in dieser Republik. Sie werden ja nicht der Zensor sein über das, was in der Republik gesagt wird. (Abg. Dr. Flecker: „Das ist typisch. Auch das Zitat, Herr Hirschmann, ‚Österreich zuerst‘, auch das Zitat. Sie liefern uns ein Argument nach dem anderen, dass sie rechtsradikal sind und das neben der Frau Landeshauptmann!“)

Also, Herr Klubobmann Flecker, von Ihnen lassen wir uns gerne als Rechtsradikale titulieren, weil in Ihrem Schema, in Ihrer Einteilung freut es uns, wenn wir möglichst weit im Eck vorkommen und nicht im Zentrum jedenfalls Ihrer Bewertungen.

Meine verehrten Damen und Herren und das wollte ich bitte mit Inbrunst – Herr Klubobmann, hören Sie zu noch einmal, damit Sie sich noch einmal erregen können. Ich möchte das abschließend noch einmal sagen.

Wissen Sie, erstens noch einmal, ich könnte Ihnen jetzt noch etwas zitieren zu Belgien, aber das gebe ich Ihnen später nachher privat. Erstens, was das internationale Echo anbelangt, ich habe es schon gesagt und ich wiederhole es mit Inbrunst. Wenn man zehn, 15 Jahre in der Welt draußen herumspazieren geht, hochbezahlt und dieses Land zu Hause vernadert im Ausland, dann wundert euch nicht über das Echo, das uns jetzt einholt. (Beifall bei der FPÖ.)

Zweitens, meine verehrten Damen und Herren, wir nehmen gewisse Dinge mit sehr großer Sorge auch zur Kenntnis, aber da sage ich dazu, das sind Dinge, wo man im Ausland einfach nicht informiert ist und das

wird man in den nächsten Monaten und Jahren zu schätzen wissen, dass diese Regierung an ihren Taten gemessen wird, Herr Grabner.

Und dritter Punkt, zum Innenpolitischen, lieber Sigi Schrittwieser, noch einmal, tuts fest eure Parolen obibeten, wie gegen die kleinen Leute vorgegangen wird, tuts fest obibeten, was den Leuten alles angetan wird, ihr werdet niemanden mehr finden, der euch diesen Blödsinn glaubt. Ein steirisches Glückauf! (Beifall bei der ÖVP. – 13.35 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Jetzt ist die Frau Abgeordnete Keshmiri zu Wort gemeldet.

Abg. Keshmiri (13.35 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Herr Klubobmann Schützenhöfer hat in seiner Wortmeldung von den geschürten Begleiterscheinungen gesprochen. Ich meine, dass wir uns diese geschürten Begleiterscheinungen erspart hätten, hätte nicht Herr Haider, der Vorsitzende der Freiheitlichen Partei, in den letzten Jahren Angst und Neid in der Bevölkerung geschürt. Dann würde es meiner Meinung jetzt keine geschürten Begleiterscheinungen geben. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Deswegen kommen die Sozialisten jetzt alle zu uns und nicht zu euch, gel?“) Ich möchte jetzt ein Zitat nennen, „Wehret den Anfängen!“, und dreimal dürfen Sie raten, wer dieses Zitat von sich gegeben hat. Das war jemand von der ÖVP und zwar im Dezember oder November, das war ganz konkret Herr Klubobmann Schützenhöfer im Zusammenhang mit der A-Card. Und wenn ich dieses Zitat lese, dann frage ich mich, ob er das so gemeint hat, wie er das gesagt hat, wenn ich jetzt ein paar Punkte anführe.

Und zwar, sind das die Anfänge, gegen die er sich wehrt, wenn Kärntner Beamte von der Landesregierung entfernt werden und durch Freiheitliche Posten besetzt werden? Sind das die Anfänge – wenn ein Journalist entlassen wird – die er damit gemeint hat? Oder sind das die Anfänge, wenn Herr Klubobmann Khol dezidiert gesagt hat, die Freiheitliche Partei befindet sich außerhalb des Verfassungsbogens? Oder sind das Anfänge, wenn ein Justizminister Krüger vor ein paar Jahren die Vernichtungslager der Juden verniedlicht hat und sie als Straflager bezeichnet hat? Oder sind es die Anfänge, wenn demokratiepolitisch bedenkliche Äußerungen von Herrn Haider gemacht werden, er sich nachher entschuldigt und zwei oder drei Tage später genau wieder das Gleiche passiert?

Ich glaube nicht, dass die ÖVP, dass Herr Klubobmann Schützenhöfer das gemeint hat, wenn er sagt, „Wehret den Anfängen!“ Und ich glaube auch nicht, wenn ich mir die ganzen Punkte, die ich jetzt angeführt habe, noch einmal anschau, dass Frau Landeshauptfrau Klasnic damit die Stabilität in unserem Land gemeint hat, wenn sie gemeint hat, im Sinne der Stabilität ist sie mit der Freiheitlichen Partei in Koalition gegangen.

Herr Landesrat Hirschmann hat jetzt angesprochen, dass er sich durch die neue Regierung – sie ist demokratiepolitisch gewählt und das ist zu akzeptieren – Änderungen des Systems erhofft. Ich möchte

jetzt ein paar Punkte anführen und Sie werden sich auch davon betroffen fühlen, Herr Landesrat Hirschmann, wo ich glaube, dass dem nicht so sein wird. Ich fange einmal an mit der Besetzung des Landesschulrates, wo wir voriges Jahr ganz vehement diskutiert haben, wo es diesbezüglich auch eine Dringliche Anfrage unsererseits gegeben hat und wo genau die ÖVP das bekrittelt und bemängelt hat, dass es hier einen Proporz zwischen Freiheitlichen und Sozialdemokraten gegeben hat. Meinen Sie, dass das eine Änderung des Systems sein wird, wenn die Freiheitlichen, sobald sie in die Gelegenheit kommen, da bei den Spielchen mitspielen? Meinen Sie, dass es eine Änderung des Systems geben wird, wenn Herr Klubobmann Haider ständig von sich gibt, dass er für die Abschaffung der Proporzregierung ist und hier im Land allerdings, wenn es darum geht, die Proporzregierung abzuschaffen, die Freiheitlichen ganz vehement dagegen stimmen? Oder meinen Sie, dass es eine Änderung geben wird, wenn es um die Repräsentationsausgaben geht, wo es im außerordentlichen Budget sehr wohl eine Erhöhung des Freiheitlichen Kontingents in Bezug auf die Repräsentationsausgaben gegeben hat? Ich meine, es wird keine Änderung in diesen Bereichen geben. Es wird eine Änderung geben, das ist schon richtig, aber nicht in diesem Bereich, sondern im gesellschaftspolitischen Bereich in Österreich und im frauenpolitischen Bereich in Österreich. Edith Zitz hat das vorher – oder war es jemand anderer – angesprochen, Frauenpolitik kommt ganz wenig in diesem Regierungsprogramm vor, das Frauenministerium ist gestrichen worden, das ist ein Weg in die falsche Richtung. Ich meine, gerade Frauen sollten forciert werden. Und ich habe mir da von der ÖVP, zumal sie sich ja so vehement für das Frauenförderungsprogramm eingesetzt hat, auch etwas erwartet.

Ich glaube, dass es letztendlich keine große Lebensdauer dieser neuen Koalition geben wird, weil die ÖVP diese Koalition als Steigbügelhalter benützt hat für die Freiheitliche Partei und weil ich glaube, dass über kurz oder lang die ÖVP mit den Äußerungen, mit den demokratiepolitisch bedenklichen Äußerungen von Herrn Haider nicht mitkommt und weil sie sich hier letztendlich, glaube ich, von so einer Politik verabschieden muss.

Ich möchte jetzt noch einen kurzen Entschließungsantrag einbringen und zwar in Bezug auf die Nichtdiskriminierung von ausländischen MitbürgerInnen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, auch weiterhin in allen ihren Beschlüssen auf die Nichtdiskriminierung von ausländischen MitbürgerInnen Bedacht zu nehmen.

Es freut mich, dass dieser Entschließungsantrag durchgehen wird, Herr Klubobmann Flecker und Dipl.-Ing. Getzinger sind mit draufgegangen und meines Wissens wird dieser Entschließungsantrag auch von der ÖVP unterstützt und ich danke für die Annahme! (13.41 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Er hat das Wort.

Abg. Gennaro (13.41 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nach den Ausführungen des Herrn Landesrates Hirschmann – ich will mich gar nicht weiter verbreitern, weil seine kabarettistischen Auftritte sind uns hinlänglich bekannt, er glaubt, er ist der Größte der Nation – bedanke ich mich nur für die Klarstellung. Und ich möchte nur ein Zitat, weil er immer andere zitiert, hier vorbringen. Herr Landesrat, du hast dich ja hervorgetan in deiner Aussage öffentlich, wie du gemeint hast, die ÖVP braucht kein Frauenministerium, weil sie weiß, wie die artgerechte Haltung der Frauen geht.

Das sagt alles. Ich will mich mit dir gar nicht mehr näher beschäftigen. Es ist im Prinzip eine Schande, dass einer in der Regierung sitzt und derartige Aussagen macht. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Kollege Schützenhöfer ist jetzt leider nicht da. Wenn der Kollege Schützenhöfer gemeint hat, er fragt uns, ob uns das wirklich so weh tut, dass wir nach 30 Jahren nicht mehr in der Regierung sind, so behaupte ich als Sozialdemokrat und für meine Kolleginnen und Kollegen, dass wir mit Stolz und erhobenem Haupt in die Zukunft schauen können und die, die sich schämen müssten, sitzen nicht in unseren Reihen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber ich möchte die Gegenfrage stellen, ich möchte der ÖVP die Gegenfrage stellen, war die Gier, in die Regierung zu kommen, so groß, dass man trotz Wahlverlust, trotz Abrutschen auf den dritten Platz, trotz Beteiligtheit von 14 Jahren an der Regierungsmannschaft alles in den Schmutz zieht und die Nation gefährdet, um endlich als Letzter am Stockerl an die Macht zu kommen? Das wäre die Gegenfrage an euch. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wenn der Kollege Schützenhöfer gemeint hat – mich hat es ja verwundert, er ist ja der Einzige in dem Haus, der weiß, was diese Leute dort kriegen zum Protestieren – 300 Schilling, ein gewiefter, ein gefuchster Gewerkschafter ist sofort hingegangen und hat gefragt. Wisst ihr, wer die 300 Schilling kriegt nach meiner Information? Die kriegen es eh zu Recht, das sind die Polizisten, die sich dort hinstellen müssen, aber nicht die Protestierer.

Ich werde mir schon anschauen, wie der Kollege Schützenhöfer oder die Kollegen des ÖAAB ihrem Kollegen FCG-Vorsitzenden Neugebauer erklären, dass das, was sie im Regierungspakt jetzt vereinbart haben, dann umgesetzt werden im gesamten öffentlichen Bereich und vieles mehr. Da werde ich mich zurücklehnen als sozialdemokratischer Gewerkschafter und werde das beobachten, in welche Schwierigkeiten er kommt.

Ich möchte nur sagen, zur allgemeinen Information, weil das weiß der Schützenhöfer angeblich nicht, der Österreichische Gewerkschaftsbund ist überparteilich, aber nicht unpolitisch. Daher ist es kein Missbrauch. Es kann keiner Fraktion verboten werden, sich bei irgendwelchen Demonstrationen oder sonst was zu beteiligen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, persönlich möchte ich schon einbringen – das ist einmal schon gesagt worden –, dass das Demons-

trationsrecht in Österreich – und das möchte ich in keiner Weise und von niemandem in Gefahr gebracht haben –, dass wir die Rechte zum Protestieren haben ist einmal erforderlich, aber ich persönlich und viele meiner Freunde und die SPÖ, wir distanzieren uns sicherlich auch davor, dass Demonstrationen mit Milchpackeln, Tomaten, Eiern, Steinen und so weiter vollzogen werden, sondern wir haben immer wieder vorgezeigt friedliche Demonstrationen und friedliche Proteste. Diese Ausschreitungen sind abzulehnen. Das ist für mich keine Frage. (Beifall bei der SPÖ.)

Nur, wenn ich da so Stimmen höre, Herr Präsident Vesko, ich wollte Ihnen nur noch eingangs sagen, weil Sie so groß geredet haben wegen der Veränderung, nehmen Sie bitte auch zur Kenntnis, dass drei Viertel der Österreicher eine andere politische Meinung haben als wie Sie da vorgegeben haben. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Aber nicht die Koalition, bitte!“) Die Koalition ist hinterfragt worden, Sie wissen das genau. Sie werden ja erleben, was in der nächsten Zeit sich abspielt.

Ich meine nur, und da höre ich schon genau hin, wenn dann angeblich die Protestierer als die Schädlinge hingestellt werden, die Schädlinge der Nation, die gegen diejenigen protestieren, bitte, die dem Land Schaden zufügen. Das soll man klarstellen. Das ist ja eine Perversion der Demokratie, wenn man jetzt die Demonstrierer – so wie Schützenhöfer, Vesko und viele andere – hinstellt als Schädlinge. Wer darüber Klage erhebt, dass die Demonstrationen stattfinden, macht sich meiner Meinung nach verdächtig, dass ihm die Abschaffung des Demonstrationsrechtes eigentlich gelegen käme.

Wahrscheinlich wird der Kollege Schützenhöfer noch einiges in seinem Bereich zu vollziehen haben und dann wird er sich wahrscheinlich abgewöhnen, in der Form hier aufzutreten.

Und die Frau Landeshauptmann ist jetzt auch nicht da, aber man wird es ihr schon ausrichten. Ich habe sehr genau zugehört und wir wissen, dass in den letzten Tagen die Frau Landeshauptmann öffentlich gemeint hat, man müsse der Regierung eine Chance geben und gleichzeitig hat sie ihre Bedenken angemeldet, weil sie erstens einmal überrascht ist über die öffentliche Situation, über die Meinungen aus dem Ausland und sie spricht davon, na ja, man wird ja sehen, ob dieser Versuch – ÖVP, FPÖ – es wert war, meine Damen und Herren.

Ich behaupte, dass die Österreicherinnen und Österreicher sich als Versuchskaninchen nicht missbrauchen lassen müssen.

Und wir brauchen keine Glücksritter in der Regierung, die unserem Ruf in Österreich und den Menschen Schaden zufügen und das Land schlecht machen. Die Reaktionen aus dem Ausland muss man richtig stellen, meine Damen und Herren. Es ist ja völlig falsch, ein Feindbild der EU aufzuziehen, denn die Europäische Regierung hat sich sehr zurückgehalten. Im Gegenteil, es waren die 14 Staaten innerhalb der EU, die natürlich aus nationaler Sicht ihre Sorgen, ihre Proteste veröffentlicht haben.

Und der einzige Kommissar Fischler, vor dem muss ich den Hut ziehen, der offiziell gesagt hat, wenn die ÖVP so weiter macht, dann werde ich aus der ÖVP

austreten. Das war eine Reaktion eines Kommissars. Das habe ich mitgekriegt. Alle anderen haben sich sehr zurückgehalten. (Abg. Purr: „So hat er es nicht gesagt!“)

Wenn diese Rechtslastigkeit oder die Sorge der Rechtslastigkeit, von der ich jetzt gesprochen habe, innerhalb der EU-Staaten Proteste hervorruft und Reaktionen, dann darf ich sagen, ich habe die Ehre gehabt, mit einer offiziellen Delegation vor ein paar Tagen in Frankreich gewesen zu sein und mir hat es da schon die Schuhe ausgezogen, wenn ich ehrlich bin, wenn ich da ein paar Zeitschriften gesehen habe – die möchte ich euch schon geben. Das ist nicht zum Lachen, wenn Österreich als Quarantäne hingestellt wird.

Wenn in einer Schweizer liberalen Zeitung steht: „Haider und Schüssel wollen regieren“ – das was heute bestritten wird – „trotz angedrohter politischer Isolierung Österreichs.“ Und wisst ihr, was diese Karikatur heißt – da braucht man auch nicht lachen und das ist beschämend –, nur eine Fliege setzt sich auf jeden Dreck. Und wer die Fliege ist, könnt ihr euch ausmalen.

Nächste Partie: Französische Zeitung – und das tut noch viel mehr –, diese Karikatur, meine Damen und Herren, muss jedem Demokraten, egal in welcher Richtung, zu denken geben, wenn wieder (Abg. Dr. Lopatka: „Du liest französische Zeitungen?“) vom Ausland uns dahin gehend gesagt wird, so quasi die Österreicher Jubel, Trubel, Heiterkeit, und dann enden wir wieder im KZ. (Abg. Wiedner: „Seit wann kannst du Französisch?“ – Abg. Schinnerl: „Was hast du in Frankreich gemacht?“) Da soll man nachdenklich sein. Ich weiß schon, dass euch das weh tut. Ich stelle euch die Zeitung zur Verfügung, meine Damen und Herren. (Abg. Wiedner: „Lies es uns vor!“) Und dann darf es einen nicht wundern, wenn solche Reaktionen sind, wenn auch gleichzeitig im Inneren des Blattes die Zitate und Worte des Herrn Jörg Haider zu finden sind, die bereits heute schon gefallen sind, einige, man könnte die Liste noch ergänzen, das will ich mir ersparen, nur der letzte Satz ist wieder der Beste, wo er dann zum Schluss über all die Vorwürfe sagt, „meinetwegen ziehe ich halt die Äußerungen mit Bedauern zurück.“ Er hat sie aber vorher ungeniert gesagt. (Abg. Dr. Tremmel: „Ich könnte dir noch eine dänische Zeitung geben, wo drinnen steht, Klestil und Klima haben interveniert!“)

Und wenn die Frau Klasnic gesagt hat, sie habe noch nie etwas verdrängt, meine Damen und Herren – schade, dass sie jetzt wirklich nicht da ist –, dann muss ich sie schon fragen, sie hat Figl bemüht und zitiert und seinen Aufruf, „Glaubt an dieses Österreich!“ Sie unterstützt diese Koalition und verdrängt wissentlich, dass der eigentliche Partner, den sie jetzt unterstützt, die österreichische Nation als eine Missgeburt hingestellt hat. Meine Damen und Herren, ich glaube, Figl würde sich und wird sich im Grab umdrehen, wenn ihm bewusst wäre, was die ÖVP heute macht.

Sie wollen den einzelnen Regierern eine Chance geben, Frau Landeshauptmann. Sie vergessen, dass der jetzige hoch gepriesene Magna-Personalchef Finanzminister wurde, der in Kärnten bereits schon die Äußerung gemacht hat, öffentliche – (Abg. Schinnerl:

„Rudas!“) Der Rudas ist eh gut aufgehoben. Ich darf dir schon was sagen als Gewerkschafter, wenn der Rudas die Politik macht, wie er sie dort gemacht hat, haben wir als Gewerkschaft wieder einen Zulauf. Ich freue mich schon darauf. Ich habe kein Problem. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber der Herr Grasser hat als Kärntner Landesrat gemeint, meine Damen und Herren, öffentliche Aufträge nur mehr an jene Firmen zu geben, die keine Ausländer beschäftigen. Vom ausländerfeindlichen Wahlkampf will ich nicht reden. Das, meine Damen und Herren (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Illegale Ausländer, illegale Ausländer, Herr Kollege Gennaro: Nicht die halbe Zeile überlesen!“), ist auch im Ausland nicht verborgen geblieben und daher wundern wir uns nicht, wenn die europäischen Staaten, nicht die Regierung, so reagieren. Die wissen, von wem derartige Äußerungen gekommen sind. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Illegale Ausländer, nicht die halbe Zeile überlesen!“) Es ist schon eine Schande, Herr Präsident Vesko, ich schäme mich als Österreicher, dass wir eine Situation haben, dass eine Regierung zur Angelobung unterirdisch flüchten muss, weil sie außen nicht kann. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Weil die Sozialisten mit den Steinen dort stehen!“) Ja, Herr Kollege Vesko, das müssen Sie erst belegen, wer dort steht. Sehen Sie, Sie sagen schon die alten Sprüche, die Sozis, Sozialisten, wir haben immer gesagt Freiheitliche, und wir sind Sozialdemokraten. Das können Sie auch machen.

Es ist eine Schande, dass der Herr Bundespräsident, meine Damen und Herren, im Parlament antreten muss, um dem Nationalrat und der Regierung die Wahrheit zu sagen, weil der Herr Vizekanzler, weil der Hauptamtliche sitzt eh in Kärnten, oder ich sage der geschäftsführende Bundeskanzler, beim ersten Auftritt im Parlament wissentlich die Unwahrheit gesagt hat.

Das ist heute auch schon herausgekommen, weil Herr Schüssel hat ja nichts gewusst von den ganzen Reaktionen im Ausland und der Herr Bundespräsident hat das mit Fakten, Daten und Zahlen belegt. Das heißt im Klartext, der erste Auftritt noch vor der Regierungserklärung war schon wissentlich die Unwahrheit verbreitend. Herr Klestil und Herr Schüssel als Außenminister können uns ja nicht einreden, dass sie nicht von den Botschaftern, von denen wir ja genügend haben, informiert wurden, dass die Botschafter die Beobachtungen, die sie gemacht haben, nicht weitergegeben haben. Das muss man einem einreden, der sich in dem System nicht auskennt, weil die haben die Verpflichtung dementsprechend zu informieren.

Und, meine Damen und Herren, ich habe persönlich viel mehr Sorge über die wirtschaftliche Reaktion aus dem Ausland. Einen Teil hat sogar die Frau Landeshauptmann heute schon aufgezählt und wenn es in der Form Auswirkungen hat, wird ja letztendlich wieder der Beschäftigte auf der Strecke bleiben, weil wenn irgendwo Aufträge wegkommen und Betriebe nicht beschäftigt sind, wissen wir alle, wer letztendlich die Rechnung bezahlen muss, das sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die europäische Gesinnung – das kann man auch feststellen – ist natürlich in den Ländern, die schon länger bei der EU sind, weitaus ausgeprägter als bei uns. Wir haben auch damit zu rechnen – das hat Herr Schrittwieser zu Recht gesagt, meine Damen und Herren und auch die Gewerkschafter in der ÖVP, – dass, wenn dieser Pakt umgesetzt wird, es zu gravierenden Verschlechterungen und Belastungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für die Schwächeren kommt. Da kann Herr Landesrat Hirschmann schreien wie er will, es ist Tatsache. Und ich bin sicher, dass wir auch den ÖAAB auf unserer Seite haben werden, wenn es darum geht, gewisse Dinge zu verhindern. Denn dieser Pakt, dass man auf der einen Seite dort hinüber, die es sich eh immer richten konnten, 19 Milliarden Schilling gibt und die Arbeitnehmer den Verlust von jetzt einmal vorerst errechnet über 14 Milliarden zu tragen haben, das verschweigt man. Ich will mich gar nicht auf das Detail von diesen 130 Seiten einlassen. Ich möchte nur auch noch dazu sagen, die Idee der Privatisierung, die Verstaatlichte, das hat jetzt seine Klassen Urstände, jetzt, weil die Verstaatlichte durch Opfer der Belegschaft gut da steht, jetzt tun wir total alles privatisieren, jetzt können die anderen die Gewinne einfahren und die Belegschaften haben die Opfer gebracht und jetzt privatisieren wir das voll. Da wird man in manchen Bereichen auch von ÖVP-Seite mit Widerstand rechnen müssen. Wir werden beharren, die Aktion Fairness, die die ÖVP in der Koalition verhindert hat, umzusetzen. Weil wir werden als Gewerkschaft jede Regierung daran messen, was sie bereit ist, für ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu tun, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Gesundheitspolitik ist angeschnitten worden, und da hat es gleich Zwischenrufe gegeben, das stimmt nicht mit dem 20-prozentigen Selbstbehalt. Lesen Sie genau den Koalitionsvertrag. Hier gibt es keine Differenzierung. Und wir werden auch wieder gemeinsam mit den FCG-Vertretern innerhalb der Gewerkschaften dafür Sorge zu tragen haben, dass nicht die Kleinstverdiener und die Mindestrentner die Last tragen, dass sie sich eine medizinische Versorgung nicht mehr leisten können, dass wir in Österreich eine Zweiklassenmedizin forcieren, die einen können es sich leisten und die anderen bleiben auf der Strecke. Da werden wir nicht zuschauen.

Meine Damen und Herren, nur eines gebe ich noch zu bedenken. Ich will mich nicht vertiefen in der Form. Nur einen Punkt habe ich herausgestrichen, die Änderung der Arbeitslosenversicherung. Wer dieses Papier liest, der wird auch hellhörig werden, wenn es darum geht, dass es keinen Berufsschutz mehr gibt. Was heisst denn das, meine Damen und Herren? Der einen Beruf erlernt hat, ob das jetzt ein Elektriker oder ein Angestellter oder ein Zeichner oder sonst etwas ist, der muss jede Arbeit annehmen. Und wenn einer sagt, jetzt gehst dorthin Straßen kehren, dann muss er Straßen kehren. Da werden schon ein paar jubeln und sagen, na Gott sei Dank, die Arbeitslosen, jetzt müssen sie jede Arbeit annehmen, weil sie kriegen sonst Sanktionen. Ja, wisst's eh, wie die Sanktionen ausschauen, dem wird das Arbeitslosengeld gestrichen. Und dann frage ich euch, ob im eigenen Familienbereich Leute, die ihre Arbeit verlieren, nicht weil sie

zu faul sind zum Arbeiten, sondern weil sie die Unternehmer hinausschmeißen, weil wenn sie älter werden, brauchen sie sie nicht mehr, weil sie zu teuer sind, sie stellen sie zur Verfügung, dann wird der arbeitslos und dann muss er Straßen kehren gehen? Für so eine Koalition trete ich nicht ein, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.) Und da werden wir auch aufstehen!

Ich möchte nur zum Schluss kommen, damit ich meine Redezeit nicht überziehe. Ich habe mich sehr gefreut, dass es auch innerhalb der ÖVP vernünftige Leute gibt – die gibt es eh überall. Mich hat das Interview sehr nachdenklich gemacht, wo Herr Wilfried Stadler, Finanzchef der ÖVP, sagt, er wird austreten, er wird seine Ämter zurücklegen, weil er der Meinung war, dass die ÖVP bis dato auch verantwortungsbewusst manches mitgetragen hat, aber die Haltung in den letzten Tagen kann er nicht mehr mittragen. Er hat alle seine Ämter zurückgelegt.

Und, meine Damen und Herren, ich komme jetzt zu dem, was ich auch am Anfang gesagt habe, zum Schluss. Überlegt euch, ob ihr auf diese Situation stolz sein könnt, dass man der Dritte ist, der eigentliche Wahlverdiener und dann so lange pokert und sagt, alles andere ist mir Wurscht, sich sogar vom Bundespräsidenten distanziert, den ihr aufgestellt habt und die Nation in Gefahr bringt. Ich sage, ich mache mir nicht Sorgen um die Zukunft, weil da weiss ich, dass es eine Sozialdemokratie gibt, dass es eine Gewerkschaftsbewegung gibt, die auf die Dinge schauen wird, dass uns ja kein großes Unheil passiert. (Beifall bei der SPÖ. – 13.58 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Brünner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Brünner (13.58 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach diesen Höhenflügen gegenseitiger Schuldzuweisungen und nach diesen Höhenflügen von Ablehnungen gehe ich in die Niederung eines ganz konkreten Beispiels, Herr Kollege Lopatka, der nicht da ist, Herr Kollege Flecker und Frau Landeshauptfrau Klasnic.

Herr Kollege Lopatka hat im Zusammenhang mit dem Entschließungsantrag Plädoyer für die slowenische Volksgruppe die Bemühungen der ÖVP um die slowenische Volksgruppe geschildert und Herr Kollege Flecker hat eine Lanze für die ethnischen Minderheiten und damit auch für die slowenische Volksgruppe in der Steiermark gebrochen. In der 68. Sitzung der Landesregierung vom 24. November 1997 hat die Landesregierung eine Stellungnahme beschlossen und diese Stellungnahme lautet ungefähr wie folgt:

Es fehlt in der Steiermark an einer Manifestation eines slowenischen Gruppenbewusstseins, daher sieht die Steiermärkische Landesregierung die Voraussetzungen des Volksgruppengesetzes für die Erweiterung des Volksgruppenbeirates um einen Vertreter der slowenischen Volksgruppe in der Steiermark als nicht erfüllt an. Die Wirkung dieser Schreibung der Landesregierung war, dass keine Aufstockung des

Volksgruppenbeirates erfolgt ist und dass daher zum Beispiel nicht der Herr Kollege Branco Lenart als Vertreter der steirischen Volksgruppe im slowenischen Volksgruppenbeirat ist. Aber, Herr Kollege Lopatka, Herr Kollege Flecker, diese Stellungnahme der Landesregierung ist einstimmig erfolgt, also auch mit den Stimmen der ÖVP, die ihre Bemühungen um die slowenische Volksgruppe darstellt und mit den Stimmen der SPÖ, die hier heute eine Lanze für ethnische Minderheiten bricht. Meine Damen und Herren, das habe ich gemeint mit Mitverantwortung von ÖVP und SPÖ dafür, dass Leute, Wählerinnen und Wähler eine solche unglaubliche Politik nicht mehr mitmachen. Und Frau Landeshauptfrau Klasnic, diese Stellungnahme der Landesregierung, die habe ich auf dunklen Wegen bekommen. (Landeshauptmann Klasnic: „Welche?“) Zum Thema Stellungnahme der Landesregierung im offiziellen Anhörungsverfahren zur Erlassung einer Verordnung, mit der der Volksgruppenbeirat aufgestockt wird. Ein offizielles Anhörungsverfahren, ich habe es auf dunklen Wegen bekommen, obwohl der Steiermärkische Landtag ein Jahr vorher, Herr Landesrat Paierl, der Steiermärkische Landtag einstimmig beschlossen hat, dass die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert wird, in Zukunft offizielle Stellungnahmen des Landes Steiermark, die beispielsweise an die Bundesregierung oder an andere Institutionen gehen, den Landtagsfraktionen in Kopie zu übermitteln, Frau Landeshauptfrau.

Einstimmiger Beschluss des Steiermärkischen Landtages. Dieser Beschluss ist bis heute nicht umgesetzt, bis heute nicht umgesetzt. Ich habe daher auch nicht auf offiziellem Weg, sondern auf dunklem Weg mir diese Stellungnahme der Landesregierung in der Volksgruppenangelegenheit besorgen müssen.

Ich bestreite nicht Verdienste der Steiermark, obwohl es schön wäre, wenn der Kollege Schützenhöfer sagen würde, da sind mehrere daran beteiligt, nicht nur die Frau Landeshauptfrau. Ich bestreite nicht deine Bemühungen, Frau Landeshauptfrau, um ein vernünftiges Klima. Ich fordere aber Reformen und institutionelle Vorgangsweisen ein, dass man die Abgeordneten dieses Hauses nicht dumm sterben lässt.

Ich muss einen Verdacht äußern in diesem Zusammenhang, Frau Landeshauptfrau. Ich kann mich des Verdachts nicht erwehren, dass der Sachverhalt, dass dieser Beschluss des Landtages bis heute nicht umgesetzt wird, die Handschrift des Herrn Landesamtsdirektors trägt, der bei allem und jedem den Eingriff in das Amtsgeheimnis und die Verletzung des Datenschutzes wittert. Und wenn dem so wäre, dann bitte ich dich, Frau Landeshauptfrau, dass du dich endlich einmal gegenüber dem Herrn Landesamtsdirektor durchsetzt und ihm klar machst, dass die Abgeordneten dieses Hauses ein legitimes Recht auf Information haben und dass ein solcher Beschluss des Landtages – noch einmal, einstimmig gefasst – nach in etwa drei Jahren endlich einmal umgesetzt wird.

Auch das Gutachten des Verfassungsdienstes in der Causa Bedarfszuweisungen wird mir bis heute von Herrn Landesamtsdirektor vorenthalten. Das habe ich bis heute noch nicht bekommen.

Meine Damen und Herren, wie gesagt, vor diesen Höhenflügen der gegenseitigen Beschuldigungen und Verleugnungen ein konkretes Beispiel für mangelnde Reform, ein konkretes Beispiel für die Missachtung des Landtages, ein konkretes Beispiel, dass SPÖ und ÖVP oft anders reden als sie dann in der Regierung handeln. (14.07 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als Nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Getzinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (14.07 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es mutet schon seltsam an, wenn man sich die Geschichte vor Augen führt und sich ansieht, wie es aussieht, wenn rechte Machthaber in Bedrängnis geraten. Da werden sehr rasch Dolchstoßlegenden geschmiedet, da wird sehr rasch eine Verschwörungstheorie entwickelt. Ich frage mich schon, wie groß ist eigentlich der Minderwertigkeitskomplex der politischen Rechten, dass man sich nicht selbst als Ursache von Kritik begreifen kann?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die katastrophalen Auswirkungen der blauschwarzen Regierung auf Kunst und Kultur, auf die Kulturation Österreich, darüber unterrichten uns die Medien nun bereits täglich. Aktuell hören wir etwa vom Intendanten des „steirischen Herbstes“, Herrn Oswald, dass dieser „steirische Herbst“ als internationales Festival der Produktion moderner Kunst in dieser Form gefährdet ist. Frau Landesrat Jost-Bleckmann wird also – ich zitiere sinngemäß – wohl bald keine Verständnisprobleme mit moderner Kunst beim „steirischen Herbst“ mehr haben. Es wird diese moderne Kunst ganz einfach nicht mehr geben, sie wird auswandern, sie wird verstummen, sie wird sich der politischen Kritik, so hoffe ich, widmen müssen. Und Haider, seines Zeichens ja auch „Kulturreferent“ des Landes Steiermark, gießt weiter Öl ins Feuer, er entzieht dem Ingeborg-Bachmann-Literaturwettbewerb die finanzielle Unterstützung und treibt damit dieses renommierteste Literaturereignis Österreichs ins Exil. (Abg. Dr. Tremmel: „Sie müssen genauer Ihr Konzept lesen. Der Haider ist Kulturreferent von Kärnten!“) So ist es, Kulturreferent des Bundeslandes Kärnten. (Abg. Dr. Tremmel: „Sie haben aber von Steiermark gesagt!“) Ich würde meinen, auch bereits indirekt in der Steiermark, so wie Schüssel eben auch nur Vizekanzler ist in Wirklichkeit, Kanzler und auch der Kulturminister von Österreich und auch „Kulturlandesrat“ in der Steiermark ist Haider, Herr Kollege Tremmel. Ich weiß, dass Sie sich in Kulturdingen sehr, sehr gut auskennen. Ich weiß, dass Sie sich bereits abfällig über die moderne Kunst in Graz, in der Steiermark geäußert haben. Sie werden sich hier schon noch vehement zu Wort melden. Ja, das glaube ich ganz sicher, als his masters voice selbstverständlich.

Meine Damen und Herren, ich fürchte, Frau Landeshauptmann, Künstler und Künstlerinnen werden Ihnen und hier sind Namen von Roth bis Jandl, dem bereits zitierten Jandl, zu nennen, in der nächsten Zeit nicht allzu viel Freude bereiten. Sie werden sich kritisch und vehement zu Wort melden. Sie werden sich politisch

involvieren, wie das einige bereits getan haben. Es wird eine Politisierung der kulturellen Debatte und der Kunstdebatte geben. Ich wünsche Ihnen viel Freude dabei, Frau Landeshauptmann.

Nicht so sehr öffentlich sichtbar, wie Kunst und Kultur, meine Damen und Herren, ist ein anderer besonders sensibler Bereich in unserer Gesellschaft. An den Universitäten, in den wissenschaftlichen Institutionen herrscht Krisenstimmung. Warum? Nicht, weil dort gewaltbereite Demonstranten hausen, nicht, weil dort linkslinke Chaoten zu Hause sind, natürlich nicht, meine Damen und Herren. Ich weise diesen Anwurf vom Kollegen Lopatka auf das Deutlichste zurück. Natürlich nicht! Aber, meine Damen und Herren, es gibt kein Unternehmen in der Steiermark, das internationaler wäre als die Universität, als die Wissenschaft. Wissenschaft ist ohne die Anbindung an die internationale Debatte undenkbar.

Der schwarzblauen Regierung, man sollte eigentlich eher sagen der blauschwarzen Regierung, ist es durch ihre bloße Existenz – ohne Handeln – gelungen, dass Österreich international im Rampenlicht steht als Land, in dem der Rassismus regierungsfähig gemacht wurde. Wahrlich eine historische Leistung des ewigen Vizekanzlers Schüssel! Als Land, in dem man sich als Ausländer seiner Haut nicht sicher sein kann.

Kollege Lopatka meint, bei uns in der Steiermark gebe es das nicht. Da ist ihm wohl ein Flugblatt der Freiheitlichen Partei aus dem Bezirk Feldbach entgangen. Da wird ein Würstelstand, ein von einem türkischen Staatsbürger betriebener Würstelstand angegriffen mit dem Titel „Würstelstand Gleichenberger Straße – das Tor zum Orient!“ Wahrhaft furchterregend, wahrhaft animierend offenbar für Rechts-extremisten. Bereits am nächsten Tag war dieser Würstelstand in Brand.

Als Land, wie gesagt, in dem man sich als Ausländer seiner Haut nicht mehr sicher sein kann. Ausländern ist es daher nicht zu verdenken, wenn sie Angst haben vor dieser Regierung und dieses Land meiden. Das mag durchaus der Intention dieser Regierung, die nicht die unsere ist, entsprechen, ist für Wissenschaft und Forschung, meine Damen und Herren, aber fatal.

Wissenschaft lebt vom regen Gedankenaustausch mit einer internationalen Gemeinschaft. Relevante Forschungsprojekte sind international organisiert. Forscher leben geradezu davon, zu Tagungen überall auf der Welt eingeladen zu werden. Österreichische Symposien werden nur mit internationalen Referenten wissenschaftlich wahrgenommen. Damit ist jetzt Schluss!

Die ersten Tagungen – Ärztekongresse in Innsbruck und Wien – mussten bereits storniert, abgesagt werden mit den entsprechenden Konsequenzen natürlich für den Kongresstourismus in diesen Städten. Auch Graz wird darunter zu leiden haben, meine Damen und Herren. Im Internet wird bereits darüber diskutiert, ob man österreichische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu Tagungen überhaupt noch einladen soll. So weit ist es gekommen!

Der Schaden, den diese Regierung den österreichischen und damit auch den steirischen KünstlerInnen und Kulturschaffenden, Wissenschaftlerinnen und

Wissenschaftlern bereits zugefügt hat, ist nachhaltig, bereits jetzt nachhaltig. Wie gesagt, ohne politisches Handeln, nur durch die bloße Existenz.

Der daraus resultierende Schaden für unsere Wirtschaft wird nicht lange auf sich warten lassen, sind doch Kunst und Kultur, unmittelbar aber Wissenschaft und Forschung unbestritten immer wichtiger werdende Standortfaktoren.

Es mag sein, dass es dieser blauschwarzen Regierung kurzfristig gelingt, durch Verscherbelung von Eigentum des Staates und durch Zwangsarbeit für Langzeitarbeitslose Budgetdefizite und Arbeitslosenraten künstlich niedrig zu halten und damit die Österreicherinnen und Österreicher zu täuschen, in Wahrheit aber hat mit der Angelobung dieser Bundesregierung der – und ich betone – aufhaltsam soziale, kulturelle und ökonomische Abstieg Österreichs und der Steiermark begonnen.

Den steirischen Steigbügelhalterinnen und -haltern ist dazu nur – und das sage ich betont zynisch – zu gratulieren, vorne weg der Frau Landeshauptmann Klasnic. (Beifall bei der SPÖ. – 14.14 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Hagenauer (14.14 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich werde mich kurz fassen. Erstens, nichts Negatives, das nicht auch etwas Positives hat. Ich habe wahrscheinlich den Mitgliedern des Landtages Unrecht getan, wenn ich in der Vergangenheit der Meinung war, dass hier im Hause keine internationalen Zeitungen studiert werden. Dem ist nicht so, ich nehme es mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Und jetzt im Ernst. Ich habe durchaus mit der Situation der ÖVP in einem bestimmten Ausmass Verständnis. Ich habe schon vor zwei, drei Wahlen natürlich als politisch interessierter Mensch mir Gedanken gemacht, wie geht es denn der ÖVP, wenn sie den Juniorpartner macht und für ihre bei aller politischen Gegnerschaft staatstragenden Rolle kein Danke dafür bekommt – das ist ja nicht lustig – und wenn es so quasi naturgesetzlich abwärts geht in diesem Lande? Und ich habe mir schon vor zwei, drei Wahlen gesagt, ich würde das machen, was Herr Schüssel jetzt gemacht hat. Ich habe damals gesagt, ich verstehe die ÖVP nicht, aber ich kann es mir erklären, warum das passiert, weil natürlich der Abschied von der Macht kein leichter ist und in unserem System, wo die politischen Parteien einen sehr starken Einfluss immer hatten, natürlich noch viel schwerer fällt. Aber ich habe damals gesagt, ich würde natürlich den Wählerinnen und Wählern „die Rute der Opposition“ ins Fenster stellen. Herr Schüssel hat genau das jetzt gemacht, er hat es nicht einmal erfolglos gemacht. Es hatte einen Erfolg, nur das Ergebnis war ein Riesenalawatsch, aber das muss ich Ihnen da jetzt nicht erklären, das wissen Sie selbst, wie das jetzt gelaufen ist. Ich habe auch Verständnis insofern, als es natürlich – wir haben uns ja bei den Grünen, wenn die Umfrageergebnisse so oder so waren, natürlich auch gefragt, ja wie ist denn das bei Koalitionen? Es ist jetzt

egal, ob das die ÖVP oder die SPÖ ist, das ist jetzt nicht gegen irgendeine Partei gemünzt. Aber für eine Partei im Lande, die derartig viel Macht hat, als Juniorpartner mit an der Seite stehen zu müssen, ist das natürlich nicht einfach. Und die SPÖ ist natürlich auch eine machtbewusste Partei der Vergangenheit gewesen beziehungsweise geworden. Wenn ich mir den letzten Wahlkampf anschau, wo tatsächlich die SPÖ anfangs, nachher nicht mehr, ihren Wahlkampf gegen die ÖVP geführt hat, dann ist sowas natürlich bitter. Aber und jetzt kommt das große Aber, Sie ahnen es, es ist einfach völlig untragbar, wie hier jetzt etwa Herr Landesrat Hirschmann aufgetreten ist. All diese Hintergründe, die man differenziert sehen muss, die entschuldigen nicht das, was jetzt hier und heute passiert und was ich eingangs geschildert habe, nämlich dass die ÖVP sich damit verzehrt, dass sie einen Zustand verteidigt, der nicht zu verteidigen ist. Das ist der Punkt. Das ist indiskutabel, völlig indiskutabel, ob man jetzt damit in die Öffentlichkeit geht mit diesem Sager, was weiß ich, diese Partie da aus Frankreich. Das ist nicht das Thema.

Aber ein Landesrat, der noch dazu ja bei Gott Begabung hat und immer hatte und nicht irgendwer ist in der Steiermark und in Österreich. Wer so etwas rausschiebt, nicht aus der Emotion, sondern wenn so etwas passiert – es passiert jedem Unterschiedliches –, da wird es eng. Es wird nämlich hier, wie ich eingangs schon gesagt habe, nicht der Unterschied gemacht zwischen einer Äußerung des Herrn Chirac, wofür er – vermute ich sehr – von meinen französischen Kolleginnen und Kollegen ordentlich eines aufs Dach gekriegt hat, das muss er innerhalb seines Frankreich ausmachen, was er da verzapft hat. Haben Sie schon den Unterschied gemerkt? Der Herr Chirac ist nicht hergegangen und hat gesagt, die schwindelige Partei da in Deutschland oder in Österreich. Das hat er eben nicht gemacht, sondern er hat sich in einer sicherlich untragbaren Art und Weise – übrigens kein Grüner, wenn ich richtig informiert bin, der Kollege Chirac – geäußert und hat innerhalb seiner Landesgrenzen das zu vertreten. Warum wir hier heute diskutieren und was wir für ein Problem haben, das ist etwas anderes. Dass nämlich einer zwanghaft in der Weltgeschichte herumfährt und je mehr Blödsinn er baut, desto mehr Druck bekommt er und je mehr Druck er bekommt, desto mehr schiebt er dann erst recht hinaus mit völlig unhaltbaren Entgegnungen. Und dann beschäftigt sich am nächsten Tag – so wie heute – die gesamte Weltpresse damit, dass er nicht nur völlig indiskutable Äußerungen macht, auch das unterscheidet ihn von dieser untragbaren Äußerung des Herrn Chirac, diese unsäglichen Sachen, die ich ja nicht von mir geben will hier an dieser Stelle, Sie kennen sie auch alle, diese unsäglichen Sachen, die natürlich einen schweren Schock, nicht nur bei den europäischen Ländern, hervorrufen müssen.

Was glauben Sie denn, was in England passiert, wenn man den Churchill mit dem Hitler und dem Stalin vergleicht, ja sogar abmildert die letzteren beiden Herren? Ja, was glauben Sie denn, was dort passiert? Und die englische Regierung hat sich bis jetzt nicht einmal so weit hinausgelehnt wie die französische in dieser Auseinandersetzung. Was sollen wir darüber diskutieren? Das heißt, man wird auf den

kleinen Abgeordneten im steirischen Landtag Hagenauer nicht hören, trotzdem sage ich in der gebotenen Bescheidenheit, eine der Maßnahmen der Beruhigung der Situation wird es sein – ich habe es eingangs schon angedeutet –, dass Herr Bundesparteiobermann Haider erkennt, zumal er jetzt ohnehin seine Partei in die Regierung gebracht hat, dass er sich und seiner Partei und dem Lande und mittlerweile halb Europa etwas Gutes tut, wenn er zurücktritt. Ich habe Zweifel, dass er das machen wird, weil eben er anders gestrickt ist und seine Partei auf einem anderen Prinzip beruht, nämlich nicht dem kollegialen und Teamprinzip, sondern auf dem Gegenteiligen, wenn Sie wissen, was ich meine. Aber das ist eine der Geschichten.

Und dann noch ein paar Anmerkungen, weil der Joschka Fischer vom Herrn Landesrat zitiert worden ist. Es ist schon richtig, dass der Herr Kollege Fischer sich hingestellt hat und gesagt hat, er hat geltendes Recht in Deutschland verletzt. Aber das ist es ja, was ihn unterscheidet vom Haider. Er stellt sich hin und sagt „ja, ich habe das getan“, verhält sich entsprechend und zwar so entsprechend, dass er – wie Sie wahrscheinlich eh wissen – der beliebteste Politiker Deutschlands ist, übrigens um einiges beliebter als der Herr Kohl und andere. Das ist der Unterschied, genau das ist der Punkt.

Als Engel ist niemand auf die Welt gekommen, weder der Fischer noch der Herr Haider, ich auch nicht. Nur, was dann einer macht und ob er Konsequenzen zieht aus dem und in der Lage ist, sich zu dem zu bekennen, das ist der Unterschied und das ist genau das Problem, vor dem Herr Haider steht und mit ihm in Geiselhaft ganz Österreich.

Zum Unterschied von links und rechts ebenfalls, das muss man einfach sagen, das sind die Töne. Man kann solche Sachen nicht einfach hinausschieben, wenn wir uns daran gewöhnen, wird es nicht ausgehen. Es ist weder links noch rechts ein Schimpfwort, sicher nicht. Aber das Problem, von dem wir heute sprechen, ist nicht das, dass wir eine Links- oder Rechtskoalition haben, wie der Herr Landesrat sagt, er hat vollkommen recht, dieses alte österreichische politische System ist tatsächlich in einer Krise und hat sich tatsächlich überlebt. Und es ist nicht die Frage zwischen links und rechts, vor der wir heute stehen, allein wenn wir über Haider diskutieren, sondern ich will ja keinen konservativen Politiker in diesem Lande beschimpfen, indem ich sage, er ist dieselbe Kategorie wie das, was der Herr Haider macht. Das ist das Problem. Das ist nicht mit rechts alleine zu beschreiben vor dem Phänomen, vor dem wir stehen.

Und das ist auch nicht richtig, wie der Herr Landesrat gesagt hat, man soll die Politik nicht an den Worten messen sondern an den Taten. Ich habe es auch eingangs gesagt, genau das ist das, was ich befürchte. Natürlich kann man mit Worten sehr viel Politik de facto machen, wie wir wissen, das Jahrhundert hat das immer wieder eindrucksvoll gezeigt.

Zum Abschluss, wenn wir bei dem Kapitel Verdrängung sind – Frau Landeshauptfrau ist nicht da –, sie hat in ihrer Antwort gesagt, sie verdrängt nichts in ihrer politischen Tätigkeit beziehungsweise Haltung. Ich möchte bei der Gelegenheit an der Stelle an etwas erinnern und zwar an ihre Stellungnahme, als sie gebeten wurde, die Wehrmachtsausstellung zu

unterstützen. Sie hat gesagt, sie unterstützt nichts, was nicht Freude macht. Jeder Psychologiestudent im ersten Semester würde schmunzeln. Es gibt nichts Typischeres und kein klassischeres Zitat um das Phänomen der Verdrängung zu beweisen, als eben genau das. Nicht verdrängen heißt Unangenehmes annehmen, sich mit unangenehmen Dingen auseinanderzusetzen und nicht nur mit Dingen, die Freude machen.

Das gilt auch für die Grünen, damit Sie mich nicht falsch verstehen und damit Sie nicht glauben, ich spiele hier den Oberlehrer. Ich habe parteiintern Druck gemacht und kritisiert etwa die Wortwahl des Kollegen Voggenhuber. Er hat die Freiheitliche Partei als faschistische Partei bezeichnet. Ich hätte das nicht getan. Das ist nicht gutzuheißen. Das ist von der Vorgangsweise und vom Stil her eine Punzierung und ist kontraproduktiv, auch wenn ich dem Kollegen Voggenhuber zugute halte und immer zugute gehalten habe, dass er nicht einer ist, der sich vom Ausland oder von sonst irgendwo beeinflussen lässt und er immer in der Sache, auch was die Einstellung zur Freiheitlichen Partei und deren Politik anbelangt, natürlich sehr kritisch war. Aber genau deswegen hätte er es sich nicht so einfach machen müssen. (Beifall bei der SPÖ. – 14.26 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als Nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Purr. Ich erteile es ihm.

Abg. Purr (14.26 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Diese Dringliche Anfrage heute hat für mich eine sehr überraschende Fragestellung beinhaltet, nämlich, „Wie konnten Sie, Frau Landeshauptmann, eine internationale Isolierung Österreichs mit allen wirtschaftlichen Folgen für den Wirtschaftsstandort Steiermark hinnehmen?“

Ich sage Ihnen in völliger Gelassenheit, diese Aufregung und diese Fragestellung scheint mir von dieser Stelle aus zum jetzigen Zeitpunkt völlig unangebracht. Es scheint vielmehr der Fall zu sein, dass diese neue Bundesregierung eine Vorverurteilung erfährt.

Wahr ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir seit der Nationalratswahl im Oktober 1999 in Österreich eine nichtsozialdemokratische Mehrheit haben. Das war die Entscheidung. Es war eine demokratische Entscheidung. Und auch diese Regierungsbildung ist ein Faktum.

Wenn heute schon das Jahr 1970 von meinen Kollegen Lopatka und Schützenhöfer erwähnt wurde, muss ich sagen, ja, glauben Sie denn, dass uns ÖVPlern, uns Christdemokraten es Freude bereitet hat, als wir nach einer Alleinregierung abtreten mussten und eine Minderheitsregierung mit den Freiheitlichen gebildet wurde, ein Jahr später zur Wahlurne gerufen wurden und wir eigentlich erkennen mussten, dass auf Jahre wahrscheinlich Bundeskanzler Kreisky hier das Ruder in der Hand halten wird? Wir haben nicht demonstriert! Wir haben nicht geschrien und gerufen! Wir haben mit großer Spannung die Entwicklung abgewartet. Aber wir haben als Demokraten diese Entscheidung respektiert. (Beifall bei der ÖVP.)

Heute wurde hier von rechts außen gesprochen und man hat sich ereifert über den Rechtsextremismus. Und ich bin dagegen, selbstverständlich. Meine Damen und Herren, wer glaubt denn, mich dort einordnen zu können? Aber verstehen Sie mich nicht falsch, ich bin auch gegen das Links Außen genauso mit der gleichen Vehemenz.

Ich sage Ihnen, ich war überrascht vom Ausspruch des Klubobmannes Flecker – ich müsste eigentlich, um in seinem Stil zu bleiben, sagen, vom Ausspruch des Herrn Flecker, aber ich bin das nicht gewöhnt und bediene mich des üblichen Stiles in diesem Hause, wenn er von Ungeheuerlichkeiten hier spricht.

Ungeheuerlich ist es, dass man einfach nicht gewillt ist, eine Regierungsbildung, die demokratisch erfolgt, zu akzeptieren. Ungeheuerlich ist, dass wir erleben mussten, dass Minister nicht in der Lage sind, ihren Nachfolgern in Ordnung ein Büro zu übergeben, sondern damit handeln, als wäre es ihr Eigentum. Man liest es in der Zeitung deutlich nach: Aktenabtransport in der Himmelfortgasse, Herunterfahren der Computer im Innenministerium, nichts ist drinnen.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, so hätte alles nicht kommen müssen. Und jetzt stelle ich die Frage an den linken Flügel der SPÖ, war es nicht der, der eigentlich das Unterzeichnen des Regierungspaktes, der Regierungsverhandlung verhindert hat? Waren es nicht die Kolleginnen und Kollegen vielleicht des Herrn Klubobmannes, die Schuld daran tragen, dass es eben jetzt diese Regierung gibt und keine andere?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch eines in Erinnerung bringen, greifen wir nicht zu weit zurück. In der Zwischenzeit, vor wenigen Jahren, haben wir erlebt, dass in diesem heutigen Europa ehemalige Kommunisten ganz problemlos in die Machtstrukturen vorgedrungen sind. Und als unser Nachbarland, unser zweitwichtigster Handelspartner nach Deutschland, nämlich Italien, an der Spitze einen Kommunisten gewählt hat, den Herrn Massimo d'Alema, da hat es überhaupt keine Diskussion gegeben, da hat überhaupt alles gepasst. Da hat auch niemand von der EU interveniert. Da ist alles gelaufen, als müsste es so sein. So weit, so gut, wenn man die Bilder etwas näher rückt.

Ich kann Ihnen sagen, Österreichs Wirtschaft reagiert ruhig und gelassen auf diese Entwicklung, denn Verlässlichkeit und Qualität sind wichtiger als alle Drohungen.

Meine Damen und Herren, der Versuch der neuen Regierung besteht sicher darin, aus dieser 30-jährigen Umklammerung – und es ist uns auch als Koalitionspartner dort so gegangen – durch die Sozialisten heraus zu kommen und andere Rahmenbedingungen zu schaffen.

Und die stärkste Maßnahme, glaube ich, besteht wohl darin, dass es gemeinsame Bemühungen geben wird, den Wirtschaftsstandort Österreich auch für die Zukunft zu sichern und attraktiv zu gestalten, nämlich durch die stufenweise Senkung der Lohnnebenkosten.

Der Eckpfeiler, von dem nicht gesprochen wurde, aber der mir so wichtig erscheint in diesem Regierungsprogramm, besteht wohl darin, dass Forschung und Entwicklung eine entsprechende Förderung erfahren werden. Es ist geplant eine Ausweitung der Forschungsausgaben von derzeit 1,63 Prozent des Bruttoinlandsproduktes stufenweise bis zum Jahr 2005 auf 2,5 Prozent. Nachgerechnet in der Arithmetischen Reihe bedeutet das eine Steigerung von 12 Prozent. Meine Damen und Herren, es kann nichts Wichtigeres geben für die Entwicklung der Industrie, der Beschäftigung in unserem Land, als Forschung und Entwicklung voranzutreiben, um Schritt zu halten.

Und all die Besorgnisse, die heute ausgesprochen werden, scheinen seit gestrigem Tag obsolet zu sein, denn die Börse hatte zwar in den ersten Jännertagen einen enormen Rückgang zu verzeichnen, nämlich 11 bis 12 Prozent, aber mit 8. steigt bereits der Börsenindex wieder um 2,7 Prozent, einen Tag vorher, am 7., schon um 1,8 Prozent. Und nicht nur das, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Aktien, die in Frankfurt notieren, österreichische Aktien, erfreuen sich größter Nachfrage.

Ein Fingerzeig nach oben, es wird sich ändern. Ich bin ganz tief überzeugt davon. Meine Überzeugung ist auch dahin gehend, dass mit dieser Weichenstellung dieser neuen Regierungsbildung auch die mittelständische Wirtschaft wiederum einen Stellenwert, einen besseren Stellenwert haben wird. (Beifall bei der ÖVP.) Wir sind den Gegenwind gewöhnt, meine Damen und Herren. Entgegen allen Meldungen aus dem Tourismus gibt es keinerlei Storni, es läuft alles bestens, zur Verwunderung vieler. Wenn wir das nächste Mal hier zusammensitzen, werden wir wahrscheinlich gemeinsam ein Lob dafür aussprechen können, dass wir solche Meldungen haben und die steirischen Initiativen mit Frau Landeshauptmann Klasnic, mit unserem Wirtschaftslandesrat Paierl, aber auch mit Hirschmann, die sind nicht auf Sand gebaut, gleich wenn ein Appell über die Medien geht, dass dann sofort alles versinkt und alles unbedeutend wäre. Die Steiermark ist ein Musterland geworden, ist attraktiv und wir sind stolz darauf sagen zu können, dass wir in der Steiermark auf Grund dieser steirischen Bemühungen – Frau Landeshauptmann mit ihrem Team in der steirischen Landesregierung auch – eben erreicht haben, dass es einen Beschäftigungsrekord gibt. Ich könnte Ihnen jetzt mit Stolz die Zahlen vorlesen, die anlässlich des Wirtschaftsgespräches 1999 im Spätherbst vorgelegt wurden. Kennzahlen, die das Wachstum betreffen, Prognosen für die Jahre 1999 bis 2003. Für diese Jahre 1999 bis 2003 prognostiziert das Wirtschaftsforschungsinstitut überhaupt den großen Sprung perzentuell von 1,7 Prozent einen ganzen Prozentpunkt auf 2,7 und das ist bereits eine Zahl, die andere Länder in der Europäischen Union nicht aufweisen können.

Unsere Frau Landeshauptmann hat sich auch für die Zukunft viel vorgenommen, wenn ich denke an ihre Bemühungen um die Großregion Norditalien bis Westungarn, wo die Steiermark das Zentrum sein soll und das alles in Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern. Meine Damen und

Herren, die ARGE-Alpe-Adria-Bemühungen zeigen Früchte und das Wichtigste vom Ganzen ist, das soll auch heute wieder erwähnt werden, der Ausbau der Infrastruktur. Frau Landeshauptmann Klasnic sagt, Semmeringbasistunnel, Koralmbahn für den Süden Österreichs, für unsere Anbindung international an die Zentren, an die Wirtschaftszentren Europas, an den zweitgrößten Wirtschaftsraum Europas, Oberitalien, sind von enormer Wichtigkeit, enormer Bedeutung. Lassen Sie mich noch eines hier erwähnen und hier mit Stolz, wenn plötzlich im Wirtschaftsministerium mit erweiterten Kompetenzen ein Martin Bartenstein sitzt, der selbst Unternehmer ist, so wird das hoffentlich bitte für dieses Land kein Nachteil sein, mit seiner Kompetenz und seiner internationalen Erfahrung. Das, was wir alle nicht brauchen, ist kein europäischer Schauprozess ohne Maß und ohne Ziel, Besonnenheit ist gefragt für Land und Leute, für unsere Heimat. Unsere Aufgabe besteht darin zu informieren, sachkundig aufzuklären und im Dienste unseres Volkes für unsere Zukunft gemeinsam zu arbeiten. (Beifall bei der ÖVP. – 14.38 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich werde in folgender Reihenfolge abstimmen:

Erstens über den Entschließungsantrag der Grünen, der Sozialdemokraten und des LIF, betreffend Maßnahmen gegen die internationale Isolation der Republik. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Zweitens über den Entschließungsantrag des Liberalen Forums, der Grünen und der SPÖ, betreffend Nichtdiskriminierung von AusländerInnen in Regierungsbeschlüssen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir sind nunmehr am Ende der Tagesordnung angelangt, die nächste Sitzung, die am 15. Februar stattfindet, wird auf schriftlichem Wege einberufen. Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 14.39 Uhr.)